

auf bewegen müssen und die Dinge dort daher mehr ins Auge fallen. Das merkt man sich natürlich und kommt leichter darauf zu sprechen. Außerdem sieht man ja auch besser, ob die Arbeit gut oder schlecht ist. Die Wahrnehmung, die alle Automobilisten oder Verkehrsteilnehmer in gleicher Weise machen, ist die, daß, wenn zwei Drittel einer Straße in Ordnung sind, das letzte Drittel noch nicht, so fällt dies viel stärker auf, als wenn die Straße zur Gänze noch nicht in Ordnung ist. Das ist eine allgemeine Erscheinung beim Verkehrswesen wie auch im sonstigen menschlichen Dasein.

Ich möchte, um zu den Straßen zu kommen und vielleicht auch hier eine gewisse Ordnung hineinzubringen, zuerst einmal zum Ausbau der Landesstraßen, der Güterwege, der Gemeindewege und sonstiger Wege, die zur Übernahme empfohlen werden, ein paar Worte sagen. Ich kann weder über den Weg zum Katerloch etwas sagen, der ja keine Landesstraße ist, noch kann ich den Wunsch des Herrn Landesrates Sebastian, Wohnungen für das Krankenhauspersonal zu bauen, erfüllen, weil das auch keine Landesstraße ist. Aber zur Frage der Übernahme von Straßen kann ich sagen, daß ich sehr wohl verstehe, wenn die Abgeordneten die Wünsche, die ihnen draußen von den Bürgermeistern und Bezirkshauptleuten und von den Interessenten vorgetragen werden, natürlich hier ins Hohe Haus bringen. Sie dürfen nicht glauben, daß die Anregungen bei mir im Papierkorb verschwinden, ich kann nur betuern, ich habe eine ganz genaue Liste aller Akten, die einlaufen, ob das nun Wünsche der Gemeinden oder Anträge von Abgeordneten sind oder sonstige Probleme, die mir persönlich unterkommen. Aber die Frage ist, ob es sinnvoll ist, das Landesstraßennetz zu vergrößern, wenn man nicht im gleichen Zuge die dafür notwendigen Mittel erhöhen kann. Die Übernahme einer Straße bedingt ja, daß bereits am nächsten Tag der Herr Bürgermeister oder der Herr Bezirkshauptmann vorspricht und fragt, wann nun endlich diese Straße asphaltiert wird, wann endlich das Brückengeländer gerichtet oder wann endlich die Stützmauer gebaut werden wird usw. usw. Sie erinnern sich, daß in diesem Hohen Haus vor 2 Jahren davon gesprochen wurde, daß wir als Erzherzog-Johann-Gabe einen Teil von Straßen übernehmen wollen. Es wurden dann auch 107 km am 1. Juli 1960 in die Landesstraßenverwaltung übernommen, und ich kann Ihnen sagen, vom 2. Juli 1960 an waren nur mehr Eingaben vorhanden, wann nun auf diesen Straßenzügen dieses oder jenes vom Land gerichtet werden wird, denn jetzt sei doch das Land verantwortlich dafür. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß ich Sie bitten auch zu berücksichtigen, wenn Sie hier einen Wunsch bezüglich der Übernahme von Straßen anbringen. Es ist sicher, daß das Land, wenn auch das Straßennetz eben vergrößert worden ist, späterhin wieder einen Teil der Straßen übernehmen wird, aber wann, das kann ich im Moment nicht sagen. Damit glaube ich, alle diese einzeln vorgebrachten Wünsche berührt zu haben.

Nun zu den Landesstraßen! Wir haben für die Landesstraßen im heurigen Jahr 132 Millionen Schil-

ling ausgegeben, ein sehr beachtlicher Betrag, wenn Sie ihn mit anderen Ziffern vergleichen, die in unserem Budget aufscheinen. Wir müssen hier wirklich dem Landtag dankbar sein, daß er für diesen Zweck die Mittel in solchem Ausmaß zur Verfügung gestellt hat. Daß sie dennoch nicht ausreichend sind, weil die Verhältnisse uns über den Kopf wachsen, ist allen bekannt und auch einleuchtend. Wir dürfen aber sagen — es sind ja heute schon einige Zahlen hier genannt worden —, daß mit dem Geld, das wir bisher in der Steiermark für den Straßenbau aufgewendet haben, immens viel geschehen ist. Wir waren immer bemüht, die Dinge sinnvoll und zweckmäßig zu ordnen und sind in dieser Weise auch bei der Behandlung der einzelnen Straßenzüge vorgegangen. Wenn wir auch im vergangenen Jahr in erster Linie bestrebt waren, neben dem Ausbau der Landesstraßen die Ortsdurchfahrten staubfrei zu machen und wenn dafür immerhin fast 8 Millionen Schilling aus den Erhaltungskrediten genommen werden mußten, so haben wir damit zumindest 66 Ortsdurchfahrten in einer Länge von 58 km staubfrei gemacht. Das ist ja ganz im Sinne Ihrer Wünsche gelegen und eine wirklich vernünftige Verwendung der vorhandenen Geldmittel. Wir haben seit Beginn der Staubbefreiung der Ortsdurchfahrten definitiv seit 1958 257 Ortsdurchfahrten in einer Länge von 187 km mit einem Aufwand von 21 Millionen Schilling staubfrei gemacht.

Dazu aber gleich ein Wort! Es wurde von einem Redner ausgeführt, daß diese staubfreien Straßen nicht entsprechend gebaut und auch verkehrstechnisch nicht richtig seien. Dabei wurde die Straße nach Feldbach—Paldau erwähnt. Diese Straße von Paldau ist aber nicht in der heute üblichen Art staubfrei gemacht worden, sondern sie wurde seinerzeit, ich glaube in den 50iger Jahren, ausgebaut, und damals haben wir halt noch mehr mit Wasser gekocht als heute. Hätten wir damals einen so großzügigen Ausbau betrieben wie heute, dann wären wir heute nicht bei den 52% der staubfreien Straßen, sondern wir wären vielleicht bei 40% oder noch weiter zurück. Wir konnten dank der steigenden Mittel dann doch daran gehen, die Hauptstraßenzüge vernünftig auszubauen und die weniger notwendigen und weniger wichtigen Straßen wenigstens in den Ortsdurchfahrten staubfrei zu machen. Man kann jetzt daher nicht bemängeln, daß da und dort etwas schlechter gebaut wurde, denn immerhin kostet die Staubbefreiung pro km etwa 150.000 S, hingegen der Neuausbau pro 1 km rund 1,2 Millionen, und darin liegt ein wesentlicher Unterschied. Das bitte ich zu berücksichtigen und zu erkennen. Wir haben im Landesstraßennetz in diesem Jahr 50% des staubfreien Netzes überschritten. Wir werden fortfahren, um den Wünschen weitgehend Rechnung zu tragen. Ich darf dem Vertreter aus dem Bezirk Feldbach sagen, daß Feldbach auch weiterhin an der Reihe ist. Es ist der einzige Bezirk, in dem wir noch nicht am Ende mit unserem Programm sind. Er hat auch mit Recht daran erinnert, daß dieser Bezirk, der einen großen Teil des Landesstraßennetzes in seinen Grenzen beherbergt, noch nicht die Höhe der Staubbefreiungsverhältnisse erreicht hat, wie wir sie im übrigen Land haben. Wir werden in diesem Gebiet Vorsorge tref-

fen müssen, um der gerechten Forderung tunlichst im ganzen Land gleiche Verhältnisse zu schaffen, auch nachzukommen.

Ich darf noch ganz kurz einige Dinge herausgreifen, die von Bedeutung sind. Abgeordneter Vinzenz Lackner meint, daß die Landesstraßen im Bezirk Judenburg 10,7% ausmachen und daß man die Mittel in diesem Maße dorthin geben möchte. Wir sind übereingekommen, nicht nach km, Bevölkerungszahl, Ortsgröße aufzuteilen. Er hat selbst einbekannt, daß der Bezirk nicht schlecht liege. Ich darf zu seinem Wunsch „St. Lambrecht—Laßnitz“ sagen, daß für die Fortsetzung des derzeit laufenden Bauloses der Betrag von 2,5 Millionen Schilling eingesetzt ist. Ich möchte ihm dies als ein vorweihnachtliches Geschenk sagen. Durch meine Bemühungen, im Landesvoranschlag noch mehr Mittel zu fixieren für den Straßenbau als es vorerst im Budget möglich war, wurde eben dieser Titel im ao. Haushalt geschaffen und dort werden einige Wünsche untergebracht, die heute von verschiedenen Seiten genannt wurden. Ich will Ihnen eröffnen, ich habe mir das Programm auch für den ao. Voranschlag schon zurechtgelegt. Es soll zum Zuge kommen Mürzsteg—Niederapl, Aichegg—Söding—Geisttal, eine Fortsetzung des Bauloses St. Lambrecht—Laßnitz, und zwar die 2. Fortsetzung, und Oblarn—Salzbrücke. Das sind meine Vorhaben, die ich im ao. Voranschlag vorerst fixiert habe. Ich appelliere an den Herrn Finanzreferenten, den Rest noch möglichst bald zu bedecken.

Auf die weiteren Wünsche, die angemeldet sind, möchte ich nicht eingehen, weil ich keine Rangordnung aufstelle, bevor nicht das Geld für diese Bauvorhaben vorhanden ist. Es wurde hier ein sehr beredtes Wort für den Straßenzug Kirchdorf—Breitenau—Straßegg—Gasen gesprochen! Meine Damen und Herren, Sie werden zugeben, es ist ein wichtiger Straßenzug, aber im entscheidenden Teil Breitenau—Straßegg nicht von solcher Bedeutung wie andere Vorhaben, und wir müssen solche Vorhaben zurückstellen.

Die Straße Mixnitz—Breitenau ist noch nicht fertig, und sicherlich wird man auch von der anderen Seite, von Birkfeld herein, vorwärts gelangen können. Auch hier tauchen Wünsche auf Tausch eines Straßenzuges mit einem günstigen Güterweg. Das Problem konnte noch nicht erörtert und noch nicht gelöst werden. Auch dort werden wir dann rascher zum Zuge kommen.

Beinahe glaube ich, das wichtigste von den Landesstraßen schon erwähnt zu haben. Ich darf noch kurz hinzufügen — Abgeordneter Hegenbarth hat über einen neuen Übergang von Peggau nach Knittelfeld gesprochen und Kostenziffern genannt —, daß das Hohe Haus, wenn es nicht andere Wünsche zu erfüllen hätte, die zusätzlichen 20.000.000 S sicherlich gewähren wird. Ich muß den Abgeordneten ein wenig vertrösten und ihn bitten, noch zuzuwarten. Die Tatsache, daß man heute mit einem geländegängigen Wagen, mit dem man schließlich auch über ein Gebiet ohne Straße fahren kann, hinweggekommen ist, ist noch kein Beweis dafür, daß dort unbedingt eine Straße lebensnotwendig und vordringlich ist. Der Wunsch sei aber wie auch andere Wünsche vorgemerkt.

Damit darf ich die Landesstraßen verlassen. Es hätte keinen Sinn, wollte ich mich hier noch weiter verlieren. Im Zusammenhange mit den Landesstraßen aber dürfen wir die Brücken nicht übersehen.

Wir haben im heurigen Jahre im Zuge der Landesstraßen 33 Brückenbaulose in Arbeit gehabt, wovon 24 fertiggestellt werden konnten. Bei den Straßenbaulosen waren es 32 Brücken, von denen 14 fertiggestellt wurden. In dieser Sparte haben wir noch sehr vieles zu tun. Aber hier haben wir den größten Engpaß personell gesehen. Ich muß das erwähnen.

Bei den Bundesstraßen kann ich mich kurz fassen. Wir haben für das heurige Jahr unser Programm nicht restlos, jedoch weitestgehend erfüllt. Wir stehen noch vor der Ausschreibung der Umfahrung Leoben, das ist noch ein offener Posten. Alles übrige ist im Laufen, soweit sogar, daß der eine oder andere von Ihnen sich positiv darüber äußern kann. Ich denke an unsere Ausbauten im Liesingtal, in dem wir die Umfahrung Kammern fertigstellen konnten und die Umfahrung Mautern wird einige verkehrstechnische Erleichterungen im Winter bringen. Der Ausbau der Ennstaler Bundesstraße, die Umfahrung Schladming ist bereits ausgeschrieben.

Der Ausbau der Salzkammergutstraße, die Umfahrung Aussee in Fortsetzung der Pötschenstraße und die Umfahrung Mitterndorf sind vorgesehen. Im nächsten Jahr werden wir fortsetzen den Ausbau der Semmering-Bundesstraße, und zwar die Fortsetzung Bruck—Kapfenberg. Selbstverständlich kommt hier zum Zuge im nächsten Jahre auch Bruck und die Umfahrung von Langenwang.

Wir haben dann als sehr wichtig die Straße Bruck—Graz zu erwähnen. Sie werden wissen wollen, was mit dem Baulos Bruck—Zlatten ist. Das Baulos wurde ordnungsgemäß vergeben und seither hat man aber am Bau selbst nicht viel gesehen. Vorerst ist die Brücke an der Wehrstelle in Pernegg das wichtigste. Es wird auch beim Baulos Kirchdorf weitergearbeitet. Weiters werden wir im nächsten Jahr mit der Umfahrung Gratkorn beginnen können. Wir hoffen, daß damit eine wesentliche Verkehrs-erleichterung auf dieser Strecke entsteht. Die Strecke Graz—Bruck kann ich in den Ausbau nicht unmittelbar hineinnehmen, weil sie dort nicht hineinpaßt.

Die Wechsel-Bundesstraße wurde auch erwähnt. Sie ist im Bau und im nächsten Jahr werden wir vermutlich ein größeres Baulos von fast 11 km von Pinggau bis Thalberg in Angriff nehmen können. Die Radl-Bundesstraße wird fertiggestellt, die Grenzland-Bundesstraße hat nur mehr den Karnerberg, der auch zur Ausschreibung kommt, die Sobother Straße ist angelaufen und hoffen wir, daß auch sie zügig fertig gemacht werden kann.

Die Turracherstraße, eine unserer schlechtesten Bundesstraßen, wird noch öfter genannt werden müssen, wir sind dort dabei, vorerst einmal die Brücken zu bauen und solche gibt es noch eine ganze Reihe. Nächstes Jahr kommt die Brücke in Predlitz selbst und noch eine zweite dran. Außerdem soll im nächsten Jahr die Scheitelstrecke bzw. die Auffahrt von uns aus eine Entschärfung erfah-

ren. Wir hoffen, daß wir damit zu Rande kommen und auch mit einem Teil dessen, was von der Turraacherstraße gewünscht wird. Der Ausbau der Turraacherstraße selbst wird leider noch auf sich warten lassen müssen. Die Wunschträume, die mir von jenseits der Grenze überbracht werden, besagen, daß Kärnten schon daran baut. Ich kann Sie aber beruhigen, Kärnten baut noch nicht daran. Im Gegenteil, wir Steirer werden sogar zu einem bestimmten Zeitpunkt auf diesem Gebiet weiter sein als die Kärntner. Dies nur deshalb, damit die einzelnen Abgeordneten, wenn sie deswegen angesprochen werden, Bescheid wissen.

Der Seeberg bzw. die Nordrampe ist noch nicht in die Detailplanung gegangen, weil hier noch schwierige Probleme zu lösen sind, wie z. B. die Erhaltung der naturgeschützten Allee; ihretwegen müßten wir vielleicht auf die andere Talseite ausweichen. Vorher sind aber noch wesentliche Untersuchungen zu machen. Dessenungeachtet wird an der Straße Bruck bzw. Kapfenberg—Mariazell bis zur Landesgrenze auch auf anderer Stelle noch gearbeitet werden, so daß wir sagen können, daß auch dieser Straßenzug endlich einer Sanierung zugeführt wird.

Nun noch ein paar Tatsachen zur Autobahn, über die heute schon vom Abg. Wurm und anderen Abgeordneten gesprochen wurde. Von uns aus ist das Stück Gleisdorf—Graz—Lieboch in der Detailplanung fertig. Die Frage einer Trassenverlegung in Graz selbst wegen des Wasserwerkes Graz-Süd wurde bei der Wasserrechtsbehörde einer Lösung zugeführt. Durch Festlegung entsprechender Vorschriften konnte das Problem gelöst werden. Das Projekt liegt von uns aus vor. Wir glauben aber, hier einvernehmlich und gemeinsam mit Kärnten vorgehen zu müssen, um dem viel stärkeren Partnern Niederösterreich, Wien, Oberösterreich, Salzburg, die ja immer eine geschlossene Front bei der Westautobahn bilden, günstiger und stärker gegenüberzustehen. Wir wollen möglichst rasch zum Bauen kommen. Ich darf also gleich bekanntgeben, es sind mir in den letzten Wochen vom Bezirk Voitsberg mehrere Resolutionen auf meinen Tisch geflattert bezüglich eines bevorzugten Baues der Autobahn über die Pack, von Köflach nach Völkermarkt. Ich glaube, daß es notwendig ist, in der Zukunft eine einheitlichere Auffassung zu vertreten, wir müssen zuerst das Stück Gleisdorf—Graz—Lieboch bauen und dann anschließend erst die Weiterführung von Lieboch über die Pack nach Völkermarkt. Das ist auch der Wunsch der Kärntner und hat auch den Zweck, uns die Autobahn am ehesten und am raschesten zunutze zu machen. Die Strecke nach Gleisdorf brauchen wir wegen der Überlastung der Riesstraße, die derzeit den Verkehr von 3 Bundesstraßen aufnehmen muß. Daher können wir dieses Stück nicht auslassen. Der Bau über die Pack ist etwas schwierig und wird uns noch viel Kopfzerbrechen machen. Der zweite Teil muß dann die Pack sein und wir müssen die Kärntner auch diesbezüglich festlegen, weil wir von Graz nach Klagenfurt schon Verbindung haben, die wir brauchen, um möglichst viel vom Fremdenverkehr nach Graz hereinzuziehen. Nach Wien kommen wir, wenn wir die Strecke nach Gleisdorf etwas auflockern kön-

nen, auch leichter, denn bis zu dem Zeitpunkt ist die Wechsel-Bundesstraße von uns aus fertig. Ich kann das mit Nachdruck behaupten, denn es ist geplant, die Wechsel-Bundesstraße bis zum Jahr 1968 vollkommen auszubauen. Dies zur Autobahn!

Nun noch geschwind ein Wort zu Graz als dem Hauptbahnhof des Straßenverkehrs. Ich kann als Straßenreferent nur bedauern, daß die Stadtverwaltung Graz bisher dem Straßenverkehr nicht größere Bedeutung zumessen konnte wegen ihrer schlechten Finanzlage. Graz könnte glücklich sein, wenn es die Beträge aufbrächte, die notwendig sind, um mit ihrer Eigenleistung mit der Bundesstraßenverwaltung zu einem vernünftigen Durchzugsstraßennetz zu kommen. Die Ortseinfahrten, von Klagenfurt her, auch von der Pack her und auch die Ausfahrt zum Wörthersee, hat ja zu zwei Drittel und mehr die Bundesstraßenverwaltung gebaut. Aber der Restanteil muß eben von der Stadt Graz aufgebracht werden, sonst ist es nicht möglich. Und da hängen wir in Graz. Ich brauche ja nicht darauf zu verweisen, daß wir schon unten bei der Südausfahrt, vom Zentralfriedhof her, bei einem kleinen Häuserl stecken geblieben sind, weil eine Partei drinnen ist, die nicht wohnversorgt werden kann, weshalb das Häuserl nicht abgelöst werden konnte. So geht es uns aber mit jedem 100.000 S, die der Stadtsepat von Graz freigibt. So ist natürlich ein wirkliches Programm einer Stadteinfahrt nicht zu lösen. Ich möchte daher den Appell an alle richten, Graz weitestgehend zu helfen und nicht darauf zu warten, daß sich das Straßenproblem von selbst löst. Graz muß die Probleme seiner Stadteinfahrten lösen, denn das macht der Bund nicht allein, er übernimmt nur die Kosten, die ihm straßenmäßig zufallen, aber nicht mehr. Auch die Einfahrt von Straßgang ist nicht mehr entsprechend, aber man hat nicht einmal die Mittel, daß der Radfahrweg und der Gehweg gemacht werden könnten. Das ist die Misere von Graz.

Damit glaube ich, zum Straßenproblem schon genug gesagt zu haben. Es gäbe natürlich noch vieles, aber ich muß mich da ein wenig zurückhalten, denn Sie wollen ja nicht nur ein Christkind, Sie wollen ja auch ein Osterei haben. Ich darf daher fortfahren und vom Straßenbau weg zum Wasserbau kommen.

Ein Element, auf das wir viel mehr vergessen, als wir tun dürften, drückt sich in den Zahlen unseres Bauamtes für den Wasserbau aus. Nur noch einige Ziffern, die beachtlich ins Gewicht fallen! 307 Millionen für den Flußbau, davon Bund 17 Millionen, das Land 9 Millionen und die Interessenten 4 Millionen Schilling. Für den Wasserversorgungsbau 26 Millionen Schilling im ganzen Land. Im Verhältnis zu den 300 Millionen für den Straßenbau ist das ein sehr geringer Prozentsatz. Ich kann nur sagen, seien wir bedacht darauf, daß wir hier mehr tun müssen. Ich richte diese Bitte an den Herrn Finanzreferenten, der mir im heurigen Jahr entgegengekommen ist und die Ziffern aufgestockt hat für den Wasserleitungs- und Kanalbau. Aber diese Ziffern sind viel zu gering. Die Wasserleitungs- und Kanalisationsbauten würden bei einer 20%igen Förderung 15 Millionen benötigen und im Budget stehen 74 Millionen, also gerade die Hälfte dessen.

So ähnlich sieht es bei dem schönen Namen des Wasserwirtschaftsfonds aus, der darunter leidet, daß er chronischen Geldmangel hat. Dotiert wird er aus Beiträgen von beiden Wohnbaufonds in der Höhe von 5%. Ich habe einen Appell an Sie zu richten: Die Aufschließung eines Wohnsiedlungsgebietes verschlingt mindestens 15% der Baukosten und nur 5% werden vom Wasserwirtschaftsfonds gegeben, obwohl bei der Aufschließung Wasserleitungen und Kanalisation die wesentlichsten Punkte sind. Wenn diese Versorgungsleitungen in der Erde verlegt sind, können die Straßen fertiggestellt werden. Ich appelliere an den Wasserwirtschaftsfonds, die beiden Wohnbaufonds, den Prozentsatz auf 10% zu erhöhen. Ich glaube, die Vertreter der beiden Fonds müssen einsehen, daß der Wohnbau aufhört, wenn kein Wasser vorhanden ist und die Kanalisation nicht funktioniert. Es ist vorgekommen, daß ein Wohnblock fertiggestellt wurde, aber nicht bezogen werden konnte, weil der Kanalanschluß mangels an Geldmitteln nicht hergestellt war. Wenn Sie interessiert sind an einer weiteren umfangreichen Wohnbautätigkeit, dann müssen sie mithelfen, daß wir Mittel in größerem Maße bereitgestellt bekommen, um dort zu helfen, wo es notwendig ist. Wie wichtig die Wasserversorgung ist, brauche ich nicht auszuführen, denn diese Tatsache ist bekannt. Ich war sehr froh, daß wir Ortschaften, die 700 Einwohner zählen und die zum großen Teil das Trinkwasser aus dem Bach geholt haben, endlich mit reinem Quellwasser versorgt haben.

Ich kann mich hier nicht weiter aufhalten und will nur noch kurz ein paar Worte über unseren Landeshochbau sagen und einige Ziffern nennen. Für den Landeshochbau ist ein Betrag von 51,2 Millionen vorgesehen. Hiervon entfallen 33,3 Millionen auf Krankenanstalten, alles übrige teilt sich auf kleine Beträge auf. Z. B. Amtsgebäude, Fürsorgeschulen, Schülerheime, Museen, Landwirtschaftsschulen und -betriebe. Wir sehen, daß hier ein beachtlicher Teil unserer Ausgaben ist. Das Amtsgebäude in Leoben ist inzwischen fertiggestellt worden, das in Weiz ist im Bau. Weitere Bauten werden sicherlich folgen. Das Fürsorgeheim in Radkersburg geht planmäßig vonstatten. Ich hoffe, daß es vielleicht schon im heurigen Jahr vollendet wird. Das wird von der Leistungsfähigkeit der Handwerksbetriebe abhängen.

Es wird immer wieder von Baumöglichkeiten und Überhitzung des Bausektors gesprochen. Der wirkliche Engpaß besteht auch im Wohnungsbau. Ein Rohbau ist unwahrscheinlich schnell fertig. Ein Bagger fährt an und in 2 Monaten sind sie über rascht, was Sie vor sich sehen. Aber bei der Fertigstellung, ob es sich nun um ein Amtsgebäude oder Krankenhaus handelt, sind die Innenausbauarbeiten kompliziert, und dort bestehen die wirklichen Engpässe, weil die handwerklichen Betriebe nicht in der Lage sind, die übernommenen Aufträge in der Zeit fertigzustellen, wie wir es wünschen.

Der Bundeshochbau hat in diesem Jahr 75 Millionen zum Verbauen gebracht, eine nicht zu übersehende Ziffer, und zwar in Stadt und Land. Es sind davon für Instandsetzungen, Modernisierungen und Generalsanierungen allein ausgegeben worden: für die Unterrichtsverwaltung 12 Millionen,

für sonstige Gebäude aller Ressorts, wie für Amtsgebäude fast 20 Millionen, für Neubauten 27 Millionen, allein für den Neubau von 3 Mittelschulen, die von Gemeinden und Interessenten vorfinanziert werden, 13 Millionen, in der Summe 78 Millionen Schilling. Ich brauche Ihnen nicht aufzuzählen, was da alles mitinbegriffen ist. So gründlich wie die Straßenverhältnisse schauen Sie sich die Dinge auf dem Hochbausektor nicht an und sind daher auch nicht in der Lage, Klage darüber zu führen. Daher ist es nicht erwähnt worden. Ich sage nicht, daß Sie es übersehen haben, aber ich erspare es mir, darüber zu reden.

Nun noch ein ernstes Wort! Ich habe schon vor 2 Jahren in diesem Hause darauf verwiesen, daß es langsam fast unerträglich wird, im Bauamt zu arbeiten, einerseits weil der Raummangel ein enormer ist und andererseits, weil es uns an Kräften fehlt. Ich habe in den letzten beiden Jahren einen Fehlbestand an Diplomingenieuren von 7 angegeben. Nunmehr fehlen 14. Wenn Sie sich vorstellen, daß die Bausumme, die wir verbauen mußten, in keinem dieser Jahre geringer wurde, so werden Sie verstehen müssen, was es heißt, mit einem verminderten Stand an technischem Personal das alles noch zu bewerkstelligen. Wir sind aber an der Grenze angelangt. Wenn wir mit dem Bauprogramm 1961 bis heute nur knapp fertig geworden sind, so deshalb, weil es uns an diesen technischen Kräften fehlt, die die Vorplanung, die Überprüfung, Überwachung und zum Schluß die Nachrechnung durchführen müssen. Ich muß das betonen, weil ich glaube, daß das auch mitberücksichtigt werden und ich Sie ersuchen muß, auch Ihrerseits mitzuhelfen zur Abhilfe dieses Zustandes.

Ich möchte nicht verabsäumen, allen, die trotz dieser Verhältnisse und des Raummangels dort arbeiten, den Dank auszusprechen. Ich darf dankbar vermerken, daß einer der Abgeordneten im Finanzausschuß darauf verwiesen hat, daß die technischen Büros nicht in Ordnung seien, wobei er die Abteilung V im Auge hatte. Die Unterbringung des Straßenbauamtes Graz ist noch schändlicher. Ich würde nicht wünschen, daß Sie viel dort zu tun haben. Wir wollen hoffen, daß im ao. Haushaltsplan eine Post vorgesehen ist für den Bau eines neuen Bürohauses für das technische Amt, um nach Möglichkeit in den kommenden Jahren diesem Übel abzuwehren. Vielleicht wird ein Weg gefunden werden, daß man auch diesem echten Personalangel abhelfen kann.

Für heute möchte ich allen, die in der Bauabteilung tätig sind, gleichgültig, ob als Hilfsarbeiter, Straßenwärter, Brückenbauarbeiter, ob als Ingenieure, Techniker oder Verwaltungsbeamte, vor allem aber unseren Abteilungsleitern im Bauamt und dem Herrn Baudirektor auch im Namen des Hohen Hauses den Dank aussprechen dafür, daß sie keine Mühen und Unannehmlichkeiten scheuten, um die Aufgaben, die uns dort gestellt sind, zu lösen, zum Wohle unserer steirischen Heimat. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Nach dem Schlußwort des Referenten ist die Rednerliste in der Gruppe 6 geschlossen und

ich bitte um das Schlußwort des Herrn Berichterstatters.

Berichterstatter Abg. **Pözl**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Debatte über die Gruppe 6 war ausführlich und erschöpfend. Sie beschäftigte 16 Redner des Hohen Hauses, die insgesamt 221 Minuten zur Gruppe 6 gesprochen haben. Sie ersehen daraus die große Bedeutung dieser Gruppe. Den längsten Beitrag leistete Abg. Stöffler mit 32 Minuten und den kürzesten Abg. Brandl mit 3 Minuten. Die Mitglieder des Hohen Hauses haben die Bedeutung dieser Gruppe auch aus der Beantwortung des Herrn Referenten ersehen können. Ich darf daher meinen eingangs gestellten Antrag wiederholen und Sie bitten, dieser Gruppe Ihre Genehmigung zu erteilen.

Präsident: Wir können über die Gruppe 6 abstimmen. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Wir kommen nun zur

Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“.

Berichterstatter ist Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Karl Lackner**: Hoher Landtag! Die Gruppe 7 umfaßt die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der Feuerwehren, die Wirtschaftsförderung, den Fremdenverkehr, die Meliorationen, die Viehzuchtförderung usw. Dafür werden beträchtliche Summen bereitgestellt.

Die Landwirtschaftsschulen werden rege besucht, wenn auch die Landbevölkerung noch immer im Abnehmen begriffen ist.

Unsere über 700 Feuerwehren mit 8000 Feuerwehrmännern konnten ihre Ausrüstung verbessern. Die Feuerschutzsteuer konnte ihnen zur Gänze zugute kommen. Der Bau von Güterwegen und die Besitzfestigungen sind gar nicht mehr wegzudenken.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die Gesamtausgaben dieser Gruppe im Jahre 1962 101,849.300 S betragen, gegenüber 89,341.700 S im Jahre 1961. Der Finanzausschuß hat sich mit der Gruppe 7 ebenfalls eingehend befaßt und ich darf namens dieses Ausschusses das Hohe Haus bitten, der Gruppe 7 seine Zustimmung zu geben.

Abg. **Hegenbarth**: Hohes Haus! In meinen Jugendjahren kam mir ein Büchlein in die Hand mit dem Titel „Zwei Tabletten pro Tag“. In diesem Zukunftsroman bemüht sich ein phantasiebegabter Schriftsteller, seiner Leserschaft zu beweisen, daß wir auf dem Gebiet der Ernährung revolutionären Zeiten entgegensehen, Zeiten, in denen der Mensch der Zukunft nur mehr in der Früh eine Tablette schlucken wird, womit die Erhaltung des Körpers und der Leistungsfähigkeit gewährleistet ist. Es wird eine große soziale Umschichtung vor sich gehen, die Wiesen- und Ackerflächen werden umgewandelt in riesige Parks und schöne Anlagen, mit

deren Pflege die Bauern betraut werden. Fleischer, Bäcker und andere Berufe müssen umgeschult werden. Die Kunstdüngerproduktion wird auf die Erzeugung von Kölnisch Wasser umgestellt und ähnliche nützliche Sachen, und der glückliche Mensch der Zukunft wird in diesen Parkanlagen lustwandeln wie weiland Adam und Eva. Die Experten der Wirtschaft sind allerdings der Auffassung, daß es noch einige Zeit dauern wird, bis dieser Idealzustand erreicht sein wird. So lange das aber nicht der Fall ist, wird unsere Bauernschaft nach wie vor mengenmäßig und qualitätsmäßig die Lebensmittel für unsere Bevölkerung bereitstellen müssen.

Ich glaube, daß unsere steirische Landwirtschaft einen stolzen Erfolgsbericht bringen kann. In erster Linie möchte ich zu den Konsumenten sprechen, denn meine bäuerlichen Kollegen haben das weniger nötig. Wir sind in Österreich soweit, daß wir unsere wichtigen Grundnahrungsmittel selbst herstellen können. Dazu gehören Brotgetreide, Fleisch, Milch, Butter, Gemüse, Obst, Zucker und Kartoffeln. Das Beste an Nahrungsmitteln, sowohl mengen- als auch qualitätsmäßig ist vorhanden. Ich will um Gottes Willen nicht die Gefahr eines dritten Weltkrieges an die Wand malen — das können andere viel besser als ich —, sondern ich will hoffen, daß der dritte Weltkrieg verschoben wird auf eine Zeit, in der wir und unsere Kinder nicht mehr sind. Aber eine gewisse Unabhängigkeit in der Versorgung eines Staates mit den erforderlichen Lebensmitteln gehört nun einmal zu der wirtschaftlichen Obsorge und ist darüber hinaus auch ein Grunderfordernis einer praktischen Neutralität. Die Ernährungskommission der UNO hat eine Statistik herausgegeben, aus der ich mir einige Ziffern entnommen habe. Die große Sowjetunion mit einer Bevölkerungszahl von 220 Millionen hat eine Agrarfläche von 265.000 ha, das sind 12.000 qm pro Sowjetbürger. Die USA bei einer Bevölkerungszahl von 175 Millionen hat eine Agrarfläche von 140.000 ha, das sind 8000 qm pro Kopf. In Österreich stehen für die Ernährung der Bevölkerung von 7 Millionen knapp 1700 ha zur Verfügung, das sind 2100 qm pro Kopf. Die österreichische Landwirtschaft hat nun das Kunststück fertiggebracht, auf dieser Fläche von 2100 qm fast alles zu erzeugen, was die Bevölkerung braucht. Und diese Bevölkerung lebt relativ günstig und gut im Vergleich zu anderen Ländern. Um wieviel intensiver und fortschrittlicher muß daher unsere Landwirtschaft, müssen vor allem unsere Klein- und Mittelbetriebe wirtschaften.

Hohes Haus! Nun zu den einzelnen Sparten. Der Milchabsatz, der uns in früheren Jahren keine Sorgen bereitet hat, hat sich heuer trotz der gesteigerten Produktion verringert. Der Milchabsatz, der Verbrauch an Butter, Käse, Schlagobers und anderen Milchprodukten beträgt um 18% weniger als 1958, obwohl die Milchproduktion stieg. Wir werden im heurigen Jahr aber, soweit wir dies überblicken können, nur 3000 t Butter ins Ausland ausgeführt haben gegenüber 6000 bis 8000 t in anderen Jahren. Das erspart uns Millionenbeträge an Exportbeiträgen. Es ist im Finanzausschuß der Vorschlag gemacht worden, in den Betrieben Milchautomaten aufzustellen. Hätte man sich nur schon vor 2 Jahren darum gekümmert! In England und in den

nordischen Staaten sind Milchautomaten etwas Selbstverständliches.

Bei jeder Schule, auf jedem Bahnhof stehen diese Kästen. In England stehen rund 2000. Man sagt, daß die Sättigung bei 3500 erreicht werden wird. Wie sehen die praktischen Ergebnisse aus? In Österreich steht seit 6 Monaten in Wien ein Milchautomat. Er bestätigt die Erfahrungen der anderen westeuropäischen Länder. Ein solcher verkauft je nach Standort jährlich zwischen 10.000 und 16.000 Liter Milch, pakettiert in diesen bekannten Beuteln. Im Durchschnitt sind das 13.000 Liter Milch. Das ist die Milchproduktion eines landwirtschaftlichen Mittelbetriebes.

Entsprechend den englischen Verhältnissen, reduziert auf unsere Landesgröße und Einwohnerzahl, müßten wir von diesen Milchautomaten 600 bis 700 Stück aufstellen, die bei 8 bis 9 Millionen Liter Milch verkaufen würden oder 8000 bis 9000 Tonnen. Es ist das nicht erschütternd viel, wenn wir uns überlegen, daß die gesamte Produktion an Milch in Österreich 1.600.000 Tonnen beträgt. Wenn wir auch den englischen Stand auf dem Gebiet der Aufstellung der Milchautomaten erreichen würden, so würden wir damit ein gutes halbes Prozent der in Österreich erzeugten Milch verkaufen können. Wir bekennen uns zu jeder Neuheit, wenn sie erfolgversprechend ist. Man kann sagen, daß diese 13.000 Liter Milch verbuttert und exportiert werden können als etwa 500 kg Butter. Dazu benötigen wir 10 S pro kg, insgesamt 5000 S Exportzuschuß. Ich halte es für besser, für die Verzinsung und Reparatur dieser Milchautomaten diesen Betrag zu verwenden, weil wir dafür etwas für die Volksgesundheit leisten.

Die Molkerei Steinach exportiert seit 6 Jahren Milch nach Westdeutschland. Gegen härteste Konkurrenz ist es ihr gelungen, immer wieder den Zuschlag der Amerikaner für ein Frühstück in Westeuropa zu erreichen. Es sind das täglich 55.000 bis 60.000 Liter Milch. Die Molkerei Steinach bringt jährlich 2 Millionen Dollar nach Österreich an harten Devisen herein. Wir sind selbstverständlich bereit, um nicht den Verdacht einer Neutralitätsverletzung zu erwecken, auch die in Ungarn stehenden Sowjettruppen mit Milch zu versorgen. Wir sind gerne bereit, eine solche Belieferung zu übernehmen.

Der Viehabsatz war im heurigen Jahr etwas härter als in den früheren Jahren. Im Herbst hat Italien die Einfuhr von Vieh aus Österreich praktisch gesperrt. Auch Deutschland hat Maßnahmen angeordnet, die einer Sperre gleichkamen. Es ist durch Verhandlungen mit der Bundesrepublik gelungen, das zu lockern, so daß 300 bis 400 Stück Vieh wöchentlich hinausgehen, wodurch unsere Märkte, die im Herbst überlastet sind, entlastet werden können. Folgender Exporterfolg wurde auf diesem Gebiet erzielt:

Für ganz Österreich über 80.000 Rinder. Auf Steiermark berechnet ca. 20.000. Um so beachtlicher ist das, als der österreichischen Landwirtschaft nicht annähernd diese Exportförderung wie etwa der Schweizer Landwirtschaft zuteil wird. Wir erfahren aus den Zeitungen, daß die Schweiz für jedes Stück

Vieh, das ins Ausland geht, Exportprämien in der Höhe von 300 bis 800 Schweizer Franken gibt, das sind 1800 bis 4800 S. Wir wagen nicht einmal zu träumen, daß wir eine solche Exportförderung erfahren werden. Sie können es aus der Gegenüberstellung sehen, um wieviel schwieriger es wir beim Export haben als die Schweizer Kollegen. Es hat zäher Energie bedurft, um sich gegen die stärkste Konkurrenz der Schweizer und Holländer die Absatzgebiete zu sichern.

Der Obstabsatz war im heurigen Jahr relativ flüssig. Zeitweise waren einige Stockungen, besonders bei den Pfirsichen. Es zeigt sich, daß die Marktbeobachtung noch weiter ausgebaut werden muß. Wir erleben es immer wieder, daß auf einem Gebiet Österreichs eine Ware im Überfluß vorhanden ist, während im anderen Bundesland Mangel besteht, weil die Ware dort fehlt. In der vorjährigen Landtagsdebatte hat der Herr Landeshauptmann darauf hingewiesen, daß die Marktbeobachtung weit mehr als bisher ausgebaut werden müßte. Die Marktbeobachtung ist eines der modernsten Mittel zur Absatzregelung. Erst wenn man den Bedarf des Marktes voraussagen kann, kann man entsprechende Maßnahmen treffen. Die Steirerobst Ges. m. b. H. in Gleisdorf, die sich die Verwertung des Industrieobstes zur Herzensangelegenheit gemacht hat, ist in letzter Zeit sehr aktiv gewesen. Riesige Tankanlagen mit einem Fassungsraum von 600.000 Liter ermöglichen es, konzentrierte Obstsaften in großen Mengen für die Zeit der Knappheit aufzustapeln. Beim Obst ist es so, daß auf Jahre des Überflusses Jahre der Knappheit folgen. Nur eine Firma, die imstande ist, konstant liefern zu können, kann sich Abnehmer erhalten. Dazu ist es notwendig, daß sie auch in Jahren der Obstknappheit mit diesen Obstsaften aufwarten kann.

Die Tuberkulose- und Bangfreimachung ist weit fortgeschritten. In ganz Obersteiermark wurden die Rinderbestände von Tbc freigemacht. Nur sporadische Einzelfälle bei den Nachüberprüfungen kommen vor.

Auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung haben wir sehr beachtliche Fortschritte. Der Tiberhof in Gleisdorf hat heute schon europäischen Ruf. Bei den größten Anbauversuchen des französischen Landwirtschaftsministeriums stand der Hybridenmais, Sorte 420, mitten in der Reihe der besten Sorten überhaupt. Es waren rund 70 Sorten, die geprüft wurden, ein Beweis, daß unsere Züchtungen Ruf und Ansehen genießen.

Noch vor einigen Jahrzehnten gehörte es zum guten Ton, daß ein junger Bauernsohn eine Auslandsreise machte, um fortschrittliche Betriebe in Deutschland und den nordischen Staaten zu besichtigen. Heute verläuft der Prozeß in verkehrter Richtung. Es vergeht keine Woche, wo nicht eine Studienkommission aus anderen Ländern kommt, aus dem Norden, Westen und Osten. Die Gäste aus Jugoslawien kommen regelmäßig. Das beweist, daß unsere Landwirtschaft auf weiten Gebieten ein Niveau erreicht hat, das weit über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Wir haben vor einigen Tagen gehört, daß der Fremdenverkehr über 7 Milliarden Schilling Devisen einbringt. Gestatten Sie mir eine Feststellung.

Sicherlich ist es die schöne Lage Österreichs, die die Leute veranlaßt, nach Österreich zu kommen. Ich bin kritisch und realistisch genug zu sagen, es gibt auch anderswo schöne Gegenden, grüne Seen, blauen Himmel, aber man lebt nirgends so billig wie Österreich. Diese realistische Überlegung ist bei vielen Gästen genauso maßgebend wie das Erleben einer schönen Landschaft. Es ist ja auch bei der Kalkulation nicht gleichgültig, ob man für ein Kilogramm Butter 35 Schilling oder wie in der Schweiz 60 Schilling bezahlt. Bei anderen Produkten ist es ebenso. Wir Bauern profitieren am Rande durch erhöhten Absatz im Fremdenverkehr. Wir leisten auch unseren Beitrag.

Ich habe in letzter Zeit wiederholt aus Zeitungsberichten entnehmen können, daß die Überfremdung des österreichischen Grundbesitzes bedrohlich sei. Hohes Haus, ich glaube, daß diese Befürchtungen übertrieben sind, gelinde gesagt. Daß es in anderen Bundesländern, wie Salzburg, Tirol und Oberösterreich, zu verstärktem Ankauf von Grundstücken durch westdeutsche Interessenten gekommen ist, soll Tatsache sein. Wir in der Steiermark können derartige Feststellungen noch nicht machen. Es zeigt sich, daß unser Grundverkehrsgesetz, das nun seit 7½ Jahren besteht, vollauf auslangt, um unerwünschte Interessenten fernzuhalten. Ich habe im Auftrag der Regierung eine Fahrt ins Salzkammergut gemacht, von wo uns erzählt wurde, daß die westdeutsche Invasion in vollem Gange sei und der Grundbesitz sich in höchster Gefahr befinde, ja daß geradezu ein nationaler Notstand vorhanden sei. Was war nun wirklich? Drei westdeutsche Familien haben sich am Grundsee, in der Nähe der Pension „Seeblick“, ein Stücklein Grund gekauft zur Errichtung eines Ferienheimes. Diese Leute bringen uns ja schließlich auch im Sommer viel Geld herein. Die Grundverkehrskommissionen — wir haben deren 42, je eine am Sitz eines jeden Bezirksgerichtes — behandeln alljährlich rund 10.000 Fälle von Grundkauf- und Grundpachtverträgen. Über 99% sind im ersten Verfahren geregelt worden, knapp 1% wurde abgelehnt. Damit hatte sich die Landesgrundverkehrskommission zu befassen, die dann nach reiflicher Prüfung entscheidet.

Nun, Hohes Haus, ganz zum Schluß noch einiges über unsere Sorgen. Wir haben noch tausende bäuerliche Betriebe mit schlechter Zufahrt, ohne Strom und Wasser, denen in den industriellen Produkten eine immer schärfer werdende Preisschere gegenübersteht. Schauen Sie, meine Damen und Herren, da liegt vor mir wieder ein Paket solcher Preisregulierungen der Landmaschinenindustrie, die mir am 1. November zugestellt wurden. Alle Preise verändern sich nur nach oben, keine nach unten. Es erhebt sich immer wieder die Frage, wie soll der Bauer diese Mehrbelastungen verdauen? In der Steiermark, so sehr wir uns grundsätzlich zur Preisdisziplin bekennen, wird man sich um das Problem der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise ernsthaft kümmern müssen, wenn diese Preisüberforderungen der Landwirtschaft auf ihrem Bedarfssektor nicht aufhören. Wir sind für eine fortschrittliche Sozialpolitik, wir freuen uns natürlich, daß unsere alten Bauern und Bäuerinnen eine Rente bekom-

men, daß sie die Kinderbeihilfe bekommen, wir freuen uns, daß es eine gute Unfallversicherung gibt, und wenn es eines Tages gelingt und nicht zu teuer kommt, werden wir selbstverständlich auch für eine allgemeine Krankenversicherung stimmen.

Zum Schluß danke ich dem Herrn Landesrat Prirsch und dem leitenden Beamten der Abteilung 8, Herrn Hofrat Dr. Sedelmayr, für ihre getreue und gewissenhafte Behandlung aller landwirtschaftlichen Angelegenheiten. Desgleichen danke ich auch dem Herrn Nationalrat Präsident Wallner und dem Kammeramtsdirektor Dr. Holzinger in der Landesbauernkammer.

Ich habe mich bemüht, in gedrängter Kürze einiges zu sagen über die Leistungen und Sorgen der Landwirtschaft. Mögen meine Worte nicht auf steinigen Boden gefallen sein. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung und werde sie um Punkt 14 Uhr fortsetzen.

(Unterbrechung der Sitzung von 12.45 bis 14 Uhr.)

1. Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Hans Brandl: Hoher Landtag! Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft nimmt sowohl in den ziffernmäßigen Ansätzen unseres Vorschlages als auch erfahrungsgemäß in der Diskussion der Abgeordneten einen weiten Raum ein. Die Belange und vielfachen Zusammenhänge in diesen zwei Wirtschaftszweigen, die meistens in einem Satz ausgesprochen werden, sind sehr eng miteinander verbunden. Trotzdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die Landwirtschaft mit viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat als die Forstwirtschaft. In unseren gesamten volkswirtschaftlichen Einnahmen stellt das grüne Gold einen begehrten Rohstoff sowohl im Inland als auch im Ausland dar. Gerade hier können wir feststellen, daß die Steiermark als holzreichstes Land mit einer zulässigen Einschlägerung von 2,160.000 Festmetern und einem tatsächlichen Holzeinschlag von rund 2,5 Millionen Festmetern im Jahre 1960 an der Spitze aller Bundesländer stand und somit eine besondere Verpflichtung gegenüber seinem Wold hat. Dieser Wald erfüllt mannigfache Aufgaben im Interesse der Bewohner unseres Landes. Der Ruf nach Zurückführung des Holzeinschlages auf den tatsächlichen Hiebsatz ist das Bekenntnis verantwortungsbewußter und in die Zukunft denkender Menschen.

Der Wald ist nicht nur ein maßgebender Faktor in unserer Volkswirtschaft. Er ist ein Bollwerk gegen Lawinen und gegen Erdbeben. Er ist der natürliche Schutz gegen Überschwemmungen und der Garant für eine ausreichende Wasserversorgung, vor allem Trinkwasserversorgung. Im Wald reinigt sich die Luft, dort findet der Städter wirkliche Erholung, und das Wort eines Schweizer Forstmannes, daß der Wald das größte und natürlichste Nervensanatorium einer allmählich verrückt werdenden Welt ist, bewahrheitet sich.

Ich will nun auf die gewaltigen Veränderungen eingehen, die in der Forstwirtschaft in den letzten

Jahren vor sich gegangen sind. Ich darf einen Ausflug in die entlegenen Täler, die einsamen Höhen unserer Bergrücken machen und sie einer positiven, aber teils auch negativen Betrachtung unterziehen. Ich will aber die Abgeordneten des Hohen Hauses auf ein Problem aufmerksam machen und ein heißes Eisen anfassen, das schon oft im Mittelpunkt großer leidenschaftlicher Auseinandersetzungen gestanden hat.

Wald und Wild gibt es, seit es Menschen gibt, und Jahrhunderte, ja sogar Jahrtausende hindurch ist die Jagd eindeutig an erster und vorderster Stelle gestanden und erst uns ist es vorbehalten, eine vernünftige Relation zwischen einem vertretbaren und gesunden Wildstand einerseits und dem dazugehörigen Wald mit möglichst wenig Schäl- und Verbißschäden andererseits zu finden.

Ich bin davon überzeugt, daß allein bei dem Gedanken an diesen letzten Satz zwei Richtungen entstehen. Der Herr Landesjägermeister, von dem ich bedaure, daß er nicht hier sein kann, und die Herren Abgeordneten, die dem hohen Waidwerk huldigen, werden mit Überzeugung der Meinung sein, daß auf Grund der bestehenden Gesetze und auf Grund der Praxis alles getan wird, um Schäden im Wald und an den Landkulturen zu verhindern und die agrarischen Abgeordneten mit nicht immer eigenjagdberechtigtem Wald — und ich nehme an, daß solche auch hier sitzen — im Gebiet eines Jagdpächters, der kapitalkräftig ist und der Hege des Wildes mehr Augenmerk zuwendet als dem Abschub, und zwar mehr als dem Wald gut tut, die werden verständlicherweise entgegengesetzter Meinung sein. Auf das gesamte Land angewendet und deutlich ausgesprochen könnte man auch sagen, daß die Land- und Forstwirtschaft einem kleinen in Promille ausgedrückten Prozentsatz unserer Bevölkerung einen verhältnismäßig hohen Tribut leistet. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich von vornherein feststellen, daß alle verantwortlichen Stellen sich bemühen, den Wildstand und hier vor allem das Rotwild in seinen natürlichen Grenzen zu halten. Ich muß objektiv auch feststellen, daß es leider zum größten Teil nur bei den Bemühungen bleibt, denn es muß alarmierend wirken, wenn die vielen Schäl- und Verbißschäden, die durch das Rotwild allein in der Steiermark bei vorsichtiger Schätzung rund 2 Milliarden Schilling betragen und jährlich um weitere rund 50 Millionen Schilling zunehmen, nicht abzustellen sind. Und alarmierend muß es auch sein, wenn in den letzten Jahren in steigendem Ausmaß, vor allem was unser Land betrifft, große und harte Klagen darüber geführt werden, daß die Wildschäden größer werden, und wenn bei näherer Betrachtung festgestellt werden muß, daß vor allem durch Jagdpächter aus dem Ausland das Schwergewicht auf die Überhegung des Wildes gelegt wird. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß viele kleine Landwirte gegenüber ihren großen Grundnachbarn oder einem einflußreichen Jagdpächter keine Klage zu führen wagen.

Die Wildschäden allein in der Steiermark betragen ein rundes Flächenmaß von 40.000 ha, d. h., daß auf diesen 40.000 ha die Kulturen, also 15—70jährige Bestände, 100%ig geschält sind und daß dar-

aus, das kann man sich ausrechnen, selbstverständlich eine schwere Beeinträchtigung der Holzversorgung sowohl für die Papierindustrie als auch für die Konsumenten unseres Landes entsteht. Auf weite Sicht gesehen, dürften jedoch die Verbißschäden noch größer sein. Es ist festgestellt worden, daß dadurch die Umtriebszeit in unseren jüngeren Kulturen sich um rund 20% verlängert, d. h., daß dadurch ein Holzausfall von $\frac{1}{5}$ entsteht, wenn für die Umtriebszeit 100 Jahre gerechnet werden. Besonders Tannen- und Laubhölzer werden vom Wild sehr stark abgeäst und die Naturverjüngung ist dadurch ernstlich gefährdet. Dadurch, daß bei uns erfreulicherweise von der Kahlschlagwirtschaft womöglich Abstand genommen wird, ist es auch verständlich, daß das Wild nicht das entsprechende Futter findet und sich in der Naturverjüngung besonders bei Tannen- und Laubhölzern schadlos hält. Es besteht die größte Gefahr, daß es in Zukunft allein dadurch möglich wäre, wieder in die Monokultur zurückzufallen, die so lange Jahre hindurch entsprechenden Schaden verursacht hat.

Nun zurück zur direkten Jagdausübung. Die kapitalkräftigen Jagdpächter bezahlen heute z. B., je nach den Enden des Geweihes, für einen Hirsch 10.000 bis 20.000 S. Damit hat die Jagdausübung zum Teil ihren ursprünglichen Sinn verloren und ist zum Objekt geschäftlicher Berechnung geworden. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, ein Beispiel nennen, wo der Internationale Hubertusorden an die Bundesforstverwaltung Mariazell als Jagdpacht einen niedrigeren Betrag zahlt als er durch die Einzelvergabe von Abschlüssen an Wirtschaftswunderkinder einnimmt und dadurch einträgliche Geschäfte macht. Ohne Berücksichtigung der enormen Wildschäden haben die Bundesforste allein durch diesen Pachtvertrag im Jahre 1960 ein Defizit von 147.000 S erlitten, wie dies im Nationalrat mitgeteilt und auch vom Herrn Landwirtschaftsminister bestätigt wurde. (Landesrat Prirsich: „Er hat gesagt, er wird das abstellen, das müssen Sie noch dazusagen!“) Ich müßte aber auch dazusagen, daß im Verlauf der Pachtzeit von 8 Jahren mit einem Gesamtschaden von rund 1 Million Schilling in einer einzigen Forstverwaltung bei einem Jagdflächenausmaß von 4000 ha zu rechnen ist. (Landesrat Prirsich: „Auch das Land hat derartige Verluste, die nicht in Ordnung sind!“) Ich müßte auch noch dazusagen, daß von seiten der österreichischen Bundesforste dieser Pachtvertrag im Jahre 1953 abgeschlossen wurde und damals der Pachtschilling mit 40.000 S festgelegt wurde. Allein an zwei Jäger, die nicht vom Jagdpächter, sondern von den österreichischen Bundesforsten bezahlt werden mußten, sind an Lohn- und Gehaltszahlungen 45.000 S bezahlt worden, wobei sämtliche anderen Verpflichtungen ebenfalls von den österreichischen Bundesforsten zu tragen waren.

Ich habe aber noch ein anderes und bedenklicheres Beispiel aufzuzeigen. Das äußerst interessante Jagdgebiet in Weichselboden wurde von Herzog Albrecht von Bayern mit einem Pachtschilling von 3 S pro ha gepachtet. Und hier haben wir die deutlichen Auswirkungen eines Jagdpächters zu spüren bekommen, der sich einbildet, nicht nur Herr über das Wild zu sein, sondern auch bestimmen zu kön-

nen, was in der Bundesforstverwaltung Gußwerk zu geschehen habe. Dieser Herr aus dem Hause Wittelsbach hat bei einflußreichen Kreisen und Personen in Österreich eine sehr wesentliche Unterstützung. (Landesrat Prirsich: „Ich habe gehört, der Herr Vizekanzler weiß davon.“) Es war unseren Forstarbeitern, sehr geehrte Damen und Herren, bis jetzt immer noch gestattet, sich im Wald frei zu bewegen. Doch dieser Jagdpächter hat versucht, Steige und Wege, die jahrhundertlang benutzt worden sind, zu sperren. Dieser Jagdpächter hegt das Wild und hält sich beim Abschluß zurück und Schäden enormen Ausmaßes sind die selbstverständliche Folge. Daß dieser Jagdpächter, der es sich auf Grund seiner Besitzungen leisten kann, das ganze Jahr in irgendeinem Teil der Erde dem hohen Waidwerk zu huldigen, etwas eigenartige Auffassungen hat, ist nicht verwunderlich. Daß jedoch im Herbst dieses Jahres 480 kg Schokolade, Mandeln, Rosinen, Feigen u. dgl. fein säuberlich zusammengerieben mit dem üblichen Wildkraftfutter vermischt und an die Futterstellen ausgegeben werden sollen, das ist jagdlich nicht zu vertreten. (Landesrat Prirsich: „Klingt aber sehr märchenhaft!“) (Landesrat Dr. Koren: „Das widerspricht an sich der Tradition des Herrn, von dem Sie sprechen!“) Hohes Haus, wir leben in einem Lande, in dem es noch Mütter gibt, die sich nicht die notwendigen, hochwertigen Nahrungsmittel kaufen können. Einzelne Rentner können sich nur zu den Feiertagen ein Stück Schokolade leisten. Wir leben in einer Welt, in der rund 1 Milliarde Menschen hungern und in der 40 bis 50 Millionen Menschen verhungern.

Ich darf zu den angerichteten Wildschäden noch hinzufügen, daß alle Warnungen verantwortungsbewußter Forstleute im Winde verwehen und daß das forstliche Gewissen sehr oft mit Jagdleiterzulagen oder ähnlichen finanziellen Begünstigungen besänftigt wird. (Landesrat Prirsich: „Ist eigentlich auch eine Verdächtigung!“) In der Forstverwaltung Reichraming der österreichischen Bundesforste in Oberösterreich ist von Forstleuten bei der Erstellung von Betriebseinrichtungen errechnet worden, daß die Wildschäden in diesem Gebiet so groß sind, daß sämtliche Kosten im Aufwand von 32 Millionen Schilling, die für die Erschließung der Reichraminger Wälder einschließlich des Hintergebirges mit 16 km Waldbahn und 80 km Autostraße und befestigter Bringungsanlagen daraus gedeckt werden könnten. Diese Beispiele könnten fortgesetzt werden und in vielen Privatforsten und Bauernwäldern ist die Situation gleich tragisch.

Unsere Aufgabe muß es sein, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die entscheidende Frage ist meiner Ansicht nach, daß sowohl eine Novellierung des steirischen Jagdgesetzes durch die ausübende Jagdbehörde wie auch die Jagdberechtigten notwendig ist. Solange bei uns in der Steiermark die Jagdberechtigten den Abschlußplan festlegen und dieser ohne jede andere Kontrolle vom Bezirksjägermeister meistens genehmigt oder in Einzelfällen nicht genehmigt oder reduziert worden ist, solange werden wir auf diesem Gebiet zu keiner vernünftigen Regelung kommen. (Abg. Pabst: „Stimmt nicht!“) Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Gleich-

gewicht zwischen Wald und Wild empfindlich gestört ist und in bestimmten einzelnen Fällen krasse Auswüchse entstehen.

Ich darf feststellen, daß ich nicht ein einsamer Rufer bin und daß ich nicht allein diese Warnungen ausspreche, sondern daß ich als Zeuge das Landwirtschaftsministerium habe, das in seinem „Grünen Bericht“ für 1960 erstmalig und sehr eindeutig auf die Wildschäden in ganz Österreich und somit auch in der Steiermark hingewiesen hat. Aus dem „Grünen Bericht“ ist zu lesen: „Ein alarmierendes Ausmaß erreichen die Wildschäden durch Verbiß und Schälen“, obgleich zumindest gegen Verbiß schon einigermaßen Schutzmöglichkeiten bestehen, hat der Ansporn zur Aufforstung unter dem Eindruck des Schadensausmaßes und des dabei zutage tretenden hohen Aufwandsrisikos verschiedentlich ebenso Einbuße erlitten wie der Wille zu Waldpflegemaßnahmen. Diese Wildschäden beeinträchtigen die landwirtschaftliche Produktion. Ihr Umfang zeigt, daß die von 50 auf 80% gesteigerte Erfüllung der Abschlußpläne noch immer unzureichend ist. Es sind weitere Maßnahmen zu treffen und durch die restlose Erfüllung der Abschlußpläne ist die Schadensmöglichkeit auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Das trifft besonders für jene Bergbauern zu, die wirtschaftlich labil sind und wo der Schaden sogar die Existenz der Betriebe zu bedrohen vermag. Hohes Haus, der Bauer und Waldbesitzer, aber ebenso die Volkswirtschaft sind nicht daran interessiert, Wildschädenentschädigungen zu erhalten. Sie alle sind daran interessiert, daß das, was wir mit viel Mühe und Schweiß gesät und gepflegt haben, auch tatsächlich geerntet werden kann. (L.H. Krainer: „Sie sind doch völlig falsch informiert!“)

Neue Maßnahmen werden daher erforderlich sein und unsere Aufgabe muß es werden, auf der Landesebene in der Jagdgesetzgebung und auf der Bundesebene in der Forstgesetzgebung die durch die Entwicklung erforderlichen Verordnungen und die erforderlichen Maßnahmen und Bestimmungen zu treffen, und zwar in sachlicher und leidenschaftsloser Form. Das Gleichgewicht zwischen Wald und Wild kann nicht durch persönliche Auseinandersetzungen oder durch andere Auseinandersetzungen von Gruppen erreicht werden. Dem trägt auch nicht Rechnung die scharfe Resolution des Steiermärkischen Jagdschutzvereines, in der die Abberufung des Landesregierungsforstdirektors verlangt wird, der auch nichts anderes getan hat, als es seiner Pflicht zukommt und aufmerksam gemacht hat auf die Dinge, die geschehen.

Es steht lediglich die sachliche und objektive Beratung der Frage nach der Zukunft und Sicherung unseres Waldes und eines gesunden, jedoch vertretbaren Wildbestandes zur Diskussion. Dabei wollen wir dem Weidmann auch in Zukunft das gönnen, was Generationen hindurch großen und kleinen Jägern tiefer Sinn und hohe Erfüllung weidmännischer Gesinnung war. Wir wollen aber stärker als bis jetzt unsere grünen Wälder vor weiteren Schäden schützen. Dies sind wir unserer Generation, der gesamten Volkswirtschaft und unserem Heimatland und dies sind wir in entscheidendem

Ausmaß der kommenden Generation schuldig. (Starker Beifall bei SPO.)

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich stehe nicht an, zu den Fragen Wald und Wild nicht nur hier im Hohen Haus meine Meinung auszusprechen und auszudrücken, sondern ich habe meine Meinung in Jägerkreisen erst vergangenes Jahr beim offiziellen Landesjagertag zum Ausdruck gebracht. Ich glaube nicht, daß wir der Sache dienen, wenn wir hier im Hohen Haus den Eindruck erwecken, es sei höchste Gefahr im Verzuge und es seien Vernachlässigungen geschehen, die unverantwortbar sind und wir sollen mit solchen Reden hier im Hohen Haus unsere oft sehr interessanten Kunden nicht vor den Kopf stoßen. Wenn Abhilfe notwendig ist, muß diese in anderer Weise erfolgen, und zwar haben vor allem die Bundesforste die Aufgabe, bei sich selbst Ordnung zu schaffen, und auch noch andere große Waldbesitzer hätten die gleiche Aufgabe.

Es ist kein Zweifel, daß der Wald volkswirtschaftlich interessant ist und wir uns daher nicht nur aus politischen Erwägungen Sorgen zu machen haben, aber ich kann Ihnen für die Steiermark versichern, daß unser Jagdgesetz ausreichende Bestimmungen enthält, die jeden Wildschaden voll vergüten oder den Anspruch auf volle Vergütung erheben lassen. Es gibt überhaupt hier keinen Streit und keinen Zweifel, auch nicht unter den Juristen, daß, wenn konsequent der Wildschaden im Sinn des Gesetzes gefordert wird, dieser Schaden zu ersetzen ist. Das ist gar keine Frage. Die Anwendung ist eine andere Frage. Wenn von Wildschaden die Rede ist und solche Forderungen auftreten und man ist dann zufrieden, wenn man eine entsprechende Vergütung erhält und den Fall nicht mehr weiter verfolgt, dann fehlt eben in diesem Fall der Kläger und auf der anderen Seite der Richter, der in der Lage wäre, ein Urteil zu fällen, das an sich oft sehr interessant wäre. Mir ist kein einziger Fall in der Steiermark bekannt, wo von Amts wegen ein Wildschaden nicht vergütet wurde oder der Anspruch bis zur letzten Instanz durchgefochten werden mußte. Man hat sich immer gefunden.

Dabei will ich die Frage Wild und Wald nicht verniedlichen. Es hat eine Zeit gegeben, wo die Bundesforste und ihre Arbeiter davon gelebt haben, daß man ihre Hirsche abgeschossen hat. So war es doch! Heute sind die Verhältnisse umgekehrt. Von der Jagd gelebt haben sie, ich weiß das von Forstmeistern, die diese Zeit mitgemacht haben. Es gibt eine Reihe von Unternehmungen der verstaatlichten Industrie, deren Direktoren und Jagdherren mit ihren Kunden auf den Jagdhütten gute Geschäfte machen. Trotz vielfach neuer Herren werden also die alten Überlieferungen geübt. (Abg. Hans Bammer: „Wo ist da die Überlieferung?“) Ich meine, es ist besser, Verdächtigungen wie die gegen den Wittelsbacher Herrn nicht auszusprechen, wenn man nicht ganz genau informiert ist. Ich glaube eher, man versucht hier, einen interessanten Pächter für die Bundesforste auszustecken. Vor dem Steiermärkischen Landtag darüber zu sprechen, halte ich nicht für eine Form, die man bejahen könnte, sondern eher für einen sehr gehässigen

Klassenkampf. Soviel ich gehört habe, hat man sich auch schon geeinigt. Bitte, wir können das ja überprüfen. Bringen Sie einen entsprechenden Antrag hier ein, dann kann man darüber reden, auch hier im Hohen Haus. Es wäre jedenfalls besser, wenn man dem betreffenden Herrn eine solche Belehrung erteilen würde. So simpel darf man die Dinge nicht betrachten! Ich habe auch noch nie gehört, daß Hirsche Geschmack an Schokolade finden. Ich habe mit vielen Jägern zu tun gehabt und weiß, daß Hirsche z. B. Sesamkuchen bekommen. (Zwischenruf bei ÖVP: „Abfälle der Schnittenfabriken werden verwendet!“) (Abg. Hans Brandl: „Auch die Jäger sagen ja, daß das ein Unsinn ist, solche Dinge zu verfüttern.“) Ja, vielleicht nimmt man auch Abfälle von irgendeiner Fabrik. Aber das so in die Debatte hineinzuwerfen und zu bemängeln, welche Skandale sich hier abspielen, das ist meiner Meinung nach nicht nützlich. Das dient niemand, ganz im Gegenteil, wir stoßen nur die Leute ab. Der Pachtschilling im Jahre 1950 entsprach eben der damaligen Preislage, wenn er heute noch Gültigkeit hat, so ist dies unverständlich, weil man in einem solchen Fall ja verhandeln kann. Wir können hier aber nicht richten, weil wir auch in der Administration des Landtages gar keine Möglichkeit haben, hier eine Änderung herbeizuführen. Wenn Sie den Landtag etwa als Forum betrachten, um bei ihm diese Beschwerde einzubringen, ist dies deplaziert, weil wir es nicht ändern können. Sie müßten das Ihren Kollegen im Nationalrat zur Antragstellung übermitteln, dort gehört es hin. Sie können mir auch keinen Privatbesitzer in der Steiermark nennen, bei dem solche Auswüchse bekannt sind. Aber jetzt genug der Polemik!

Daß es Überhegungen, Verbisse im Jungwald und Wildschäden beim Bauern gibt, ist eine unbestreitbare Tatsache. Daß es zuviel Wild gibt, ist auch eine Tatsache. Es steht auch fest, daß sich vor allem die Bezirkskammern intensiv bemühen, den Wildstand zu reduzieren, weil sie auf Grund des Jagdgesetzes die Abschlußpläne zu beeinflussen haben. Eine Überhege, die vielleicht seit 10 Jahren angehalten hat, kann auch nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Das ist jedem, der mit Wald und Wild etwas zu tun hat, bekannt. Es sind aber echte Bemühungen vorhanden. Wenn die Forstbeamten, die nicht selbst Forstbesitzer sind, über unsere Forste immer wieder alarmierende Nachrichten in die Welt hinausposaunen, dann muß ich aus eigener Anschauung sagen, so gut wie heute ist unser Wald noch nie dagestanden, und zwar zu keiner Zeit. Der Beamte, der am Grünen Tisch sitzt, soll sich das draußen einmal anschauen. (Abg. Hans Brandl: „Sie glauben also nicht, was im „Grünen Bericht“ drinsteht?“) Ich glaube es schon, aber ich verstehe z. B. auch nichts vom Teppichweben und rede auch nichts davon, ich rede nie von einer Sache, von der ich nichts verstehe. Die Wirklichkeit ist, daß zu keiner Zeit soviel aufgeforstet wurde wie heute und daß überall im Lande, wo es große Blößen und Lücken gegeben hat, diese bereits geschlossen sind. Außerdem ist Wald Natur, jene Natur, wo das Wild lebt und zu allen Zeiten gelebt hat, aber freilich nie soviel geschält hat wie heute. Das kommt daher, weil das Wild dem natürlichen Leben ent-

fremdet wurde und nicht mehr seine Äsung suchen muß auf irgendeiner abgemähten Alm, weil man ihm ja heute die Fütterung hinstellt. Das gehört eigentlich schon nicht mehr zur Wildhege, das ist reine Wildzucht. Und das ist auch die Ursache, daß es zu dem häufigen Schälen gekommen ist. Vor lauter Faulheit schält der Hirsch, weil er sich sein Futter nicht mehr suchen braucht. Er geht nicht mehr hinauf auf die abgemähten Stellen, um sich seine Nahrung zu suchen. Er bekommt die Äsung ja vorgesetzt, wird rund, faul und beginnt zu schälen, um sich die Zeit zu vertreiben. Das ist auch die Meinung der Wissenschaftler, die sich seit Jahrzehnten intensiv mit diesen Dingen beschäftigen.

Es ist viel Geld aufgewandt worden, um etwas zu finden, das das Schälen des Wildes beseitigen oder verhindern kann. Es besteht die Meinung, es handle sich nur um eine Mangelerscheinung. Man hat mit Hormonen und mit allen möglichen Futtermitteln versucht, diesem Mangel beizukommen. Es nützt nichts, wenn das Wild Gelegenheit hat, schält es. Man kann den Dingen nur begegnen, wenn man den Wildbestand verringert oder in Gatter sperrt, wie es in den letzten Jahren teilweise auch geschehen ist. Billig ist das nicht. Der Hirsch darf schon etwas kosten, wenn man sich ein Gatter leisten kann. Der Hirsch kostet viel, er ist nicht preisreguliert, Gott sei Dank! Wenn man das Wild vom Schälen abbringen will, dann muß man es einsperren und dafür sehr hohe Aufwendungen machen, die auf das Ende eines Hirschgeweihes umgelegt werden. Die Berichte haben selbstverständlich ihre Berechtigung, nur darf man damit kein politisches Spiel treiben. Es ist nicht fair und es ist nicht zweckmäßig. Ich habe immer wieder auf unsere Forstbeamten Einfluß genommen. Sie haben ihre Pflicht zu tun. Wir haben nichts davon in der Steiermark, wenn ein gegenseitiges Anklagen vor sich geht. Das ist doch nicht sinnvoll. Wir müssen für den Wald sorgen und dafür, daß die Jagd in Ordnung ist, das ist unsere gesetzliche und verfassungsmäßige Aufgabe. Die leiseste Demagogie rückt das in ein Licht, das kein schönes Licht ist.

Ich möchte mit allem Ernst sagen, dort wo Überhebungen sind, ist dem zu Leibe zu rücken. Wir haben dazu Möglichkeiten. Wir stehen dem nicht tatenlos gegenüber und sind diesen Leuten nicht ausgeliefert. Die Bezirkskammern haben eine sehr beachtliche Stellung, die Landeskammer, die sich immer wieder einschaltet, die Abteilung 8, die Bezirkshauptmannschaften und die Bezirkshauptleute. Ich nehme nicht an, daß der Bezirkshauptmann von Bruck oder Leoben oder von Mürzzuschlag nicht seine Pflicht tut. Sie sind für diese Jagdgebiete, sehr geehrter Herr Abgeordneter Brandl, die Sie heute genannt haben, zuständig, wenn ich Ihren Worten in allem Glauben schenken würde. Der Bezirkshauptmann hat jedenfalls die Möglichkeit, die Jagd an sich zu ziehen. Wenn dort Vernachlässigungen erfolgt sein sollten, würde es nicht schaden, wenn Sie sich mit den drei Bezirkshauptleuten von Bruck, Leoben und Mürzzuschlag in Verbindung setzen würden. Wir haben alle ein Interesse, denn der Wald, die Jagd und Hege sind ernste Angelegenheiten, denen wir unser Augenmerk zuzuwenden haben. Es gilt, Mißstände abzustellen, aber Ein-

griffe in die Natur, die soweit führen könnten, daß von dem, was es zu allen Zeiten gegeben hat, Wald und Wild, nun das Wild auf einmal verschwinden soll, das würde der Wohlstandszeit und dem Wohlstandsbürger keine Ehre machen. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Abg. Koller: Verehrte Damen und Herren! Daß es möglich war, in Bund und Land die Mittel für die Landwirtschaft wesentlich zu erhöhen — es sind im Land Steiermark über 8 Millionen Schilling —, wird sicherlich von der Bauernschaft mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, wenngleich auch damit die Disparität zwischen dem bäuerlichen Einkommen und den Ausgaben, die der Landwirtschaft erwachsen, keine endgültige Befriedigung finden kann. Die Tatsache, daß das Bruttonationalprodukt 1960 in Österreich um 10% zugenommen hat und die Landwirtschaft nur mit 8,5% daran beteiligt war, ist bedauerlich. Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen ist zurückgegangen und hat trotz der guten Ernte des Vorjahres nur einen Prozentsatz von 11% erreicht.

Wenn es unserer heimischen Landwirtschaft trotzdem möglich war, bei einem seit 1951 erfolgten 40%igen Verlust an Arbeitskräften eine um 47% erhöhte Produktion dem österreichischen Volke zur Verfügung zu stellen, so ist das nicht zuletzt zu einem beträchtlichen Teil auf die Mechanisierung zurückzuführen. Es gibt in Steiermark über 14.000 Traktoren. Im Jahre 1961 sind über 2000 hinzugekommen. Man darf dabei nicht vergessen, daß diese Mechanisierung unter den schwersten Opfern der Landwirtschaft und der bäuerlichen Kreise vor sich geht und man darf nicht übersehen, daß damit im stillen eine etwas ängstlich zu beobachtende Verschuldung Hand in Hand geht.

Die mechanischen Hilfsmittel sind für die Landwirtschaft wirklich nur Hilfsmittel. Es ist anders als im Gewerbe und in der Industrie, wo es möglich ist, durch Maschinen Güter zu erzeugen. Diese mechanischen Vorrichtungen sind für die Landwirtschaft aber nur Hilfsmittel. Es gibt keine Melkmaschine, die Milch erzeugt, sie hilft nur, wie der Mährescher auch. Alle diese Dinge sind von einem anderen Gesichtspunkt zu betrachten. Die sozialen Fortschritte, die durch die Mechanisierung in fast allen Berufssparten Hand in Hand damit gegangen sind und den dort Beschäftigten die sozialen Fortschritte gebracht haben, wie Verkürzung der Arbeitszeit und ein freies Wochenende, blieben trotz der fortschreitenden Mechanisierung der Landwirtschaft versagt. Diese Erscheinung ist auch eine der Ursachen der großen Abwanderung von der Landwirtschaft. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung zeigen deutlich, daß diese Abwanderung in erschreckendem Maße vor sich geht. So hat der bäuerliche Bevölkerungsanteil in der Steiermark in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um über 7000 Personen abgenommen, während alle anderen Berufsstände sehr große Zunahmen aufzuweisen haben. Je kleiner dieser agrarische Bevölkerungsanteil in unserem Land wird, um so mehr muß das Vorhandensein einer gesunden und kaufkräftigen Landwirtschaft eine Angelegenheit des ganzen Volkes

sein und darf nicht nur als eine Angelegenheit der bäuerlichen Menschen betrachtet werden, denn in Krisenzeiten, wenn sich die weltpolitische Situation zuspitzt und die verschiedenen Verkehrswege und Möglichkeiten abgeschnitten wären, würde über Nacht der überwiegende Teil des österreichischen Volkes auf das angewiesen sein, was diese 16 oder 17% aus eigenem Grund und Boden an Nahrungsmitteln zu erzeugen imstande sind. Man muß nach meiner Meinung daher auch vorsichtig sein mit allen Rufen nach agrarischer Produktionsbeschränkung. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir nach dem Krieg 5 bis 6 Jahre gebraucht haben, um die Versorgung unserer Bevölkerung mit agrarischen Produkten sicherzustellen. Ein Blick in die westlichen Länder zeigt, daß dort niemand ernstlich daran denkt, auch wenn momentan Agrarüberschüsse auftreten, die eigene Landwirtschaft nur im entferntesten preiszugeben.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, glaube ich, diese Frage auch noch von einer anderen Seite beleuchten zu können. Es ist und muß eine von allen Kreisen hingenommene Tatsache als bekannt vorausgesetzt werden, daß nämlich nur eine kaufkräftige und gesund sich entwickelnde Landwirtschaft in der Lage ist, möglichst viele gewerbliche und industrielle Güter zu konsumieren. Wenn die Statistik stimmt, waren es im Jahre 1960 Waren im Werte von über 17 Milliarden Schilling, die die heimische Landwirtschaft von Gewerbe und Industrie abgenommen hat. Ich glaube, es ist ziemlich klar, daß dabei viele Tausende von Arbeitern Brot und Verdienst für sich und ihre Familien gefunden haben. Es tritt die ernstliche Frage auf: Wäre es wirklich sinnvoll, durch eine von gewissen Kreisen als Rettung empfohlene agrarische Produktionsbeschränkung nicht nur die eigene Ernährungsbasis zu schmälern, sondern auch die positive wirtschaftliche Befruchtung zwischen Landwirtschaft und allen übrigen Berufsständen empfindlich zu stören? Wir glauben nein! Wir glauben, daß es im Interesse aller liegt und eine Angelegenheit aller in diesem Lande sein muß, eine möglichst sichere und gesunde Agrarproduktion für alle Zeiten nicht zu erhalten, sondern auch möglichst alles daranzusetzen, um die Produkte auch einigermaßen gut abzusetzen. Man wird auf die Dauer nicht umhin können, Preise zu erstellen, zu denen die österreichische Landwirtschaft ihre Produkte dann abgeben muß, in welchen die ständig steigenden Kosten und auch ein gerechter Anteil für die Arbeit des bäuerlichen Menschen berücksichtigt wird. Die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft sind in gewissen Rhythmen den Naturgesetzen unterworfen, man kann sie daher auch nicht einheitlich mit vielen anderen Produkten über einen Leisten spannen oder in der Beurteilung mit ihnen in einen Topf werfen. Meine Damen und Herren, es gibt natürlich viele Möglichkeiten, an die Probleme der Landwirtschaft heranzukommen und alles, was im großen und kleinen geschieht und dieser österreichischen Landwirtschaft, vor allem unserer steirischen Landwirtschaft, direkt oder indirekt zugute kommt, ist zu begrüßen. Das beginnt bei der Förderung, Einrichtung und dem Ausbau der Landwirtschaftsschulen und geht weiter über die verschiedensten Möglichkeiten.

Eine spezielle Möglichkeit sind auch die Förderung, die Obsorge und das Denken an das Grenzland und damit an die Landwirtschaft, die ja überwiegend in diesem Grenzland beheimatet ist. Hierbei sei festgestellt, daß man dem Grenzland und seiner Landwirtschaft nicht nur mit finanziellen Mitteln helfen kann, sondern daß man ihm ebensoviel mit Verständnis und überhaupt mit dem Befassen der dort auftretenden Probleme nützen und helfen kann. Es gibt viele, viele Möglichkeiten, angefangen von der Verwirklichung von Fahrten und Besuchen aus dem Landesinneren in die Grenzlandbezirke, die zugleich wirtschaftliche Belebung bedeuten, über die Bestrebungen, das deutliche wirtschaftliche Gefälle vom Landesinneren zur Grenze hin zu überwinden und durch Schaffung von Kleinindustrien abzubauen bis zum Bau von Schulen, Wegen, Straßen usw. Dabei darf ich mir die Bemerkung erlauben, daß hier wirklich die Verantwortlichen dieses Landes sich bemüht haben, diesen Belangen und dringenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Ich darf dabei die Hoffnung einflechten, daß von den zusätzlichen 2 Millionen Schilling, die im heurigen Voranschlag für den Güterwegbau vorgesehen sind, sich auch noch einige Projekte in den Grenzbezirken verwirklichen lassen.

Den Belangen unserer Landgemeinden und der kleinen bäuerlichen Besitzstruktur des Grenzlandes besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ist — wie gesagt — eine Notwendigkeit und geschieht erfreulicherweise auch in besonderem Maße. Hierbei kommt auch den Beträgen, die über die Bedarfszuweisungen unseren Landgemeinden zufließen, besondere Bedeutung zu, denn die Probleme der Landwirtschaft, die Probleme der Betriebe in unserem Grenzland sind eigentlich sehr eng mit den Wünschen und Problemen der Gemeinden verbunden, weil man, wenn man das eine fördert, automatisch auch dem anderen hilft. Die Grenzlandprobleme sind nun einmal kleinbäuerliche Probleme auf Grund der besonderen Besitzverhältnisse und besonderen Struktur. Aber gerade diese kleinen Besitzflächen machen es den Menschen draußen immer schwieriger, mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards Schritt zu halten, und da haben wir ein besonders schwieriges Problem mit unserer Jugend, weil die sich nicht immer mit der Anspruchslosigkeit, die vielleicht bei der älteren Generation vorhanden ist, zufrieden gibt.

Es kommt da auch der Verbreitung der Spezialkulturen, die von der Kammer und verschiedenen anderen Förderungseinrichtungen besonders gefördert werden, wie z. B. Hopfenbau, Tabakbau, Zuckerrüben-, Obst-, Wein- und Gemüsebau sowie der Geflügelzucht eine sehr große Bedeutung zu. Ich glaube, daß man nur bei intensiver Kleinarbeit bei dieser Vielzahl von besonderen Verhältnissen auf diesem Wege irgendwie dem Ziele näher kommt, diese klein- und mittelbäuerlichen Existenzen vor allem an der Grenze zu sichern. Ich glaube feststellen zu können, daß viel in dieser Richtung schon getan wurde, muß aber hinzufügen, daß sehr, sehr viel noch zu tun notwendig ist und daß alles, was noch zu tun notwendig ist, nur dann geleistet werden kann, wenn das Verständnis aller Kreise in diesem Lande vorhanden ist und wenn sich mög-

lichst alle mit diesen Problemen befassen. In diesem Zeitalter, in dem wir leben, wo die Verkehrsmöglichkeiten uns der großen Welt verhältnismäßig nahe gebracht haben, ist es nicht möglich, daß sich der eine vor den Sorgen und den Problemen der anderen abkapselt, sondern in der Volkswirtschaft sind wir wie in einem Räderwerk, wo ein Rad in das andere greift, auf Gedeih und Verderben verbunden.

Wenn alle Verständnis haben für die Probleme, die uns hier bedrücken, dann glaube ich, wird es ein leichtes sein, sich in dem Wunsch zu vereinigen, daß wir alle das bisher Erreichte und bisher Geschaffene — und der heutige Produktionsstand der Landwirtschaft gehört zu dem bisher Erreichten — uns erhalten wollen, damit wir darauf weiterbauen können, weil wir alle im letzten Winkel unseres Herzens nur eines erstreben, in einer gesicherten, glücklichen Zukunft zu leben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Pabst: Hohes Haus! In der Gruppe 7 ist u. a. der für die Landwirtschaft sehr wichtige Unterabschnitt „Tierzucht“ enthalten. Er ist deshalb so wichtig, weil aus der gesamten Tierzucht sich für die Steiermark ein Produktionswert im Jahre 1960 von 2.113,267.000 S ergeben hat. Weiters deshalb, weil wir in der Steiermark einen Viehbestand von derzeit 2,470.000 Stück haben. Diese Tierzucht hängt nun von besonderen Faktoren ab.

1. Von einer entsprechenden Leistung, die nachgewiesen werden muß. Dem dient auf dem Milchsektor die Kontrolle der Milchleistung, die unser Landeskontrollverband seit dem Jahre 1939 durchführt und sicher so sehr viel dazu beigetragen hat, daß durch Auslese der Tiere, bei den derzeit 17.200 Stück Herdebuch-Kühen eine jährliche Milchleistung von 3847 kg Milch mit einem Fettgehalt von 4,1% erreicht wurde. Im Jahre 1939, wo diese Leistungskontrolle eingeführt wurde, bei einem Stand von 13.000 Kühen, das waren 8% vom damaligen steirischen Kuhbestand, hatten wir eine Leistung von 2428 kg Milch je Kuh und Jahr. Es mag vielleicht dieser Unterschied Nichtfachleuten nicht so sehr ins Auge springen; wer sich aber mit Tierzucht mehr beschäftigt, weiß, daß eine solche Steigerung sehr viel Arbeit verlangt und hier der Leistungskontrollverband wirklich gute Arbeit geleistet hat. Wenn zur Zeit nun bereits über 25% der steirischen Kühe unter dieser Milchleistungskontrolle stehen und hier ein Durchschnitt von 3285 kg Milch erreicht wurde mit einem Fettgehalt von 4,2% Fett, so ist das eine wertvolle Milchleistungssteigerung, die unserer Tierzucht zugute kommt. Daraus ergibt sich auch, daß im Jahre 1960 aus der Steiermark 4858 Stück Zuchtrinder in den Export kommen konnten mit einer Gesamteinnahmeziffer von 36 Millionen Schilling, was für die steirische Landwirtschaft eine sehr wertvolle Einnahme bedeutet. Es ist aus diesem Grunde notwendig, dem Kontrollverband des Landes förderungsmäßig unter die Arme zu greifen, denn die Landwirtschaft kann auf diese Kontrolle nicht verzichten, wenn sie nicht alle Grundlagen auf diesem Gebiet missen will. Die Beiträge, die die einzelnen Bauern hiefür zu leisten haben, sind sehr beachtlich und gerade dadurch, daß auch ab Neujahr 1962 auf dem personellen Sek-

tor wieder neue Belastungen hinzukommen, wird es notwendig sein, daß das Land mit einer halben Million helfend einspringt.

2. Ein sehr maßgeblicher Faktor auf dem Gebiete der Tierzucht ist die Gesundheit der Tiere. Sie wissen, daß wir seit Jahren in Österreich und damit auch in der Steiermark die Tbc- und Bangbekämpfung durchführen und können mit Befriedigung feststellen, daß die Verwaltungsbezirke Liezen, Murau, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Bruck und Mürzzuschlag Tbc-frei und Bang-frei sind. In den Gerichtsbezirken Weiz und Frohnleiten und im Verwaltungsbezirk Hartberg ist bereits die zweite Untersuchung durchgeführt worden, so daß in diesen Bezirken die Seuchenfreiheit bald erreicht wird. Die bisherigen Kosten haben rund 38 Millionen Schilling betragen. Für das Jahr 1962 ist die Bereinigung des Verwaltungsbezirkes Voitsberg und des Gerichtsbezirkes Gleisdorf vorgesehen mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Schilling. Durch die bisherige Bekämpfung ist der größte Teil unseres Landes flächenmäßig bereits Tbc- und Bang-frei. Leider wird sich aber für die Restbekämpfung dieser Seuchen noch ein Betrag von ungefähr 50 Millionen Schilling als notwendig erweisen, um diese Tbc- und Bangbekämpfung zum Abschluß bringen zu können.

Unsere Nachbarländer sind uns diesbezüglich sehr weit voraus, in Deutschland zum Beispiel, besteht schon im ganzen Land die Tbc- und Bang-Freiheit, so daß das anfallende Tbc-Vieh nur mehr auf der Freibank verwendet werden kann. Nachdem Österreich seit einigen Jahren auf dem Viehsektor Exportland geworden ist, bedeutet das, daß wir dieses Mindestfordernis der Tbc- und Bang-Freiheit haben müssen, wenn wir Vieh exportieren wollen. Darüber hinaus müssen wir als bäuerliche Vertreter feststellen, daß diese Seuchenbekämpfung nicht nur eine dringende Notwendigkeit für die Bauernschaft darstellt, sondern wir alle wissen, daß hier der gesamten Konsumentenschaft wertvollste Dienste auf dem Gebiete des Gesundheitswesens geleistet werden.

Im Jahre 1960 wurden außer dem schon erwähnten Zuchtviehexport auch noch Exporte von 8699 Stück Schlachtrindern mit einem Gesamterlös von rund 61,5 Millionen Schilling aus der Steiermark durchgeführt. Ich möchte deshalb sehr darum bitten, daß auch in Zukunft die hiefür notwendigen Mittel in entsprechendem Ausmaß, nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der Konsumentenschaft, zur Verfügung gestellt werden.

Von verschiedenen Vorrednern wurden die besonderen Leistungen der Landwirtschaft kurz gestreift. Es wurde dabei gesagt, daß wir uns mit Nahrungsmitteln weitestgehend selbst versorgen können, daß wir außer dieser Selbstversorgung auf fast allen wichtigen Sparten auch Exporte durchführen und dies, das müssen wir auch immer wieder feststellen, mit wesentlich weniger Arbeitskräften. Es ist aus diesem Grunde die Leistung der Landwirtschaft wirklich aner kennenswert. Nicht nur in der Erzeugung der Nahrungsmittel erbringt die Landwirtschaft große Leistungen, sie leistet seit

Jahrzehnten auch für das gesamte Volk einen sehr ausschlaggebenden Beitrag dadurch, daß alljährlich tausende Bauernkinder in die Stadt in verschiedene Berufe strömen, die aber vorher eine entsprechende Ausbildung auf ihrem bäuerlichen Hof oder zumindest die Finanzierung ihrer Ausbildung durch ihren heimatlichen Hof erfahren haben. Wir wissen, daß die Kosten der Ausbildung nicht genau festgestellt werden können. Bekannt ist aber, daß eine Vollausbildung eines jungen Menschen den Betrag von 80.000 S bis 150.000 S erfordert. Tatsache ist daher, daß Millionen Schillinge von der Landwirtschaft auf diesem Wege der allgemeinen Volkswirtschaft zufließen. Diese so wichtige Leistung der Landwirtschaft sollte nicht übersehen werden.

Die Landwirtschaft — das ist heute auch schon kurz angeführt worden — ist nicht nur ein starker Produzent von Lebensmitteln, sondern sie ist auch ein sehr ausschlaggebender Konsument sowohl von industriellen als auch von gewerblichen Erzeugnissen. Ich möchte nur 2 Sparten kurz anführen. Durch die Anschaffung von Traktoren und anderen Maschinen hat die Landwirtschaft im Jahre 1960 Investitionen von insgesamt über 2 Milliarden Schilling in Österreich durchgeführt, dies bedeutet, daß sehr viele Arbeitnehmer in Gewerbe und Industrie durch die Landwirtschaft beschäftigt werden. Gestern ist im Verlauf der Debatten in diesem Hohen Hause auch schon einmal von den Preisstützungen gesprochen und dabei betont worden, daß diese Preisstützungen etwas Ungesundes seien.

Wir nehmen sehr gerne zur Kenntnis, daß in diesem Hohen Haus zur Landwirtschaft eine verhältnismäßig gute Einstellung besteht. Wir würden nur wünschen, daß diese Einstellung gegenüber der Landwirtschaft von den Kollegen der anderen Seite auch in Wien so wäre. Von dort hören wir immer wieder, daß die Stützungen zum Beispiel bei der Milch, die insgesamt über 1 Milliarde Schilling betragen, eine ausgesprochene Bauernstützung wären, und zwar deshalb, weil die Konsumenten auf diese 50-Groschen-Stützung, die im Milchpreis von 1'90 S für den Bauern enthalten ist, leicht verzichten könnten. Das wissen wir auch als Bauern. Ich möchte nur alle vernünftig denkenden Menschen fragen, ob wirklich die Milch für den Konsumenten in Österreich mit ihrem derzeit bestehenden Preis zu teuer ist? Wir müssen feststellen, daß alle anderen Getränke, außer Wasser — teurer sind als Milch. Wir kennen alle den großen Wert der Milch und aus diesem Grunde ist es nicht zu verstehen, wenn man sagt, daß dieser Milchpreis, der ohne Stützung derzeit in Österreich nur 1'40 S für den Bauern beträgt, zu hoch wäre. Wir sind ohne weiteres dafür, diese Preisstützungen abzubauen, aber ich glaube, es kann nicht verlangt werden, daß wir heute auf den Milchpreis von 1'40 S für den Bauern zurückgehen. Wir müssen ohnehin zur Kenntnis nehmen, daß seit dem Jahre 1956 keine Preisregelung zugunsten des Bauern sowohl auf dem Milchsektor als auch auf verschiedensten anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen stattgefunden hat. Im Gegenteil! Der Viehpreis ist für den Bauern im heurigen Herbst um 1 bis 2 S je kg abgesunken.

Ich frage Sie, welcher andere Berufsstand hat eine solche Entwicklung der Preise für seine Erzeugnisse

zur Kenntnis nehmen müssen, wo doch sonst überall Löhne und Preise steigen?

Vor kurzem konnten wir erst aus Wien wieder von führenden sozialistischen Persönlichkeiten hören, daß die Landwirtschaft endlich mit der „sinnlosen Überproduktion“ der Milch aufhören müsse, weil in Österreich der Bedarf eben nicht vorhanden sei. Wie hoch ist nun diese sinnlose Überproduktion? Im Höchstfall waren es 6000 Tonnen Butter im Jahr — und bis zu 70.000 Tonnen Fette, Öle und Grundstoffe für die Margarineerzeugung importieren wir jährlich! Was ist da sinnlos? Müßten nicht alle Österreicher froh sein, eine kleine Lebensmittelreserve zu haben? Auch diese führenden Sozialisten sollten etwas mehr Verständnis für die österreichische Landwirtschaft aufbringen und nicht nur immer erst vor Wahlen und bei Wahlreden. Die landwirtschaftliche Erzeugungssteigerung war und ist notwendig, wie soll ansonsten die Landwirtschaft bei ihren gleichbleibenden bzw. fallenden Preisen überhaupt noch bestehen können — wo andererseits Löhne und Preise ständig steigen?

Heute hat in diesem Hohen Haus Kollege Brandl von der sozialistischen Fraktion über die untragbar hohen Wildschäden gesprochen. Er hat recht, die Wildschäden sind teilweise sehr groß, doch polemisieren hätte er nicht sollen. Wenn im Mariazeller Gebiet von einem Jagdherrn zur Wildfütterung auch Zuckerwaren verwendet wurden, so war dies sicher ein Versuch, um vielleicht das Schälen zu verhindern. Die Jagdpächter und die Jägerschaft bemühen sich ja zweifellos sehr, den Wildschaden zu vermindern durch entsprechendes Füttern von Heu, Hafer, Kastanien, im obgenannten Fall auch mit Zuckerwaren. Vielleicht ist damit ein gewisser Erfolg zu erreichen? — Jedenfalls habe ich als für diesen Bezirk zuständiger Kammerobmann darüber keine Klagen gehört. Wohl aber habe ich als Kammerobmann größte Klagen und Schwierigkeiten mit einem Jagdrevier, das die Fa. Böhler, verstaatlichte Industrie, in Tragöß gepachtet hat. Dort treten wirklich Wildschäden auf, die nicht mehr zu verantworten sind — und bei der Entschädigung wird alles bagatellisiert. Ich würde Sie, Herr Abg. Brandl und auch Ihren Kollegen Gruber, der ja im Böhlerwerk Zentralbetriebsrat ist und deshalb auch bei den verschiedensten Angelegenheiten maßgeblich mitredet, bitten, sich hier maßgeblich einzuschalten, damit dort die Wildschäden entweder verhindert oder wenigstens einigermaßen entschädigt werden. (Abg. Hans Brandl: „Wir mußten auf einer Linie sein!“) (Abg. Gruber: „Sagen Sie es dem Nationalrat Geißler, der geht ja oft jagen!“) Nationalrat Geißler geht überhaupt nicht jagen!

Einen kommunistischen Vertreter haben wir auch in diesem Hohen Haus. Wir wissen, daß er seine Richtlinien aus Rußland erhält. Er macht alles schlecht, was bei uns gemacht wird — er nützt die demokratische Freiheit auch in diesem Hohen Haus über alle Gebühren aus — in Rußland dürfte er bestimmt nicht soviel reden! (Abg. Leitner: „Die Freiheit habe ich schon in Buchenwald und Wöllersdorf kennengelernt!“) Heute sind in Rußland und in den Satellitenstaaten noch ärgere Konzentrationslager als in jenen Jahren vorhanden. (Abg. Leit-

ner: „Wo waren Sie denn damals?“ (Verschiedene Zwischenrufe, Unruhe.) Gestern abend wollte uns der Abg. Leitner klarmachen, wie in Rußland alles bestens geordnet sei — in Hinsicht des Wohnungsbaues und auch wie es dem Bauern dort gehe! Auf diese russische Ordnung sind wir in Österreich nicht neugierig und, Herr Abg. Leitner, Sie wissen es selbst genauso wie wir alle, daß es dort überhaupt keinen freien Bauern mehr gibt. Es gehört schon große Frechheit dazu, von solchen Dingen in diesem Hohen Haus zu sprechen, wo alle genau wissen, daß gerade das Gegenteil wahr ist, von dem Sie sprechen. Doch gerade das zeichnet Sie ja als Kommunist aus!

Ich glaube, das bodenverbundene Bauerntum unseres Landes hat in der Vergangenheit wertvollste Dienste an der gesamten Bevölkerung geleistet, nicht nur auf dem Ernährungssektor, sondern auch kulturell und volkspolitisch. Ich darf Sie bitten, tragen wir alle dazu bei, daß dieses steirische Bauerntum durch eine entsprechende Förderung des Hohen Hauses auch in der Zukunft seine Aufgaben erfüllen kann. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. **Gottfried Brandl**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bei der Spezialdebatte am gestrigen Tag bzw. in den jungen Morgenstunden des heutigen Tages war wiederholt die gewerbliche Berufsausbildung und die Bereitstellung der Mittel für diese Berufsausbildung Gegenstand der Debatte. Gestatten Sie, daß ich im Rahmen des Kapitels 7 über die land- und forstwirtschaftliche Jugend und ihre Berufsausbildung einige Worte spreche.

In einer Zeit, in der ein nicht endenwollender Strom von Menschen die Land- und Forstarbeit verläßt, um sich leichtere Arbeit bei weniger Arbeitsstunden in Gewerbe und Industrie zu suchen, ist es für den verbleibenden Teil der in der Landwirtschaft Tätigen eine dringende Notwendigkeit, sich die Kenntnisse der modernen Bewirtschaftung, Vereinfachung, der Betriebsführung, Mechanisierung und Rationalisierung in der Produktion anzueignen, um so zu einer Erhöhung des Agrareinkommens zu gelangen und eine Anpassung an die Erfordernisse des heutigen europäischen Marktes herbeizuführen.

Wir haben in der Steiermark vom Jahre 1960 bis 1961 wieder 2245 Landarbeiter an Gewerbe und Industrie abgegeben. Von den noch in der Steiermark tätigen 18.136 Landarbeitern, die bei der Landwirtschaftskrankenkasse zur Versicherung gemeldet sind, befinden sich 15.176 in Hausgemeinschaft mit dem Arbeitgeber und nur eine geringe Zahl von 2420 lebt außer dieser Hausgemeinschaft. Wie viele selbständige Bauern und Bauernkinder in dieser gleichen Zeit die Landwirtschaft verlassen haben, läßt sich nicht genau feststellen. Wenn wir aber das Jahr 1951 mit dem Jahr 1960 vergleichen, so erfahren wir, daß in der Steiermark im Jahre 1951 noch 79.207 landwirtschaftliche Betriebe waren, im Jahre 1961 nur mehr 76.063. Auf diese Zahl hat gelegentlich in der Diskussion schon ein Redner hingewiesen. Das bedeutet eine Abnahme von 3144 Betrieben. Wenn wir nun annehmen, daß mindestens vier Familienmitglieder in einem solchen Betrieb vorhanden sind, so sind in den letzten zehn

Jahren 12.576 Personen aus der Landwirtschaft verschwunden oder pro Jahr 1258. Es gibt aber noch eine große Zahl von Abwanderern aus der Landwirtschaft, das sind die sogenannten Pendler, bäuerliche Besitzer und deren Familienangehörige, die zwar noch auf ihrem Bauernhof leben, aber die Landwirtschaft nicht mehr ausschließlich ausüben, sondern einer Beschäftigung in der Nähe ihres Wohnortes in Gewerbe oder Industrie nachgehen und nur gelegentlich vor Feiertagen zu ihren Anwesen, zu ihren Familien zurückkehren.

Die Entwicklung der Verringerung der Bauern und ihrer Mitarbeiter muß aber keinesfalls zu einer Katastrophe führen, wie viele glauben. Der Präsident der Agrarkommission in der EWG hat vor nicht allzulanger Zeit erklärt, es werden in den nächsten 15 Jahren weitere 8 Millionen Menschen aus der Landwirtschaft in andere Berufe überstellt werden. Wenn wir wissen, daß pro Sekunde auf der Welt drei Menschen geboren werden und nur zwei sterben, die Bevölkerung also immer mehr zunimmt, so bleibt es nach wie vor vordringliche Aufgabe der Landwirtschaft, die Ernährung für diese zunehmende Menschheit bereitzustellen. Der Produzent der Nahrungsmittel wird so zum wichtigsten Faktor der Welt, aber er wird gleichzeitig gezwungen sein, sich jenes besondere Fachwissen anzueignen, das die Voraussetzung dafür ist, diese Nahrungsgüter zu erzeugen, damit die immer größer werdende Anzahl von Menschen ernährt werden kann. Die planvolle Einteilung der Arbeit, die zweckmäßige Anwendung technischer Hilfsmittel, die Ausnützung der Naturkräfte und der tägliche Wechsel der zu verrichtenden Arbeit bedürfen eines hohen Könnens, das nicht von ungefähr und nicht von allein kommt. Nur die Eingliederung in die moderne Gesellschaft kann den in der Landwirtschaft Beschäftigten die heute so erstrebte Gleichberechtigung bringen. Es ist daher wichtig, die bäuerliche Jugend auf diese Umstellung, auf diese sozialen Wirklichkeiten hin zu erziehen und, ganz kraß ausgedrückt, das Bild der Vergangenheit zu begraben. Das soll nicht etwa ein Verrat am Bauerntum und althergebrachten System sein. Es ist dies nichts anderes als ein Erfordernis der neuen Zeit und die einzige Möglichkeit, den Bauernstand als lebenden Bestandteil in der modernen Gesellschaft zu erhalten. Das einst in sich abgeschlossene Bauerndorf gehört der Vergangenheit an. Der Wunsch und das Streben der bäuerlichen Jugend, es den anderen gleich zu tun, ist heute überall in den Vordergrund getreten. Die bäuerliche Jugend kann aber vielfach nicht mit. Sie steht aber am längeren Hebelarm, denn hinter ihr stehen die Tore der Industrie weit offen und wenn die Eltern nicht so tun, wie die Jugend will, dann geht sie eben vom Hause weg. Das ist eine Erscheinung, die man heute immer und immer wieder antrifft.

Die ältere Generation steht vor der großen Aufgabe, umzulernen und den Weg in die moderne Gesellschaft begründen zu helfen. In dieser modernen Gesellschaft spielen das berufliche Können und Wissen und der nachzuweisende Ausbildungsgrad eine besondere Rolle. Das Land Steiermark hat mit dem Landesgesetz über die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung die wichtigste Voraussetzung für

die bäuerliche Berufsausbildung geschaffen und es muß mit besonderer Genugtuung festgestellt werden, daß hier das Land Steiermark allen übrigen Bundesländern weit voraus ist. Die Lehrlingsausbildung in der allgemeinen Land- und Hauswirtschaft hat seit 1946 eine erfreuliche Entwicklung genommen. Im Jahre 1960 waren in der „allgemeinen Landwirtschaft“ 663 und im folgenden Jahr 728 Lehrlinge registriert, in der „Hauswirtschaft“ im Jahre 1960 551 und im Jahre 1961 570 Lehrlinge.

In der „Forstwirtschaft“ ist die Zahl der Lehrlinge von 294 im Jahre 1960 auf 228 im Jahre 1961 zurückgegangen. Dieses Absinken der Lehrlinge in der Forstwirtschaft ist schon seit dem Jahre 1958 festzustellen. Während im Jahre 1957 noch 427 Lehrlinge durch die Lehrlingsausbildungsstellen betreut wurden, ist diese Zahl seit damals in ständigem Sinken begriffen. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Ausbildungsgang in der Forstwirtschaft ein sehr langer ist. In allen übrigen Wirtschaftszweigen ist der Lehrling nach 2—3jähriger Lehrzeit Gehilfe und auch als Facharbeiter anzusprechen. Das ist beim Forstarbeiter nicht der Fall, seine Ausbildung ist äußerst lang. Auf eine Lehrzeit von drei Jahren folgt eine Gehilfenzeit von drei Jahren und erst nach Ablegung einer Prüfung kann er sich den Titel als Facharbeiter erwerben.

In den Spezialgebieten der Landwirtschaft, wie Obstbau, Weinbau, Molkerie, Geflügelzucht, Fischzucht, betrug die Zahl der Lehrlinge im Jahre 1960 insgesamt 398, im Jahre 1961 303, wobei zu bemerken ist, daß der Stand der Lehrlinge für 1961, den ich Ihnen genannt habe, am 15. November gezählt wurde.

Von Interesse mag es den Damen und Herren des Hohen Hauses auch sein, daß von den in den letzten Jahren gemeldeten Lehrlingen 29,12% aus Kreisen stammen, die nicht der Land- und Forstwirtschaft angehören. An Kursen wurden im Jahre 1960 für die Lehrlingsstufe 1084, für die Facharbeiterstufe 107 und für die Meisterstufe 80, insgesamt 1271, abgehalten. Die Zahl der abgehaltenen Kurse im Jahre 1961 steht noch nicht fest, weil vor allem jetzt in den Wintermonaten die Kurstätigkeit am regsten ist. Im ersten Halbjahr 1961 wurden 577 Kurse abgehalten.

Die Bildungsmöglichkeit für die bäuerliche Jugend ist durch den Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens in beachtlichem Umfang vermehrt worden. In Steiermark stehen Alt-Grottenhof, Grabnerhof, Haidegg, Hafendorf, Hatzendorf, Kirchberg am Walde und Silberberg für die fachliche Ausbildung der Jugend zur Verfügung. Wir begrüßen es, daß das Land Steiermark im kommenden Jahre den Neubau einer Mädchenschule in Haidegg beginnen wird und den Mädchen aus dem ländlichen Lebenskreis eine moderne Schule zur Verfügung stehen wird. Mit dem vom Landtag verabschiedeten bäuerlichen Berufsschulgesetz ist ein weiterer Schritt in der Ergänzung der Ausbildung getan worden. Es ist zu erwarten, daß im folgenden Jahr mit der Ausbildung an diesen Berufsschulen begonnen werden kann. Die Maschinenpflege und Traktorenfahrkurse, die das Land Steiermark in Alt-Grottenhof einge-

richtet hat, sind voll besucht und es kann, wenn nicht bald eine Erweiterung dieser Einrichtung vorgenommen wird, nur ein Teil der vorgemerkten Interessenten Berücksichtigung finden. Derzeit warten 674 Personen auf ihre Einberufung. In einem Kalenderjahr können lediglich 380 bis 400 Werber durchgeschleust werden. Ich richte an das zuständige Referat den dringenden Appell, alle Wege zu beschreiten, um die maschinentechnische Ausbildung vorwärtszutreiben.

Alle Probleme der Berufsausbildung in der Landwirtschaft sind noch relativ jung. Es darf nicht vergessen werden, daß im Gegensatz zum Gewerbe diese eine fast 1000jährige Entwicklung des Lehrlingsstandes nachweisen kann, während in der Landwirtschaft erst 1811 der steirische Prinz Erzherzog Johann, den ersten Kurs über Landwirtschaft eingerichtet und damit den Grundstein für die landwirtschaftliche Ausbildung gelegt hat. Um so dringender und wichtiger ist es, deshalb nicht nur für die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, sondern auch für die bäuerlichen Arbeitgeber, auf die Notwendigkeit einer gründlichen Schulung und Berufsausbildung hinzuweisen. Das heute in der Landwirtschaft noch bestehende Bildungsminus muß aufgeholt werden. Es ist dies nicht eine Sache des landwirtschaftlichen Berufsstandes, hier muß die gesamte Bevölkerung mitwirken, dieses Bildungsminus aufzuholen, um die Voraussetzung für die volle Wertung der Landwirtschaft zu schaffen. Frei von dem romantischen Bild des Landmannes muß die moderne Landwirtschaft gesehen und ihr von allen Seiten geholfen werden, die Eingliederung in die moderne Gesellschaft zu vollziehen. Ein wesentliches Merkmal ist dazu die Ausbildung zum Beruf. Das Land Steiermark ist bemüht, seinen Teil als Träger uralter Kultur und Tradition zum Nutzen unserer Heimat, deren Existenz auch von der Landwirtschaft in Gegenwart und Zukunft abhängt, beizutragen. (Sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Lafer: Wenn ich nach den temperamentvollen Ausführungen des Kollegen Pabst zu einem besonderen Kapitel der Landwirtschaft sprechen werde, so deshalb, weil wir meiner Meinung nach bei der Landwirtschaft besondere Schwerpunkte bilden müssen. Bevor ich jedoch dieses Kapitel eingeleite, gestatten Sie, Herr Kollege Brandl, daß ich zu Ihren Ausführungen bezüglich der Jagd etwas sage. Ich persönlich bin weder Jäger noch Jagdpächter, lebe jedoch mit der Jägerschaft in gutem Einvernehmen. Ich darf die Vorgangsweise der Aufstellung des Jagdabschußplanes, wie sie in diesem Gesetz verankert ist, kurz erläutern. Ich nehme als Obmann der Bezirksbauernkammer Feldbach alljährlich an der Sitzung teil, in der der Jagdabschußplan des Bezirkes mit 112 Katastralgemeinden bzw. 85 Gemeinden aufgestellt wird. Den Jagdabschußplan erstellt weder der Jagdpächter noch die Bezirksjägerschaft. Er wird gemeinsam von den Jagdpächtern, Hegeleitern, Bezirksjagdausschuß und zuständigen Bezirksbauernkammern erstellt. Die Bezirksbauernkammer ist nach dem Gesetz in allen Punkten zu fragen. Ohne diese Unterschrift kommt der Jagdabschußplan nicht zum tragen. Sollte über den Jagdabschußplan kein Einvernehmen zustande

kommen, so entscheidet der Bezirkshauptmann. In unserem Bezirk ist es noch nicht vorgekommen, daß der Bezirkshauptmann entscheiden mußte. Der Bezirkshauptmann entscheidet nach Rücksprache mit der zuständigen Bezirksbauernkammer.

Ich habe im heurigen Jahr in unserem Bezirke versucht, den verlängerten Arm der Bezirksbauernkammer, das sind Ortsbauernratsobmänner, vorher über den Wildbestand ihrer Gemeinden zu befragen, um ihre Meinung über die Höhe des Abschusses in den Gemeinden zu erfahren. Die Anfrage beinhaltet Angaben über den Wildbestand und den erwünschten Abschluß. Ich muß offen erklären, daß ich enttäuscht war über das Ergebnis der Umfrage, denn die Ziffern, die von den Ortsbauernratsobmännern stammen, die größtenteils keine Jäger sind, bewegen sich in den meisten Fällen unter jenen, welche die Jagdpächter vorgeschlagen hatten. Ich gebe zu, daß vielleicht die Dinge, wie sie bei uns in der Oststeiermark liegen, gegenüber der Obersteiermark verschieden sind. Aber das steirische Jagdgesetz schützt meiner Meinung nach die Landwirtschaft voll und ganz. (Abg. Hans Brandl: „Das sagen aber die Bauern nicht!“) Selbstverständlich die Bauern, ja wer denn sonst? Der Bauer hat die Möglichkeit, bei eingetretenen Wildschäden jeden Schaden vom Jagdpächter ersetzt zu erhalten. Vielleicht wäre es gut, einmal das Gesetz durchzustudieren. Es gibt, wenn hier kein Einvernehmen erzielt wird, immer noch den Weg, die Wildschadenskommission aufs Tapet zu bringen oder das Schiedsgericht anzurufen und sich über den Schaden aufklären zu lassen. So liegen die Dinge. Ein Gesetz wie das steirische Jagdgesetz, mit dem weder Jagdpächter noch die Landwirtschaft 100%ig zufrieden sind, ist kein schlechtes Gesetz, denn wenn eine Gruppe ganz zufrieden wäre, so wäre das ja für die andere Gruppe schlecht.

Nun zu den Flußverbauungen und zu den Meliorationen! Die großen Bodenverluste, die die Landwirtschaft immer wieder durch Bauten von Siedlungen, Straßen, öffentlichen Gebäuden usw. hinnehmen muß, können nur durch Aufschließung neuer Flächen wettgemacht werden. Wenn das agrarische Informationszentrum in den letzten Tagen schrieb, daß es in Österreich etwa 315.000 ha versumpfter Flächen gibt und 3000 ha durch Verbauungen verloren gingen, so können wir sagen, daß wir noch genügend Flächen haben, die wir der Nutzung zuführen können. In der Steiermark dürften es bei vorsichtiger Schätzung etwa 40.000 bis 45.000 ha solcher versumpfter Flächen sein, ohne jene Flächen, die man nicht als versumpft bezeichnen kann, die sich aber doch als entwässerungsbedürftig erweisen, weil sie sonst nur schlechtes Heu liefern. Nicht inbegriffen sind jene Flächen, die vielleicht schon einmal vor der Jahrhundertwende entwässert wurden, aber teilweise auf Grund schlechter Pflege und Behandlung wieder langsam versauern und jetzt neuerlich einer Entwässerung zugeführt werden müßten. Der Nutzungsentgang dieser steirischen Flächen beträgt flüchtig berechnet etwa 100 Millionen Schilling im Jahr. Vor dieser Entwässerung steht aber die Schaffung der Vorfluter und die Flußverbauungen. Wenn ich Ihnen da-

zu ein paar Zahlen nennen darf aus meinem Bezirk, so muß ich feststellen, daß wir eine große Anzahl verwilderter Bäche besitzen — in Obersteiermark sagt man Wildbäche, wir in der Oststeiermark sagen Wilde Bäche — die ihren Lauf in den letzten Jahrzehnten geändert haben und bei Hochwasser bereits austreten und das Land überfluten. Ich darf Ihnen da besonders ein großes Wasser, nämlich die Raab, nennen. Mein Kollege Koller hat schon vor 8 Jahren hier im Hohen Haus über die Notwendigkeit der Raabregulierung gesprochen. Seit etwa 3 Jahren ist sie nun Wirklichkeit geworden. Solange ist es her, daß man mit der Raabregulierung auf burgenländischem Gebiet begonnen hat, so daß wir mit der Fertigstellung der Raabregulierung demnächst rechnen können. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 66 Millionen Schilling. An korrespondierenden Posten wären zu nennen in Feldbach die Edelsbachregulierung mit 1,5 Millionen Schilling, dann die Sulzbachregulierung, teilweise im Radkersburger Bezirk, mit 11 Millionen Schilling, weiters die Gnasbachregulierung, teilweise ebenfalls im Radkersburger Bezirk, mit 15 Millionen Schilling. Gerade die Gnasbachregulierung würde riesige Flächen, die heute noch als minderwertig gelten, aufschließen. Die Flächen, die hier im Gnasbachtal liegen, würden zweifellos geeignet sein, sie unter den Pflug zu nehmen, während sie jetzt nur minderwertige Streu hervorbringen. Während sich der Bergbauer abrackert, um dem Boden wenigstens einige Nahrungsmittel abzurufen, liegen diese Flächen öde darnieder. Dann wären noch zu nennen die Saß- und Schwarzbachregulierung, die Regulierung des Langbaches, Pickelbaches, Rettenbaches und Lendwabaches mit einem Kostenaufwand von etwa 16 Millionen Schilling. Nach diesen Flußverbaumaßnahmen und der durchgeführten Entwässerung würden wir allerdings bei den derzeit vorhandenen Mitteln — ein kleiner Lichtblick ist derzeit durch den grünen Plan gegeben — und bei dem derzeitigen Tempo ein Menschenleben brauchen, um diese Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Nach Durchführung dieser Flußbaumaßnahmen und der Entwässerungsmaßnahmen müßten dann möglichst rasch in diesem Gebiet die Grundzusammenlegungen erfolgen. Diese Grundzusammenlegung ist überhaupt eine der wichtigsten Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft, wenn gleich es oft große Schwierigkeiten gibt, die Leute auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Aber wir müssen feststellen, daß gerade Gemeinden, die diese Arbeit bereits hinter sich haben, heute schon hoch heraus sind und die Belastung für die Landwirtschaft durch derartige Förderungsmaßnahmen wesentlich verringert wurde.

Weiters darf ich vielleicht noch auf ein besonderes Kapitel zu sprechen kommen, über das ich glaube schon im Vorjahr gesprochen zu haben, nämlich auf die Räumung der Materialgräben an den Landes- und Bundesbahnen. Das ist vielleicht ein Steckenpferd von mir, aber, Hohes Haus, wenn Sie diese Strecken fahren, sei es das Raabtal entlang oder sonst irgendwo, dann werden Sie feststellen können, daß gerade bei diesen staatlichen Unternehmen wie Bundes- und Landesbahnen sich

links und rechts diese Materialgräben befinden, die seinerzeit, als die Bahnen gebaut wurden, das Material beherbergt haben, aber heute vielfach Wassertümpel darstellen, die letzten Endes zur Verseuchung anderer großer Flächen mit Leberegel-seuche u. dgl. führen, wie wir schon wiederholt feststellen konnten. Wir haben versucht, die Räumung dieser Gräben zu erzwingen, aber das ist uns noch nicht gelungen. Wir mußten feststellen, da diese Gräben nicht nur Wassertümpel darstellen, sondern auch zur Verunkrautung der anliegenden Wiesen und Äcker mit Disteln, Winden und Ampfer beitragen, weil diese Samen ja von den Rindern auf größere Flächen vertragen werden. Wenn wir ein Pflanzenschutzgesetz besitzen, das hier eindeutig und klar besagt, daß ein Besitzer vom Gesetz aus gezwungen werden kann, die verschiedenen Unkräuter durch rechtzeitiges Abmähen oder Spritzen zu vertilgen, so müßte dieses Gesetz auch dem Staat gegenüber Geltung haben. Ich konnte feststellen, daß entlang der Bahnen sich größere Flächen im Eigentum der Bundesbahn befinden, wobei wir versuchen wollten, diese Flächen eventuell dem Staat abzukaufen. Man sollte jedem Anrainer an solchen Materialgräben nach meiner Meinung die Möglichkeit einräumen, diese Flächen anzukaufen. Es handelt sich hier in meinem Bezirk um etwa 10 bis 15 ha, die die Bahn nie und nimmer brauchen wird. Ich möchte auch hier die Landesregierung bitten, ~~vielleicht bei der Bundesregierung vorstellig~~ zu werden, damit die Reinigung dieser Materialgräben sowohl als auch die Vertilgung des Unkrautes rechtzeitig veranlaßt und die Felder der Bauern nicht weiterhin verseucht werden.

Ich darf hier, wenn ich schon zum Wasserbau das Wort habe, zur Wasserversorgung etwas sagen. Unsere bäuerlichen Betriebe sind noch schlecht mit Wasser versorgt. Wir müssen feststellen, daß im heurigen Haushaltsplan leider diese Beträge nicht nennenswert erhöht wurden. In meinem Bezirk mit fast 10.000 bäuerlichen Betrieben sind es etwa 3000 bis 3500 Betriebe, die kein fließendes Wasser im Hause haben, die bis heute noch immer das Wasser mit der Hand vom Brunnen pumpen und mit dem Kübel in den Stall und in das Haus bringen. Diese Arbeit obliegt der ohnedies schwer in Anspruch genommenen Bäuerin. Für diesen Zweck wäre es angebracht, daß mehr Mittel für Bezuschussung diesen wichtigen Wasserleitungsvorhaben gegeben werden könnten.

Ich darf nun das Hohe Haus und vor allem die Landesregierung ersuchen, beim Bund vorstellig zu werden, damit diese so wichtigen Vorhaben, wie Meliorationen, Flußverbauungen, Trockenlegung, rascher als bisher einer Vollendung zugeführt werden.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag! Ich möchte einige Worte über die Sonderaktion des Fremdenverkehrs-investitionskredites und zum Gewerbekredit sagen. Wenn im Fremdenverkehr die Werbung vielfältiger Art im In- und Ausland von ausschlaggebender Bedeutung ist, neben der lebendigen Organisation unserer Fremdenverkehrsvereine und -verbände, so steht im Mittelpunkt des Fremdenverkehrswesens der Betrieb selbst. Dieser Fremdenverkehrsbetrieb

ist der Anziehungspunkt und wir erleben es, daß ein einziger ordentlich und nett ausgestalteter Fremdenverkehrsbetrieb einen ganzen Ort in der Bedeutung hebt. Wir erleben es immer wieder, daß es in der Steiermark viele Gasthöfe gibt, aber wenig wirklich ausgeprägte Fremdenverkehrsbetriebe. Diese bedürfen einer erstklassigen Ausgestaltung sanitärer Art, wie Fließwasser kalt und warm, technischer Einrichtungen in der Küche und anderer Dinge mehr, die mit vielen Kosten verbunden sind.

Die Untersuchungsergebnisse bezüglich dieser Betriebe in der Süd-, Ost- und Weststeiermark haben ein dürrtiges Bild ergeben. Die Ursache, neben anderen Faktoren, liegt in erster Linie in der viel zu schmalen Basis an Fremdenverkehrs-investitionskreditmöglichkeiten. Wenn wir daran denken, daß das Land Oberösterreich in den letzten 6 Jahren 200 Millionen Schilling für den Fremdenverkehr aufgewendet hat und wir dem gegenüberstellen das Land Steiermark, das in der gleichen Zeit nur 16 Millionen Schilling aufgewendet hat, so ist es verständlich, daß wir ins Hintertreffen geraten müssen. Auch in der Obersteiermark ist es nicht viel besser. Es ist ein Nachholbedarf vorhanden. Es bedarf der Anstrengung aller am Fremdenverkehr Beteiligten, um den Anschluß zu bekommen und den Wirtschaftsfaktor Fremdenverkehr auch in unserem Lande zum Tragen zu bringen. Wenn wir bedenken, daß in den ersten 10 Monaten dieses Jahres allein 1,5 Milliarden Schilling der Fremdenverkehr in Österreich eingebracht hat und es uns allein mit dieser Wirtschaftssparte möglich war, unsere Wirtschaft in der Handelsbilanz aktiv zu gestalten, dann wird es uns klar, wie wichtig es ist, sich auch in der Steiermark mit diesem Problem eingehend zu beschäftigen.

Ich kann mit großer Freude feststellen, daß der derzeitige Referent Herr Landesrat Wegart sich eingehend mit dieser Aufgabe befaßt hat und weitestgehend auch im Ausland. Seinen Bemühungen beim Finanzministerium und der Landesregierung ist es gelungen, ein Sonderprogramm in diesem Budget für die Fremdenverkehrs-investition zu verwirklichen. Aus dieser Auflage werden alljährlich 10 Millionen Schilling 5 Jahre lang dem Fremdenverkehrs-investitionsfonds zugeführt, das sind in den nächsten 5 Jahren 50 Millionen Schilling. Der bisherige Kredit bis zu einer Höhe von 30.000 S war völlig unzureichend. Sie müssen als Laien zugeben, daß 30.000 S da und dort nicht reichen, Halbheiten aber sind schlechter als wenn man nichts macht. Daß die Kredithöhe von 30.000 S auf 150.000 S erhöht wurde, das ist erfreulich, zumal mit einer Laufzeit von 5 Jahren zu 4% Verzinsung. Durch den Ausbau der Landes- und Bundesstraßen wird es möglich sein, einen großen Schritt in unserem Land auf dem Sektor Fremdenverkehr vorwärts tun zu können. Die Abgeordneten, die mit den ERP-Krediten zu tun gehabt haben, wissen, welche Kanossagänge damit verbunden waren, daß Investitionen durchgeführt wurden, wobei sich später ergab, daß der Kredit nicht flüssiggestellt werden konnte. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Betrieben nennen, die auf solche Weise in größte Schwierigkeiten gekommen sind. Wir können nur hoffen und wünschen, daß das in absehbarer Zeit besser sein wird.

Was das Wasserbautenförderungsgesetz anlangt, hoffe ich, daß die Wasserversorgung für die einzelnen Ortschaften, die wiederum die Voraussetzung für die Schaffung sanitärer Einrichtungen in den Fremdenverkehrsbetrieben bildet, rascher in Schwung kommen wird.

Ein weiterer Gedanke zum Gewerbekredit, der von 30.000 S auf 50.000 S erhöht werden konnte! Ich kann das nur begrüßen im Interesse der Kleingewerbetreibenden, die diese Kredite unbedingt benötigen. Eine Novellierung des Gesetzes über den Fonds des gewerblichen Kreditwesens besagt, daß die Sicherstellung weitgehend gelockert worden ist. Eine erfreuliche Tatsache! Es werden die Faktoren Fleiß, Tüchtigkeit und Können gewürdigt. So ähnlich wie in der Schweiz und in Deutschland werden auch diese Faktoren in der Sicherung selbstverständlich eine Rolle spielen. Besonders zu begrüßen wäre es, wenn beide Kreditaktionen, der Kredit für Fremdenverkehrsinvestitionen und der Kredit für das Gewerbe praktisch zusammengelegt werden könnten, damit wir da einen starken Fonds zur Betreuung dieser beiden Sparten gewinnen.

Sehr wichtig allerdings erscheint mir eine Laufzeitverlängerung und eine Vereinfachung des Aktenlaufes. Es waren bisher sehr umständliche Wege, zu solchen Krediten zu kommen und es wäre daher ein wahrer Segen, wenn auch auf diesem Sektor eine wesentliche Vereinfachung erreicht werden könnte. Der wirkliche Kreditbedarf scheint deshalb nicht auf, weil viele diesen dornenvollen Weg scheuen. Würde er einfacher, dann würde auch der Zuspruch ein wesentlich größerer sein. Diese neuen Kreditaktionen für die Fremdenverkehrsinvestitionen und für das Gewerbe sind dazu angetan, in unserem Lande Steiermark den Fremdenverkehr zu beleben und zu befruchten und letzten Endes wird diese Sparte der Volkswirtschaft und uns allen zugute kommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Pözl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschnitt 77 „Fremdenverkehr“ auch einiges sagen, doch zunächst den richtigen Dank der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft der Steiermark zum Ausdruck bringen.

Im Voranschlag 1962 sind immerhin um 3.300.000 S mehr präliminiert als im Jahre 1961. Es zeigt dies die sehr positive Einstellung zum steirischen Fremdenverkehr. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir von diesem Fremdenstrom, der alle Jahre durch Europa fließt, auch ein Bächlein in die Steiermark ableiten wollen, dann bedarf es noch ein bißchen mehr. Dann sind auch diese Beträge, die 1962 mehr präliminiert sind, noch zu wenig.

Ich hatte die Möglichkeit, vor einigen Monaten die Bundesrepublik Deutschland zu bereisen. Da konnte ich feststellen, daß ab Frankfurt am Main die Steiermark als Fremdenverkehrsland nicht mehr oder nur sehr wenig bekannt ist. Wenn man z. B. in Köln vom Fremdenverkehr in Österreich spricht, dann meint man Tirol, Vorarlberg, Salzburg oder Wien. Die Steiermark liegt an der Peripherie des deutschen Fremdenstromes. Ich habe festgestellt, daß in der westdeutschen Bevölkerung sehr viel Geld für diesen Zweck vorhanden wäre.

Wir haben noch viel aufzuholen. Unsere Nachbarländer haben ja schon viel länger und intensiver den Fremdenverkehr propagiert und gefördert. Aber zu allererst müssen wir eine Fremdenverkehrsgesinnung in unserem steirischen Land hervorrufen. Wir müssen nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei den Damen und Herren des Hohen Hauses diese Gesinnung für den Fremdenverkehr erwecken. In Tirol ist während der Sommermonate jedes Haus ein Fremdenverkehrshaus. Vor jedem Bauernhaus stehen Autos, und zwar vorwiegend aus Deutschland. Unser steirisches Land ist ein wunderbares Land, wir haben wunderbare Menschen hier, aber man hat es bisher bei uns nicht verstanden, auch die Privathäuser für den Fremdenverkehr zu interessieren. Wir werden im Laufe dieser Tagesordnung über 551.000 S zu beschließen haben, die als Darlehen bzw. als Beihilfe gegeben werden sollen, um in Privathäusern Fremdenzimmer auszubauen. Da ist zum Beispiel im Ort Anger bei Weiz ein Gasthof, wo dreimal mehr Gäste ihre Mahlzeiten einnehmen als er Zimmer und Betten hat. Das beweist, daß die umliegenden Bauernhäuser Zimmer vermieten und daß man dadurch einen Ort viel aufnahmefähiger gestalten kann.

Aber ich möchte im Zusammenhang mit der Erweckung der Fremdenverkehrsgesinnung ein Beispiel anführen, das gerade das Gegenteil beweist. Wenn ich den Namen Ubelbach nenne, meine Damen und Herren von vis-a-vis, dann dürfte Ihnen der dortige Bürgermeister wohl bekannt sein, und es ist nicht angetan, die Vorgangsweise dieses Herrn Bürgermeisters als vorbildliche Fremdenverkehrsgesinnung hinzustellen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter dürfte ja über diesen Vorfall schon informiert sein. Der Bürgermeister von Ubelbach ist ja ressortmäßig Ihnen unterstellt und ich bitte Sie, schalten Sie sich da ein. Ein deutscher Sommergast war in Ubelbach und wurde dort unflätigst von diesem Bürgermeister beschimpft. Es wurde ihm vorgeworfen, er sei dort nur geduldet und im übrigen ein Mitschuldiger an diesem letzten Krieg. Ganz abgesehen davon, daß die Sippenhaftung nur in Rußland üblich ist oder in den Ostblockstaaten, möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, was dieser Deutsche über die Äußerungen dieses sauberen Herrn geschrieben hat:

„Im September dieses Jahres haben wir, meine Frau, mein Bruder und ich, den Entschluß gefaßt, unsere Freunde in Ubelbach zu besuchen. Der Eindruck von der Gegend und ihren Bewohnern war überwältigend. Wir haben ihre Gemeinde in unser Herz geschlossen und sind Ihnen und der Ubelbacher Bevölkerung und unserem Herrgott dankbar, daß wir diese schöne Zeit bei Ihnen verweilen durften. Aber eine große Bitternis trübte unsere Freude, als wir die Ehre hatten, Ihren Bürgermeister kennenzulernen. Wir waren zuerst sehr vergnügt und freuten uns über die freundliche Aufnahme, doch dann kam Ihr Bürgermeister und es griff mir furchtbar ans Herz, als er mir vorwarf, ich sei ein Schuldiger des vergangenen Krieges. Ich möchte auf diese Worte entgegnen. Als das dritte Reich entstand und zusammenbrach, war ich noch ein Kind. Ich weiß, daß die ganze Welt durch die deut-

sche Invasion gelitten hat und daß dies niemals mit materiellen Werten gutzumachen ist. Ich habe diese furchtbare Tatsache am eigenen Leib erfahren müssen. Wir haben selbst Schreckliches und Schauderhaftes miterlebt. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, möchte aber an dieser Stelle feststellen, daß ich nicht schuldig bin am Krieg und an den Erlebnissen der furchtbaren Vergangenheit. Wir jungen Deutschen sind bemüht und müssen wieder freundschaftliche Beziehungen zu allen Menschen herstellen. Wir wissen aus der Erfahrung, daß wir kein gutes Erbe angetreten haben, aber es ist mir bisher immer wieder gelungen, bei sachlichen Aussprachen die Menschen von unserem guten Willen zu überzeugen. Meine Bitte an Sie lautet, wirken Sie werbend und zugleich vorbildlich auf Ihre Mitmenschen ein und helfen Sie uns dadurch, die erfahrene Bitternis zu vergessen. Noch kein Uebelbacher hat mir gesagt, ich sei nur ein Geduldeter und kein Gast. Ich habe Österreich mehr als viermal besucht und mit der österreichischen Bevölkerung sehr herzlich und freundschaftlich verkehrt. Und durch diese Sache wird man dann zu einem, der nur geduldet ist."

Das ist bestimmt ein Mißgriff gewesen und man kann ihn nicht verallgemeinern, aber man ersieht daraus, wie notwendig es ist, daß wir unsere steirische Bevölkerung zu einer positiven Fremdenverkehrsgesinnung bringen, daß wir unsere Bevölkerung schulen, daß wir bei den Landgemeinden aufklärend wirken. Wir müssen uns umsehen, wo ein schönes Gebiet oder ein Fremdenverkehrsort mit schöner Umgebung ist. Wir haben die Pflicht, dorthin Mittel zu geben zum Zimmerausbau, aber auch zur Förderung von Trachtengruppen und Musikkapellen, damit sie sich steirisch kleiden können und wir unseren Gästen wirklich Steirisches bieten können.

Auch sollten wir die Schwimmbäder noch mehr fördern als es bisher geschehen ist. Wir sollten Seilbahnen bauen und fördern, nicht nur für den Sommer, sondern auch für den Wintersport. Denken wir daran: auch der Fremdenverkehr ist ein Weg zur Vollbeschäftigung. Dieser bringt nicht nur Brot, Devisen und Wohlstand, er bringt auch Freunde und gerade wir in Österreich und Steiermark brauchen viele Freunde für unser Heimatland. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Scheer: Meine Damen und Herren! Ich möchte nach den Worten des Kollegen Pözl einige Beispiele bringen aus allen möglichen Gebieten. Man sucht immer einen Prügelknaben, der an einem Mißstand schuld ist. Nach den Ausführungen des Abg. Brandl zum Jagdgesetz sind alle Jäger unmögliche Leute, weil ein Jäger Schokolade gefüttert hat. Weil ein Bürgermeister im Wirtshaus sich etwas daneben benommen hat, sind alle Steirer nicht vorgebildet und die Schuld liegt beim Landesfremdenverkehrsreferenten, könnte man sagen, weil er es nicht unternommen hat, alle Steirer dahingehend zu schulen, wie sie sich zu benehmen haben. Beim Fremdenverkehr gibt es viele Meinungen und viele Köche, die an einem Brei kochen. Ich beneide Landesrat Wegart in keiner Weise, daß

er 10 Millionen Schilling zur Verfügung hat, um sie im Fremdenverkehr einzusetzen. Soll er sie streuen oder auf Schwerpunkte konzentrieren, soll er das oder jenes machen? Das wird eine harte Nuß sein.

Beim Fremdenverkehr ist es so, wie wenn 5 Juristen zusammenkommen, die dann womöglich 6 Meinungen vertreten. Es hat vieles für sich, was der Abg. Pözl über den Fremdenverkehr gesagt hat, insbesondere, daß die Steiermark und der größte Teil des übrigen Österreich, außer Tirol, sehr spät daraufgekommen ist, wie man Fremdenverkehrswerbung betreibt. Tirol ist uns da um 30 Jahre voraus. Als wir im steirischen Budget in der ersten Republik vielleicht 500 S für den Fremdenverkehr ausgeworfen haben, hat man dort schon tausende Schillinge zu Werbezwecken für den Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt. Wir haben es mit einem echten Nachholbedarf zu tun gehabt. Sie erinnern sich, insbesondere die älteren Mitglieder dieses Hohen Hauses, daß immer wieder in Fremdenverkehrsfragen die Notwendigkeit einer Verstärkung und Intensivierung der Mittel besprochen wurde. An und für sich ist der Kredit für den Fremdenverkehr im Verhältnis zum Gesamtbudget klein. Wir können erst heuer mit den 10 Millionen S den ersten größeren Schritt für den Fremdenverkehr tun, aber 30 Jahre zu spät. Daher unser Drängen nach einem Fremdenverkehrsgesetz, das Mittel freimachen soll, um diesen Nachholbedarf zu decken. Der Landtag hat schon einige Male in Resolutionen die Schaffung eines solchen Gesetzes verlangt. Es ist immer wieder an dem schätzenswerten Referenten, an Präsident Brunner, gescheitert, der immer wieder erklärt hat, es wären die oder jene Widerstände zu überwinden, die jedoch so groß sind, daß sie eben unüberwindlich sind. Zugegeben, daß in dieser Richtung nicht geringe Widerstände zu überwinden gewesen wären, aber überwiegend gewesen wäre der Zweck und die Aufwendungen für den Fremdenverkehr hätten sich wahrscheinlich gelohnt. Vielleicht könnte man heute sagen, daß sich bei Einsetzung solcher Mittel, wie wir sie jetzt im Budget haben, ein Fremdenverkehrsgesetz überhaupt erübrige. Wir wollen annehmen und hoffen, daß im nächsten Budget dieselbe Summe vorgesehen wird.

Im heurigen Jahr sind wir endlich so weit, daß wir uns freuen können, vielversprechende und erfolgversprechende Ansätze in unserem Budget vorzufinden. Wir sind mit den Ansätzen dieses Budgets sehr zufrieden. Was uns in Steiermark noch freut, ist, daß wir im Inlandfremdenverkehr an zweiter Stelle in Österreich stehen, daß wir also wesentlich krisenfester im Fremdenverkehr sind als die westlichen Bundesländer, wie Tirol, dann, wenn unruhige Zeiten eintreten. Wir haben es bei der Koreakrise erlebt. Der Ausländerfremdenverkehr ist der Seismograph des Fremdenverkehrs in Österreich, der schon dann ausschlägt, wenn im Fernen Osten ein Krisenherd auftritt. Dann werden wir glücklich sein, daß die Inländer die Steiermark besuchen. Wir müssen den Fremdenverkehr noch mehr ausbauen, um den Inländer nach der Steiermark zu lenken, damit er hier Erholung und Ruhe und das findet, was man eben im Urlaub sucht. Das

möchte ich kurz zum Fremdenverkehr gesagt haben, ohne zu wiederholen, was sonst noch von meinen Vorrednern gesagt wurde. (Beifall.)

Abg. **Vinzenz Lackner**: Hoher Landtag! Ich muß ganz kurz an die Worte des Kollegen Pölzl anknüpfen. In Passau im Terrassencafé auf der Burg, mit dem Blick auf den Zusammenfluß von Donau, Inn und Ilz, trank ich Kaffee und wollte mit guten österreichischen Schillingen zahlen. Die Kellnerin aber meinte: „Was, Schillinge, die nehme ich nicht an!“ und hat mich stehen gelassen. Ich mußte die Pfennige zusammenbetteln, um den Kaffee zahlen zu können. Das ist auch ein Beispiel! Ich habe keinen Brief geschrieben, ich war nicht einmal so sicher, ob die Kellnerin nicht von uns draußen auf Saison beschäftigt war. Ich bin der Sache auch nicht nachgegangen.

Wozu ich sprechen möchte, das ist in diesem Kapitel der Abschnitt 78: Industrieförderung. Darin sind 425.000 S enthalten. Warum, weiß ich allerdings nicht. Ich kann mir aber vorstellen, daß zur Industrieförderung auch die Bergbauförderung gehört. Die Förderung jenes Bergmannsstandes, der in letzter Zeit so viel durchgemacht hat und neben dem Bauernstand einer der ältesten Berufsstände überhaupt ist. Beide Berufsstände haben auch immer wieder mit denselben Sorgen zu kämpfen. Im Verlaufe meiner Ausführungen werde ich noch darauf zurückkommen und ein paar Vergleiche bringen:

Seit drei Jahren bewegt dieses Hohe Haus bei jeder Budgetdebatte die Kohlenkrise. 1958 haben wir den Winter über noch Sonntagsschichten gemacht, weil der Schrei nach Kohle noch groß war. Aber von Februar 1958 bis März 1959 waren dann schon Bergleute übrig, die Schichten waren eingeschränkt und man hat geplant, Bergleute zu überstellen. Da ist im Februar 1960 ein Kohlenplan gekommen. Man hat sich intensiv damit beschäftigt, aber trotzdem ist der Bergbau immer mehr eingeschränkt worden. Dieser erste Kohlenplan wurde durch Aufnahmssperren, Sparmaßnahmen und dergleichen mehr zerredet und übrig geblieben ist davon weiterhin die Kohlenkrise. Diese hat dann im Jahre 1961 besonders krasse Formen angenommen. Es wurde der Bergbau Ratten überraschend geschlossen und von 120 Belegschaftsmitgliedern konnten 80 in Wolfsberg und St. Stefan untergebracht werden. Viele Bergleute aus Ratten sind als Pendler nach Trofaiach und Köflach gefahren. Ausgelöst hat dies ein 3.000.000-Tonnen-Plan, der ausgearbeitet wurde von einem Beamtenkomitee — ich weiß nicht, ob ein Fachmann dabei war — und damit wurde die jährliche Kohlenförderung direkt halbiert. Die Hälfte der Bergleute in der Steiermark war also übrig. Man hat da vieles erwogen, um die Bergleute unterzubringen, aber das ist eine Sache, die nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Wenn wir die 3.000.000 Tonnen nehmen und uns dabei den Alpine-Gruben zuwenden und uns 70 Prozent der österreichischen Kohlenförderung ausrechnen und dann weiter ausrechnen, daß von den 3.000.000 Tonnen nur 2.100.000 Tonnen für die Alpine bleiben, so ist es

klar, daß man das spielend mit den modernen Bergbaueinrichtungen in Köflach herausbringt und auf die anderen Gruben, die größere Gesteigungskosten haben, verzichten kann. Das ist die Einstellung des Alpine-Vorstandes, die rechnerisch ja richtig ist, denn man wird natürlich da weiterarbeiten, wo die Gesteigungskosten niedriger sind und so zur billigeren Kohle greifen.

Ursprünglich war eine langsame Anpassung an den rückläufigen Kohlenverbrauch geplant durch Auslassung von Schichten usw. bis zum Jahre 1964. Ganz plötzlich ist man aber darangegangen, das so schnell zu machen, weil man den Kohlenplan ruckzuck durchbringen wollte. Die Überstellung von Bergleuten von Fohnsdorf nach Donawitz und Eisenerz wurde intensiviert und in Fohnsdorf sind dadurch in den letzten zwei Jahren 400 Bergleute und Angestellte weniger geworden. Vor einem Jahr wurde uns in Fohnsdorf erklärt, Fohnsdorf sei gerettet und sei aus dieser Krise heraus. Wir atmeten erlöst auf und vertrauten auf das Dampfkraftwerk von Zeltweg, das ja eigens zu diesem Zweck gebaut wurde. Wenn ich den Prospekt des kalorischen Kraftwerkes ansehe, so steht darin, daß dieses Werk in erster Linie für Fohnsdorfer Kohle gebaut ist und daß man seinen Standort wegen der billigen Fracht für die zugeteilte Kohle gerade dort gewählt hat. Gleichzeitig kann man ja gerade die Feinkohle dort verwenden. Es wurde uns auch gesagt, daß das Jahr 1961 trotzdem noch sehr schwer sein wird und daß Belegschaft, Direktion und Betriebsrat weiterhin Einsparungen in Kauf nehmen müßten, weil man in diesem einen Jahr dem Bergbau noch nicht so helfen könnte. Es wurden dann Einsparungen durchgeführt, sowohl an Menschen als auch an Material, und die Belegschaft hat dafür volles Verständnis gezeigt, immer in der Hoffnung, daß es dann 1962 wieder aufwärts gehen wird. Leider ist dann im Juli 1961 die Absicht bekannt geworden, daß die Alpine eine Grube, die zu Fohnsdorf gehört, sofort zu schließen gedenkt und im Februar oder März auch den Wodizkyschacht schließen will. Das hätte bedeutet, daß dieser große Betrieb mit 2000 Arbeitern und Angestellten in Fohnsdorf — der einzigen großen Dorfgemeinde Österreichs mit über 12.000 Einwohnern — vollständig zum Erliegen gekommen wäre, ohne daß rechtzeitig ein Ersatzbetrieb dort gewesen wäre. Man muß ja auch bedenken, daß an diesen 2000 Arbeitern und Angestellten noch 4500 Familienangehörige hängen, 2400 unversorgte Kinder und 800 Rentner, weiters öffentliche Bedienstete, Gewerbetreibende, Kaufleute, land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Die Forstwirtschaft hat ja in der Grube Fohnsdorf jährlich 8 bis 10 Millionen Schilling Umsatz gehabt. Die gesamte Lohnsumme hat 86 Millionen ausgemacht, das ist ein Betrag, den die Arbeiter und Angestellten ja ausgegeben und nicht im Strumpf gespart haben. Das alles wäre also mit einem Schlag zu Ende gewesen.

Wir sagten uns, wozu wurde denn dann das KW Zeltweg mit einem so großen Aufwand gebaut? Wofür hat man in Fohnsdorf die vielen Investitionen gemacht, die allein etwa 240 Millionen Schilling ausmachten? Die weitere Frage war, wohin mit der Belegschaft? Man kann doch nicht 2000

Arbeiter überstellen. Man hat dann vorübergehend einmal die Leute früher in die Rente geschickt. Das hat der Bergarbeiterversicherung 18 Millionen Schilling gekostet, für die sie keinen Groschen Ersatz bekommen hat. Das war aber auch das einzig Praktische, was man für den Bergbau getan hat. Die neue Kohlenwäsche in Fohnsdorf, die 52 Millionen Schilling gekostet hat, wäre praktisch wertlos gewesen. Man kann sie auch nicht an einen anderen Betrieb verkaufen, weil das ja sozusagen ein Maßanzug war und kein Konfektionsanzug. Da fragt man sich noch, hat man das denn nicht früher gewußt? Warum hat man vorher zugestimmt, daß alle diese Investitionen durchgeführt wurden? Ich bin froh, daß es uns bei unserem Abwehrkampf gelungen ist, zu beweisen, daß man eine so große Grube nicht so ohne weiteres schließen kann.

Es war ja auch die Frage zu beantworten, wer wird denn dann das Kraftwerk Zeltweg versorgen? Die Kohle von anderswo herzubringen geht auch nicht, weil man dann die Kessel in Zeltweg, die auf Fohnsdorfer Kohle abgestimmt sind, hätte umbauen müssen. Das hätte auch wieder 38 Millionen verschlungen. Der Lohn für 120 Bergleute hätte bezahlt werden müssen, das wären weitere 12 Millionen Schilling gewesen, der Stromverlust hätte wieder 40 Millionen ausgemacht, für verteuerte Frachtkosten usw. wären wieder 30 Millionen Schilling aufgegangen und so wären rund 118 Millionen Schilling zusammengekommen, gar nicht davon zu reden, wie hoch die Werte sind, die in die Grube investiert wurden und die anderswo nicht gebraucht werden können. Wohin sollte man mit den 20.000.000 Tonnen Glanzkohle, die mit einer Wärmeinheit von 5500 Kalorien pro kg schon aufgeschlossen in der Erde liegen in einem 22 km langen Schacht und wohin mit dem weiteren Kohlenvorrat von 10 Millionen Tonnen, der dort noch vorhanden ist, nur nicht aufgeschlossen? Ansonsten hätten die Österreichischen Draukraftwerke für das Kraftwerk Zeltweg nicht für 30 Jahre einen Liefervertrag abschließen können, weil die Bergleute im allgemeinen sehr vorsichtig sind. Trotzdem ist dieser Vertrag für 30 Jahre als sicher erfüllbar angenommen worden. Das Bergwerk Fohnsdorf ist ein ständiger Auftraggeber für die Maschinenindustrie. Für den Grubenausbau werden Rutschen, Förderbänder usw. benötigt. Die Aufträge belaufen sich auf 8 bis 10 Millionen Schilling jährlich.

Die Elektroindustrie weiß, daß die Elin stark beauftragt ist mit Arbeiten für die Grube Fohnsdorf und im übrigen auch die Privatwirtschaft und viele andere in Fohnsdorf und Umgebung von diesem Betrieb leben. Eine Übersiedlung stellt man sich leicht vor. Betriebsgründungen sind nicht über Nacht möglich. Sie kennen die Bestrebungen des Herrn Landeshauptmannes für das Grenzland in dieser Hinsicht. Es ist schwer, jemand anderswo hinzubringen. Ich denke an die Marktgemeinde Obdach, die ein schönes Areal, an der Bahn gelegen, anbietet. Es will niemand hingehen. So ähnlich wäre es natürlich in Fohnsdorf gewesen. Dort sagte man, der freiwerdende Bergmann hätte nicht weit nach Judenburg oder Zeltweg. Diese Werke sind ausgelastet und hätten kaum in ihren Belegschaftsstand Fohnsdorfer aufnehmen können. Nachdem sich

die Belegschaft zur Wehr gesetzt hat, hat man mit dem Defizit argumentiert.

Ich kann mir vorstellen, daß der Alpine-Vorstand auf der anderen Seite diese Argumente braucht, um Geld zu bekommen, um nicht allein die Kosten für die defizitären Gruben zu tragen. Ich bin der Überzeugung, daß das Defizit bei weitem nicht in dem Ausmaß vorhanden ist, als es uns dargelegt wird. So wurden die Klagen über das Defizit für uns ein Bumerang, den letzten Endes die Kumpel in Fohnsdorf zu tragen hätten. Der Bergbau ist auf der ganzen Welt, mit Ausnahme von Amerika, defizitär. In Österreich bildet eine einzige Ausnahme der Karlschacht in Köflach, der ein Tagbau ist. Ein Vergleich mit der Landwirtschaft: Ein Bauer herunter auf der Ebene wird überall dazukönnen mit seinen Maschinen und produziert viel leichter und hat andere Erträge als der Bergbauer. Ebenso ist es bei der Grube im Tiefbau zum Unterschied vom Tagbau. Wenn wir uns die Gesteungskosten anschauen bei einer Fördergröße von 2000 Tagestonnen, das sind 600.000 Jahrestonnen, so haben wir Gesteungskosten von 290 S pro Tonne. Der Erlös ist nur 220 S pro Tonne. Um 70 S weniger. Für das Jahr 1960 ergibt sich eine Fördermenge von 580.000 Tonnen und ein Abgang von rund 40 Millionen Schilling. Davon sind 23 Millionen S Abschreibungen drinnen für diese Investitionen. Steuertechnisch ist es richtig, daß man schnell und rasch abschreibt, aber dann darf man das nicht den Kumpeln von Fohnsdorf anlasten. Pro Tonne sind 20 bis 30 S Generalregie, die jedes Alpine-Werk zu tragen hat. Der Bergbau als solcher hat aber weder Import noch Export, keine Handelsvertretungen, keine Zollumlagen, kurzum, wie kommt er zu diesen Generalregien? Diese machen im Jahr 9 Millionen Schilling aus. 40 Millionen Schilling weniger 23 Millionen Schilling für Abschreibungen sind 17 Millionen Schilling, davon ab 9 Millionen Schilling für Generalregien, dann verbleiben noch 8 Millionen Schilling, so schaut das echte Defizit aus. Es liegt bei 700.000 S monatlich. Da tritt an uns die Frage heran, ob das volkswirtschaftlich richtig ist oder nicht. (Abg. Gottfried Brandl: „Da müssen Sie Waldbrunner fragen! Muß Minister Waldbrunner den Bahnhof in Bruck mit einer modernen Zentralheizung mit Olfeuerung ausstatten?“) Herr Kollege Brandl, mir macht der Zwischenruf nichts aus, Sie werden mich nicht aus dem Konzept bringen.

Außerdem ist bei der Grube Fohnsdorf zu prüfen, ob sie bei dem echten Defizit nicht als nationale Reserve für die Zukunft zu erhalten ist. Wie würde das im Jahre 1963 aussehen? Die Gesteungskosten für 350.000 Tonnen Kraftwerk Kohle mit einem Erlös von 240 S pro Tonne und für die größeren Grobsorten haben wir einen höheren Erlös, so daß der Durchschnittspreis bei 260 S liegen würde. Die Gesteungskosten liegen bei 270 bis 280 S, damit würde das Defizit noch etwas hinuntergehen. Die gesamte Belegschaft verlangt, daß die Karten offen auf den Tisch gelegt werden. Sie reden immer von Defizit, aber Zahlen zeigen sie uns nicht.

Dann begann man mit der Sicherheit zu operieren. Es handelt sich um einen Bergbau in 1200 m

Tiefe, den tiefsten Kohlenbergbau in Europa, wo wir sehr hohe Temperaturen haben. Wenn man die Kohle losbricht, hat sie eine Temperatur von 42 Grad. Diese Temperatur kann man mit günstiger Bewetterung hinunterdrücken auf durchschnittlich 30 Grad. Es wird in 6stündigen Schichten gearbeitet, weil die Berggesetze vorschreiben, daß man bei über 30 Grad nur mehr 6 Stunden in der Grube bleiben darf. Diese Dinge unterstehen einer anderen Behörde, der Oberbergbehörde. Wenn die Sicherheit in Fohnsdorf nicht mehr gegeben wäre, so hätte längst die Bergbehörde einschreiten müssen.

In Fohnsdorf haben wir überhaupt den jüngsten Bergdirektor Österreichs und Akademikerstab, der den Betrieb leitet, und, es sind grubenerfahrene Bergleute dort, denn anders wäre es nicht möglich, in dieser staub- und metangefährlichen Grube den Betrieb mit solcher Sicherheit aufrecht zu erhalten. Unfälle haben wir nicht mehr als anderswo. Der Jahresdurchschnitt an tödlichen Unfällen beträgt 1,6, in England 1,2. Der Durchschnitt ist bei uns deshalb höher, weil darin enthalten sind das Jahr 1940 mit 8 Toten, das Jahr 1943 mit 104 Toten auf einen Schlag und 1957 mit 7 Toten. Diese Zahlen erhöhen unseren Durchschnitt. Als Bergleute sind wir die Gefahren gewohnt und auf solche Schicksalsschläge gefaßt. Aber überlegen Sie zum Vergleich, daß es von unserer Belegschaft in den letzten 3 Jahren 4 bis 5 Tote auf der Straße gab. Es ist nicht einzusehen, warum die Grube aus Sicherheitsgründen gesperrt werden müßte. Das ist eine glatte Ausrede! Oder denken Sie einmal an das Fliegen! Wenn da eine Maschine herunterstürzt, sind oft 40 bis 70 Tote oder noch mehr. Aber trotzdem gibt niemand die Fliegerei auf.

Da kam man auf etwas anderes und sagte, unsere Qualität wäre zu schlecht. Die Qualität wurde in der Nachkriegszeit wie vieles andere nicht kritisiert, weil man da froh war, daß man überhaupt etwas bekommen hat. Heute führt man Bananen und Orangen aus dem Ausland ein und vergißt dabei auf unseren heimischen Apfel und so geht es eben auch bei der Kohle. Es kommen Erdöl, Erdgas und Strom aus der Tschechei — also mit Kohle erzeugter Strom — und unsere Kohle bleibt liegen. Bedauerlicherweise sind unsere Wirtschaftstreibenden im Nehmen von den Oststaaten nicht zimperlich. Wenn es nur billiger kommt und mehr Profit herauschaut, da ist es dann ganz egal, ob das von den Kommunisten kommt oder nicht. (LR. W e g a r t: „Die Bundesbahn nimmt auch sehr viel!“) Wir haben auch mit Minister Waldbrunner gesprochen und ihn gefragt, wieso Hausbrandkohle für die Bundesbahn oder Braunkohlen-Briketts hereinkommen. Da hieß es, „kommen Sie mit zum Handelsminister“. Der sagte uns: „Schauen Sie, das ist ein Kompensationsgeschäft, wenn wir das nicht nehmen, dann nehmen eben die etwas anderes nicht von uns ab. Ich kann auch nicht über meinen eigenen Schatten springen!“

Auch preislich haben die Gruben viel auszuhalten. Obwohl viele neue Belastungen dazukamen, ist der Kohlenpreis seit Jahren unverändert geblieben. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie teuer z. B. das Grubenholz ist, weil die Papierindustrie heute alles

Holz aufkauft. Früher war sie wählerisch, aber heute kauft sie alles auf. Das belastet den Grubenausbau natürlich sehr, der ja fast ausschließlich in Holz erstellt ist. Wenn ich alle diese Mehrkosten berücksichtige, die erhöhten Stromkosten, die erhöhte Vermögenssteuer, so belasten diese Posten unseren Betrieb mit rund 1,1 Millionen Schilling. Der Grubenausbau verbraucht in einem Jahr 11,650.000 S, weil die Materialpreise so gestiegen sind, ohne daß beim Kohlenpreis etwas gemacht werden konnte, denn Kohle ist ja nicht mehr gefragt. Überprüfungen sind jedenfalls notwendig, wo Kohle noch tragbar ist, um diese Energieträger-Reserve nicht ganz zu verlieren. Frau Abg. Egger hat gestern erklärt — ich habe das mitgeschrieben —, daß neue Energieträger gesucht werden müßten, weil die herkömmlichen schon erschöpft sind.

Präsident: Ich mache Sie aufmerksam, wir nähern uns der 30-Minuten-Grenze.

Abg. **Vinzenz Lackner** (fortfahrend): Tut mir leid, aber ich bin noch nicht fertig. Vor kurzem hat in Rom die Bergarbeiter-Internationale getagt. Da wurde festgestellt, daß andere Staaten bereits davon abrücken, Erdgas weiterhin zur Verfügung zu stellen, um es edleren Zwecken zuzuführen und daß dort Kohle bereits wieder sehr gefragt ist. In kurzer Zeit werden diese Krisen überwunden sein und es wird dazukommen, daß der Kohlenbergbau wieder gefragt wird. Ich kann leider nicht weiter ausholen.

Es wäre noch viel zu bedenken. Unter anderem wäre zu reden über die Preise am Stromsektor. Man sagt, die Kohle ist unrentabel, man verdient zu wenig bei ihr, aber man könnte schon kalorische Werke einsetzen, es kommt dann für die Kilowattstunde beim Strompreis ein entsprechender Schnitt heraus. Aber leider ist ja zwischen Österreich und anderen Ländern, wie z. B. Frankreich, England oder Deutschland, ein großer Unterschied. Dort ist alles in ein paar großen Gesellschaften vereinigt, die in der Montan-Union zusammengeschlossen sind, während wir in Österreich über 30 verschiedene Gesellschaften haben, Landesgesellschaften, Gemeindebetriebe und die Verbundgesellschaft und alle diese Gesellschaften wirtschaften auf eigene Faust drauflos und darin liegt der Schwerpunkt unserer österreichischen Kohlenkrise. (LH. K r a i n e r: „Ist nicht die Ursache!“)

Ich bitte auch noch folgendes zu bedenken: Wir müssen jährlich 700.000 Tonnen Braunkohle und Braunkohlen-Briketts einführen aus verschiedenen Ländern. Würde der Kohlenbergbau bei uns ganz zum Erliegen kommen, müßten weitere 600.000 Tonnen Kohle eingeführt werden. Fohnsdorf ist daher nicht nur eine steirische, sondern eine gesamtösterreichische Angelegenheit und ich möchte daher im Namen der Bergarbeiter den Appell an das Hohe Haus und an die Regierung richten, weiterhin so wie in letzter Zeit — denn das tat man ja in letzter Zeit — den österreichischen Kohlenbergbau zu unterstützen und bei den entsprechenden Stellen vorstellig zu werden und darauf zu verweisen, daß es notwendig ist, diese natürliche Energiereserve zu erhalten, für die Zukunft und auch für unsere Generation. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Zagler**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte gleich im voraus dem Abg. Gottfried Brandl auf seine Zwischenrufe antworten. Die Kohlenkrise ist bei uns praktisch eine Staubkohlenkrise. Denn Grobkohle gibt es derzeit praktisch überhaupt nicht auf Lager und das wird auch in Zukunft so sein. Wenn man heute eine Kohlengrube einstellt, die etwa 3000—4500 Tonnen Jahresförderung hat und dann hört, daß immer noch Braunkohle importiert werden muß, das ist dann Braunkohle für den Hausbrand und für die Industrie. Aber die Feinkohle ist es, die nicht angebracht wird und in immer größerer Menge gelagert werden muß. Ich möchte darauf hinweisen, daß in Österreich rund 2 Millionen Tonnen Feinkohle auf der Halde liegen, davon ein großer Teil bei uns in der Steiermark.

Es liegen bei uns in der Weststeiermark allein an Feinkohle rund 1,5 Millionen Tonnen auf Lager. Dies nur zur Antwort an Abgeordneten Brandl wegen Bruck: Man kann eine Bahnhofbeheizung nicht mit Staubkohle betreiben, es sei denn, es würde die Heizung mit großem Aufwand durchgeführt.

Wenn ich mich zur Gruppe 7, zur Förderung der Industrie, gemeldet habe, dann deshalb, weil zur Förderung der Industrie wohl 425.000 S vorgesehen sind, aber praktisch nicht hervorgeht, daß für die Aufrechterhaltung des steirischen Kohlenbergbaues wieder kein Schilling freigestellt ist. Die Bergarbeiter haben bereits vor 3 Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß der österreichische Kohlenbergbau von seiten des Bundes und Landes einer Stützung bedarf. Es wurden Resolutionen gefaßt und Anträge eingebracht und an Land und Bund weitergeleitet, die bisher aber alle praktisch erfolglos blieben.

Als sich im Sommer 1961 die Situation auf der Basis Feinkohle zugespitzt hat, so daß man bereits von weiteren Stilllegungen von Bergbauen gesprochen hat und die Vertrauensmänner des Kohlenbergbaues, die Fohnsdorfer an der Spitze, sich aktiv zur Wehr setzten, da haben sich wenigstens ein Beamten- und ein Ministerkomitee gebildet, um zu beraten, was mit dem Kohlenbergbau geschehen soll. Leider ist es noch nicht gelungen, zu einem brauchbaren Beschluß zu kommen, wie man auf der Basis der Feinkohle tatsächlich dem Kohlenbergbau helfen könnte. Wohl kam man zur Ansicht, daß man den Bergbau in Österreich für die nationale Sicherheit aufrechterhalten muß. Man sprach in diesen Komitees von verschiedenen Jahresförderungen und es wurde von einem Miniser ausgesprochen, daß die Kohlenförderung auf 3 Millionen jährlich zu reduzieren wäre. Da wir jetzt noch 5,7 Millionen Jahrestonnen fördern, müßte man im österreichischen Bergbau noch weitere Einschränkungen um 40 % durchführen, was andererseits wiederum bedeuten würde, daß der Belegschaftsstand des Bergbaues um 40 % reduziert werden müßte.

Der Bergarbeiter hat dies wahrlich wegen seiner Treue zum österreichischen Vaterland nicht verdient. Es waren 1945 die Bergarbeiter diejenigen, die der österreichischen Wirtschaft in der schweren Zeit des Aufbaues geholfen haben, als sie durch die Beschaffung der Grundenergie in 1. Linie dazu beigetragen haben, die Wirtschaft Österreichs wieder in Schwung zu bringen. Die Bergarbeiterschaft Österreichs hat durch ihre Treue zum Vaterland, da sie

in der ersten Zeit den Grundstock geliefert hat, der Wirtschaft in den Jahren 1945 und 1956 einen Gewinn von 5,7 Milliarden Schilling gebracht. Da jetzt andere, bequemere und modernere Energieträger, wie Gas, Strom und Öl, anscheinend ihren Siegeszug auch in Österreich angetreten haben, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß die Kohle im derzeitigen Wirtschaftsleben, wenn nicht früher oder später eine Pleite unserer Wirtschaft erfolgen soll, wie alle festen Energieträger auch weiterhin unentbehrlich ist. Dies sieht man zwar jetzt bei allen verantwortlichen Stellen ein, nur hat sich niemand gefunden, der dem österreichischen Kohlenbergbau, obwohl er, wie ich bereits erwähnt habe, rund sechs Milliarden Schilling Gewinn eingebracht hat, jetzt finanziell unter die Arme greift.

Wie eingangs erwähnt, wurden bei verschiedenen Anlässen, so auch bei Barbarafeiern, Resolutionen von verantwortlichen Personen eingebracht; nur hat sich bis heute niemand gefunden, der diesen Aufwand bezahlt. Ich erinnere nochmals, daß die Aufrechterhaltung des österreichischen Kohlenbergbaues als nationale Sicherheit eine unbedingte Notwendigkeit ist. Auch wir in der Steiermark können dem Beispiel des Landeshauptmannes Dr. Gleißner von Oberösterreich Folge leisten, der durch die Abnahme der geförderten Kohle durch die EKW eine Unterstützung zugesagt hat mit einem Preis von 268 S/t Kohlen.

Ferner werden seit 1. August 1961 zwei Drittel der Umsatzsteuer zinselos auf unbestimmte Zeit gestundet. Dies könnte auch hier vom Land aus für den Kohlenbergbau gemacht werden.

Weiters noch eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann, ob im Raum Leibnitz tatsächlich das Gaswerk der STEWEAG errichtet wird. (Landeshauptmann Krainer: „Die Verbundgesellschaft hat entschieden Einspruch erhoben.“) Wenn dieses Werk entstehen würde, würde Bergla 240.000 Jahrestonnen liefern können. Dies wäre die sicherste und beste Grenzlandhilfe für dieses Gebiet. Würde die weitere Ausbaustufe im Köflacher Revier verwirklicht, wodurch um rund 360.000 Jahrestonnen mehr gefördert werden könnten, was bereits durch die Alpine garantiert wurde, so wäre dies die tatsächliche Hilfe für unser weststeirisches Kohlenrevier. Mit allen Versprechungen, Anträgen und Resolutionen, die bisher gemacht wurden, ist uns als Bergarbeitern nicht gedient, wenn nicht sofort Taten gesetzt werden. Wenn nicht irgendeine Hilfe, sei es durch Bund oder Land, dem Kohlenbergbau zuteil wird, so bahnt sich im weststeirischen Kohlenrevier bis zum Frühjahr eine Krise an, deren Folgen bis zur Stunde nicht absehbar sind. Es würde tatsächlich zu einem Notstandsgebiet werden. Glück auf! (Sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Leitner**: Meine Damen und Herren! Abgeordnete beider Regierungsparteien haben im Juli d. J. einen gemeinsamen Antrag im Landtag eingebracht, der sich mit der Beseitigung der Schwierigkeiten im steirischen Kohlenbergbau beschäftigte. Fast 5 Monate sind seither vergangen und dieser Antrag wurde weder im Landtag noch im zuständigen Ausschuß behandelt. Es könnte so ausschauen,

daß dieser gemeinsame Antrag sich überholt hat, daß die Krise im Kohlenbergbau auf Grund von Beschlüssen des Ministerrates und des zuständigen Komitees nicht mehr besteht, daß die Situation sich im Bergbau zum Besseren gewendet hat.

Gibt es vielleicht keine Schwierigkeiten mehr im steirischen Kohlenbergbau? Wir haben heute schon wiederholt gehört, daß Schwierigkeiten nach wie vor bestehen und daß äußerst wenig getan wurde, um dem Kohlenbergbau zu helfen. Haben Bund und Land das Kohlenproblem gelöst und die gefährdeten Arbeitsplätze der Bergarbeiter gesichert? Ich möchte auf einige Äußerungen eingehen, die erst in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Budgetdebatte im Bund gemacht wurden. Dort wurde festgestellt, auch von steirischen Abgeordneten, daß die „Absicht“ besteht, die Kohlenförderung, die 1961 rund 5,8 Millionen Tonnen beträgt, auf 4,5 Millionen Tonnen bis zum Jahre 1965 zu senken. Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann sprach von der Notwendigkeit der „Gründung“ neuer Betriebe und gab damit zu verstehen, daß die Gefahr der Schließung bzw. der starken Einschränkung des Bergbaues Fohnsdorf, aber auch anderer Bergbaue, wie z. B. Pöfingbrunn, weiter besteht. Die Weiterführung Fohnsdorfs wurde von Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann nur bis zur Erstellung eines gesamtösterreichischen Energieplanes zugesichert.

Angesichts der bedrohlichen Situation für viele tausende Bergarbeiter, des Ausbleibens wirklicher Maßnahmen zur Beseitigung der Kohlenkrise und der Tatsache, daß in Steiermark 70 % der Braunkohle gefördert werden, müßte der Landtag konkrete Beschlüsse fassen und die Landesregierung auffordern, diese auch durchzuführen. Er müßte von der Bundesregierung fordern, daß das oftmalige Versprechen, das viele Regierungsfunktionäre sowohl von der ÖVP als auch von der SPÖ den Bergarbeitern gegeben haben, ihren Arbeitsplatz ein für allemal zu sichern, auch gehalten werde. Ein solcher Beschluß müßte verlangen: Erstens die unbedingte Einhaltung der mit den Kohlenbergbauen abgeschlossenen langfristigen Lieferverträge auf Feinkohle. Das wurde schon von den Abgeordneten Lackner und Zagler angeführt. Zweitens die Übernahme von 350.000 Tonnen Feinkohle aus Fohnsdorf durch das neu erstellte und vor der Fertigstellung stehende kalorische Kraftwerk in Zeltweg. Drittens die Verhinderung des weiteren Absinkens der Förderung im Braunkohlenbergbau, die derzeit 5,8 Mill. Tonnen beträgt. Der Herr Abg. Lackner hat schon darauf hingewiesen, daß einer der Hauptgründe der „Zusperrer“ ist, daß sie die „Unrentabilität“ verschiedener Bergbaue in Frage stellen. Diese Unrentabilität wird zum Teil künstlich herbeigeführt. Eine Grube wie Fohnsdorf z. B., die 600.000 Tonnen jährlich produzieren könnte, hat bei einer Förderung von nur 400.000 Tonnen dieselben Regien. Es würden daher durch ein weiteres Absinken der Förderung die Regiekosten noch steigen, was die Bergbaue erst recht „unrentabel“ machen würde. Viertens: Der wachsende Bedarf an Spitzen- und Winterstrom aus kalorischen Kraftwerken darf nicht, wie es heute geschieht, vornehmlich aus Heizöl und Erdgas erreicht werden, sondern durch verstärkte Verfeuerung heimischer Feinbraunkohle.

Ich möchte noch einmal hinweisen, daß Fachleute, wie Herr Dr. Kölliker von der Verbundgesellschaft, vor einiger Zeit nachgewiesen haben, daß, wenn bei uns in Österreich statt Erdgas und Heizöl die entsprechende Menge Feinkohle verheizt würde, es in Österreich keine Kohlenhalden gäbe und keine Notwendigkeit der Einschränkung der Produktion. Im Gegenteil, es müßte dann die Produktion in den Bergbauen noch ausgeweitet werden. Und nun kommt die wichtige Frage, wie schaut dann der Strompreis aus? Hier weisen Fachleute nach, daß bei Verwendung von Braunkohle statt Erdgas sich die Kosten des Stromes — allerdings des gesamten in Österreich erzeugten Stromes — nur um 1 Groschen pro kW verteuern würden. Wer kann bestreiten, daß die verschiedenen Elektrizitätsgesellschaften, auch die STEWEAG, sehr wohl imstande wären, diesen 1 Groschen ohne Erhöhung der Strompreise zu tragen. Fünftens: Durch einen entsprechenden Beschluß des Landtages müßte die Steiermärkische Landesregierung und ihre Landesgesellschaft aufgefordert werden, im eigenen Bereich entsprechende Maßnahmen zu treffen. So den raschen und planmäßigen Bau des in Graz geplanten Fernheizkraftwerkes, an dem schon gearbeitet wird. Damit würde gesichert, daß 150.000 Tonnen Feinkohle aus Pöfing und Bergla abgenommen werden. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß Herr Landeshauptmann Krainer hier im Steiermärkischen Landtag zugesagt hat, daß die Kohle für dieses Fernheizkraftwerk aus Pöfing bezogen wird. Damit wären Pöfing und Bergla gesichert. Sechstens: Müßte der Landtag verlangen, daß der Ausbau der zweiten Stufe des Kraftwerkes Pernegg nicht nur auf Heizölbasis erfolgt, sondern auch die Möglichkeit berücksichtigt, daß die zweite Stufe auch mit Braunkohle beheizt werden kann. Damit könnten weitere 200.000 Tonnen Braunkohle aus dem Köflacher Revier abgesetzt werden. Bekanntlich wurde als Begründung für den Bau der ersten Stufe dieses Kraftwerkes auf Heizölbasis angeführt — und der Herr Landeshauptmann Krainer hat das auch schon hier gesagt —, daß damals die Alpine nicht bereit war, einen langfristigen Kohlenliefervertrag mit der STEWEAG abzuschließen. Heute ist das anders. Der Ausbau der zweiten Stufe nur auf Heizölbasis, wie dies geschieht, nimmt vielen hunderten Bergarbeitern den Arbeitsplatz weg. Dafür trägt einzig und allein die Steiermärkische Landesregierung und im besonderen der Herr Landeshauptmann die volle Verantwortung.

Es ist nicht zufällig, daß trotz aller Minister- und Beamtenkomitees, trotz vieler richtiger Vorschläge noch immer kein Energieplan, in dem der Arbeitsplatz der Bergarbeiter gesichert ist, von der Bundesregierung beschlossen wurde. Genauso wenig ist es zufällig, daß der steirische Landtag sich bis heute noch nicht durchringen konnte, solche Beschlüsse zu fassen, die entscheidend mithelfen könnten, die Kohlenkrise in Steiermark zu beseitigen. Was sind die Ursachen dafür?

Eine der wichtigsten Ursachen liegt zweifellos darin, daß das österreichische Großkapital auf den Abschluß oder die Assoziation an die EWG hinstrebt und dabei im Landtag von dem einflussrei-

chen Reformflügel in der ÖVP unterstützt wird. Ein solcher „Anschluß“ bedeutet unter anderem auch die Auslieferung des österreichischen Bergbaues an die auf diesem Gebiet übermächtige Konkurrenz der westdeutschen und französischen „Superkartelle“. Diesen gegenüber hätte unser Bergbau keine Chancen, erfolgreich zu bestehen, da beim Anschluß an die EWG die verschiedenen, jetzt bestehenden Schutzbestimmungen, wie es Zölle und Einfuhrkontingente sind, wegfallen würden. Außenminister Kreisky, der bis vor kurzem noch gegen den Anschluß bzw. Assoziierung Österreichs mit der EWG auftrat, verlangt nun, die österreichische Wirtschaft müsse sich rechtzeitig den härteren Konkurrenzbedingungen, die im EWG-Raum vorherrschen, anpassen, um sich für das „Europaklima abzuhärten“.

Das erste Opfer dieser „Abhärtung“ sind die Bergarbeiter. Wie wollen die SP-Mandatare insbesondere dieses „Abhärtungs“-Rezept mit ihrer Grundsatzklärung vereinbaren, nach der angeblich im Mittelpunkt ihrer Politik „der Mensch zu stehen hat?“

Auch hier ist das Schlagwort vom „Menschen“ nur der Vorwand für eine unmenschliche Politik, die keine Rücksicht auf den Bergarbeiter als Menschen nimmt, sondern in ihm nur den Arbeitssklaven sieht, der schuften kann, so lange er Profit bringt, und wie eine ausgepreßte Zitrone weggeworfen wird, wenn die „Rentabilität“ seiner Verwendung, der heilige Profit des Kapitals, gefährdet ist.

Abg. Dr. Assmann: Hoher Landtag! Über das Kohlenproblem wurde in diesem Hause meistens von den gleichen Rednern gesprochen. Im heurigen Jahre hat sich der Genosse Leitner hinzugesellt. Und wie es nicht anders sein kann, hat er dieses Thema hier in sehr demagogischer Art und Weise behandelt. Daß wir weniger Kohle in Österreich brauchen, daran schuld ist das Großkapital, daran schuld ist die EWG. Vielleicht hat Abgeordneter Leitner schon davon gehört, daß nicht nur in Österreich, sondern auch in allen übrigen Ländern der Welt, dazu gehört auch die Sowjetunion, andere Energieträger auf den Plan getreten sind. (Abg. Leitner: „In der Sowjetunion steigt die Kohlenproduktion an!“) Diese Energieträger werden dort, wo sie wirtschaftlich sind, klugerweise ausgenützt.

Wir haben in diesem Hause seitens unserer Fraktion das Problem des Kohlenbergbaues immer sehr ernst behandelt. Wir sind uns vollkommen darüber im klaren, daß wir jenen Menschen, die seit dem Jahre 1945 wesentlich dazu beigetragen haben, den Wiederaufbau durchzuführen, nämlich unseren Bergknappen, auch jetzt in der schweren Zeit Hilfe ange-deihen lassen müssen. Das geht aber nach meiner Meinung nicht in der Form, daß man versucht, in einer Zeit, in der wir sehr bald einer großen Konkurrenz gegenüberstehen werden, daß wir in dieser Zeit versuchen, dieses Problem durch Subventionen zu regeln. Es war sehr interessant, vom Abgeordneten Lackner die Zahl zu hören, wieviel der jährliche Abgang in Zeltweg ausmacht. Ich habe mir darüber Gedanken gemacht. In 10 Jahren macht das rund 400 Millionen Schilling aus. Das ist ein recht

schöner Betrag. Mit 400 Millionen Schilling ist es möglich, Investitionen zu tätigen für eine Beschäftigtenzahl von ca. 1500 Personen. Ich glaube, man muß das Problem von der Seite aus betrachten, wie weit in der nächsten Zeit der Kohlenbedarf rückläufig sein wird. Man sollte sich in diesem Zusammenhang nach meiner Meinung nicht nur auf die österreichischen Fachleute verlassen, man sollte auch Fachleute aus allen Ländern der Welt, aus Industrieländern, in denen dasselbe Problem akut ist, einladen, um festzustellen, wie groß voraussichtlich der Rückgang sein wird. Man wird feststellen können, wie und in welcher Höhe unsere Kohlenproduktion in den nächsten Jahren zu liegen hat, unter der Voraussetzung, daß der Erdölmehrverbrauch steigt, der Erdgasverbrauch steigt und hier, Herr Abgeordneter Leitner, da muß ich Sie verbessern, das Erdgas brauchen wir in der Schwerindustrie notwendig. Wenn man dann feststellt, daß man eine Förderung benötigt, dann ist es sehr leicht auszurechnen, wie viele Arbeiter im Kohlenbergbau keine Beschäftigung mehr finden. Eine weitere Rechnung ergibt dann, wie die jährlichen Verluste unter Umständen aussehen, wenn man das Geld für eine andere Sache investiert, zum Beispiel, um den freierwerdenden Knappen in ihrer Heimat einen neuen Arbeitsplatz zu beschaffen. Aber darüber soll sich ein Betrieb, wie die Alpine, eben selbst den Kopf zerbrechen.

Man sollte in diesen Belangen nicht immer nur Befürchtungen hegen und einmal dieses und einmal jenes planen, man sollte ein wirtschaftliches Problem frei von politischen Ressentiments überlegen und überrechnen und dann nüchtern ausschachten zum Wohle aller Beteiligten. Das ist keine Spitze gegen den Chef der verstaatlichten Industrie, es ist nun einmal sein Pech, daß er dieses Amt inne hat. Ich möchte ja nicht an seiner Stelle sein. Aber die Alpine speziell soll sich einmal mit diesem Problem beschäftigen. Man kann ja ausrechnen, wieviel ein Arbeitsplatz kostet und dann könnte man dieses Problem im gegenseitigen Einvernehmen und zur vollkommenen Zufriedenheit aller lösen. Es wäre noch zu beachten, wieweit man unter Umständen über den voraussichtlichen jährlichen Bedarf an Kohle hinaus unbedingt auch noch eine gewisse Reserve dieses Energieträgers schaffen will. Wenn ich, von Experten beraten, als Staat bereit bin, eine so und so große Menge zu reservieren, dann muß ich von seiten des Staates auch bereit sein, darüber hinaus einen gewissen Betrag für einen solchen Fall zur Verfügung zu stellen. Meine Damen und Herren! Das Bereitstellen eines Betrages würde eine aktive Konjunkturpolitik bedeuten, staatsbudgetmäßig gesehen. Sie wissen doch ganz genau, wenn wir heute in der Lage wären, mit unserem Bundesbudget eine aktive Konjunkturpolitik zu betreiben, dann blieben nur mehr 10% des Budgets zur freien Verfügung für Straßenbau und andere Belange übrig. Wenn ich mir die Wünsche, die heute geäußert wurden, und zwar gerade von Ihnen, Herr Abg. Leitner, betrachte, so würden wir überhaupt keinen Betrag mehr zur Verfügung haben, um an eine aktive Konjunkturpolitik denken zu können. In dem Fall müßten wir wahrscheinlich hier in der Steiermark und genauso im Bund das doppelte Bud-

get haben und würden auch nicht auslangen. Ich möchte sagen und Ihnen, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion es warm ans Herz legen, es kann möglicherweise der Fall mit der Kohle kein Einzelfall bleiben. Wir werden vielleicht da und dort noch andere Schwierigkeiten haben und werden dann als Staat nur dann die Möglichkeit haben, eine konjunkturpolitische Aufgabe zu erfüllen, wenn dieser Posten, der heute noch 10% beträgt, etwas größer und nicht so, wie die Tendenz gezeigt hat, immer kleiner wird, wie in den letzten Jahren.

Ich möchte noch auf etwas verweisen, was hier zur Sprache gekommen ist, nämlich auf die Schwierigkeiten in der Stahlindustrie oder den Preisverfall bei der Papierindustrie. Ich wünsche natürlich, daß diese Anzeichen nicht auch da und dort in anderen Branchen sichtbar werden mögen. Wenn wir uns einerseits mit dem großen Wirtschaftsblock assoziieren wollen, dann müssen wir uns klar sein, daß uns dies neben vielen Vorteilen auch ziemlich starke Nachteile bringen wird. Im großen und ganzen wird der Vorteil überwiegen, aber wir werden gerade dort, wo gewisse Schwierigkeiten auftreten, von seiten des Staates gewisse Hilfsmaßnahmen ergreifen müssen. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren — und das gilt für beide Sozialpartner — sagen, daß wir immer Disziplin zu halten haben und nicht kleiner politischer Vorteile wegen dem anderen Partner die eine oder andere Forderung auf den Tisch legen sollen. Wenn die wirtschaftspolitischen Probleme in sachlicher Art behandelt werden, dann können wir damit rechnen, daß wir auch weiterhin in der Lage sein werden, auftretende Schwierigkeiten zu überwinden, genauso wie es in der Kohlenfrage der Fall ist, wenn beide Seiten ehrlichen und guten Willens sind. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es sind noch sieben Redner vorge­merkt. Auf Grund der Geschäftsordnung hätte jeder Redner, der schon einmal gesprochen hat, noch einmal 30 Minuten zur Verfügung. Da die Verhandlungen zu sehr ausgedehnt würden, möchte ich um Schluß der Debatte bitten. Die 7 vorgemerkten Redner sollen noch sprechen, aber dann wäre Schluß zu machen. Wenn das Hohe Haus mit diesem Vorschlag einverstanden ist, daß wir die Rednerliste mit den bisher angemeldeten Rednern abschließen, dann bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Danke. Ich stelle fest, mein Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Zinkanelli: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit wieder auf die Probleme der Landwirtschaft zurückzulenken. Zu diesen Problemen ist es notwendig, grundsätzliche Feststellungen zu treffen.

Aus den Vorberatungen zum Budget ist es bekannt, daß die Sozialisten und an ihrer Spitze der Herr Landesfinanzreferent und Landesparteiobmann Dr. Schachner-Blazizek mit sehr großem Verständnis und großer Bereitschaft auf die Wünsche und Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft eingegangen sind. Diese positive Haltung möge Ihnen

beweisen, daß die Sozialisten sehr wohl für die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe eintreten, damit diese in die Lage versetzt werden, den immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf zu bestehen. Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern beruht auf nüchternen Betrachtungen. Weder die russische Kolchose noch die amerikanischen Milch- und Getreidefabriken entsprechen dem Bild, das wir uns von einer modernen und fortschrittlichen Landbewirtschaftung machen. Diese Arten der Bewirtschaftung entsprechen uns in mehrfacher Hinsicht nicht. Erstens im Hinblick auf die Landbevölkerung und deren freies Leben auf eigener Scholle und auf eigenem Hof, wovon spezielle österreichische Lebensformen nicht weggedacht werden können, zweitens im Hinblick auf die Bewahrung der Gesundheit und Fruchtbarkeit unseres Bodens und drittens im Hinblick darauf, daß der Erholungsraum für die Menschen aus den Städten und Industriegebieten gerade draußen auf dem Lande gesucht werden muß. Wir sind überzeugt, daß man sich auf großen Farmen oder Kolchosen nicht erholen kann, sondern daß man diese Entspannung viel eher auf einem österreichischen Bauernhof oder in einem österreichischen Bauerndorf finden wird.

Sie sehen also, daß unser Prinzip der Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe sehr eindeutig begründet ist. Das „Ja“ zur Erhaltung der Familienbetriebe kann jedoch nicht genügen, es geht auch darum, das „Wie“ dieser Erhaltung zu eruieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die schon viel besprochene Frage der Agrarstrukturverbesserung hinweisen. Wir Sozialisten sind nicht der Meinung, daß eine gewaltsame oder schematische Agrarstrukturverbesserung zielführend sei. Was wir brauchen ist, daß auf das Land hinaus, wo noch sehr viele Betriebe existieren, die aus dem landwirtschaftlichen Boden heraus kaum ausreichend leben können, daß dorthin Arbeitsplätze in entsprechender Menge und damit Verdienstmöglichkeiten kommen. Es ist unhaltbar und wir hätten einige sehr drastische Beispiele dafür, daß ein Kleinlandwirt mit 5 Joch Grund versucht, eine sechsköpfige Familie aus eigenem Boden heraus zu ernähren. Wenn man die natürliche Entwicklung fördert, indem man Arbeitsplätze auf das Land hinaus vermittelt, so führt das dazu, daß der zur Arbeitnehmergruppe übergewechselte Kleinbauer bereit ist, jenen Teil seines Grund und Bodens abzugeben, den seine Frau und er neben seiner Lohnarbeit nicht mehr entsprechend bewirtschaften können. Ein anderer Landwirt, der keinen Arbeitsplatz hat, könnte dann Grund von diesen Nebenerwerbsbetrieben dazukaufen.

Natürlich denken wir auch daran, daß für diese Grundzukaufe nicht nur der freiwerdende Grund jener Arbeiter, die zuviel haben, um ihn leicht nebenbei bewirtschaften zu können, herangezogen werden soll, sondern selbstverständlich auch Grund von örtlich vorhandenen Großbetrieben.

Mit einer verbesserten Betriebsgroßstruktur ist es noch nicht getan, es müssen auch Maßnahmen getroffen werden, die den kleinen und mittleren Betrieben echte Hilfe bringen.

Der Grüne Plan 1962 beklagt mit sehr bewegten Worten die Schwierigkeiten der Landwirtschaft, ins-

besondere der Klein- und Mittelbetriebe im Hinblick auf die Technisierung. Gestatten Sie mir, daß ich den betreffenden Absatz kurz vortrage:

„Der schon seit Jahren wirkende Sog der expandierenden Industrie auf die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hat ein früher nie gekanntes Ausmaß der Abkehr von der Landarbeit zur Folge. Die abwandernden landwirtschaftlichen Fremd- und Familienarbeiter müssen durch eine verstärkte Technisierung der landwirtschaftlichen Arbeitsprozesse ersetzt werden. Die Maschine ist aber in der Landwirtschaft im Gegensatz zu ihrer Verwendung in Gewerbe und Industrie in der Regel nicht kontinuierlich, sondern meistens nur saisonal oder oft nur wenige Wochen oder Tage ausgenutzt. Daraus ergeben sich — im Vergleich zu anderen Erwerbszweigen — unverhältnismäßig höhere Investitionsbelastungen und zwangsläufig auch eine ungleich niedrigere Verzinsung des in der Landwirtschaft veranlagten Maschinenkapitals. Dennoch ist die Anwendung der Maschinen das einzige Mittel, um den Folgen der Landflucht zu begegnen und die notwendigen Arbeiten überhaupt zu ermöglichen.“

Darf ich darauf aufmerksam machen, daß die Sozialisten vor allem in diesem Hause schon vor Jahren auf die Schwierigkeiten, die sich mit der Technisierung der Landwirtschaft ergeben, hingewiesen und auch einen Ausweg aufgezeigt haben, der sehr wohl gute Ergebnisse gezeitigt hat und der richtig gewesen ist. Ich meine die kommunalen Maschinenhöfe, die auf Initiative und Betreiben der Sozialisten in diesem Hause in der Steiermark zustande gekommen sind. (Zwischenruf bei ÖVP: „Ach, jetzt sind wir dort!“) Ich wundere mich, daß, obwohl man weiß, wie sehr die Mechanisierung die Landwirtschaft belastet, man trotzdem von der Seite der ÖVP diesen unseren Vorschlägen noch immer nicht ausreichend nahetritt, weil man sonst im heurigen Budget der Post für kommunale Maschinenhöfe einen höheren Betrag zugebilligt hätte. (Zwischenruf: „Mit Bedarfszuweisungen!“) Das ist wunderbar, wir werden unsere Gemeinden darauf aufmerksam machen. Die Post selbst wäre noch zu erhöhen, vor allem, wenn man daran denkt, daß, obwohl schon viele Traktoren laufen, immer noch von fünf Bauern vier keinen Traktor haben und immer noch mit dem Kuhgespann auf die entlegenen Felder fahren oder den Nachbarn ersuchen und dafür bezahlen oder auf irgendeine Art abarbeiten müssen. Es wäre sehr wichtig, zumindest im Hinblick auf das Budget 1963, doch noch mehr Verständnis für diese Art der gemeinschaftlichen Maschinenhilfe zu zeigen. Ich möchte anregen, daß sich ein Komitee von fünf oder sechs Abgeordneten dieses Hauses mit dem Problem der Technisierung in der Landwirtschaft in der Steiermark besonders befaßt und eine Art Studienkommission bildet, die die Technisierung in der Steiermark sowie die Ergebnisse und Auswirkungen der Maschinenhöfe überprüft und Vorschläge für zweckvolle gemeinschaftliche Mechanisierung ausarbeitet. Ich bin überzeugt, daß, wenn diese Kommission zusammenarbeitet, man beim nächsten Budget wahrscheinlich eine höhere Dotierung bei der Post „kommunale Maschinenhöfe“ haben wird. Wenn ich das sage, so deswegen, weil ich weiß, daß auch von der ÖVP-Seite draußen auf

dem Lande solche Maschinenhöfe positiv beurteilt werden.

Es wird Sie nicht wenig interessieren, wenn man von Fürstenfeld hört, daß ein Angestellter der Gemeinde erklärt hat — der Kollege Edlinger hat sich dafür interessiert —, daß von allen Gemeindeeinrichtungen der Stadt Fürstenfeld nur der Gemeindemaschinenhof aktiv ist. Der Kammerobmann von Weiz hat anscheinend die Absicht, in seinem Kammerbereich eine Maschinenbank zu errichten, um auf gemeinschaftlicher Basis einen Maschineneinsatz zuwege zu bringen. Es würde billiger und zweckdienlicher sein, den in 41 sozialistischen Gemeinden bewährten Weg der kommunalen Maschinenhöfe zu beschreiten.

Ich kann nicht alle diese Hilfen der Technisierung aufzeigen und möchte nur noch darauf kurz zu sprechen kommen, daß ich glaube, daß die landwirtschaftliche Berufsausbildung — das Gesetz ist noch nicht in Kraft getreten —, auch wie sie jetzt läuft, leider nicht sehr klappt, denn sonst müßten von den 14.000 zu erwartenden Schülern, wenn das Pflichtschulgesetz in Kraft tritt, heuer etwas mehr als nur ungefähr 4000, genau genommen 3868, erfaßt worden sein.

Hier, glaube ich, daß es außerordentlich notwendig ist, noch wesentlich mehr darauf einzuwirken, daß junge Menschen diese Ausbildungsmöglichkeiten auch benützen. Es wird in entsprechenden Schriften, unter anderem auch in den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ sehr nachdrücklich auf diese Ausbildung hingewiesen und es heißt dort, daß es keine Hofübernahme ohne Fachschulausbildung geben soll. Das ist ein Wunsch, den auch ich habe. Dort, wo es nur geht, sollen die jungen Menschen animiert werden, diese landwirtschaftlichen Berufsschulen zu besuchen.

Ein Problem, das uns sehr am Herzen liegt, ist die Frage des sozialen Schutzes der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen. Wir sind glücklich, daß es uns nach langjährigem Drängen gelungen ist, die Bauernrente Wirklichkeit werden zu lassen. Wir freuen uns auch dann darüber, wenn nach erreichtem Ziel die ersten Rentenbescheide mit einem gewissen propagandistischen Aufwand von seiten des Bauernbundes verteilt wurden. Die Hauptsache ist, daß die Leute eine Rente haben. Das Gesetz hat noch Lücken hinsichtlich der Bäuerinnen, die hier nicht gleich behandelt werden wie die Männer. Vor allem ein Punkt ist noch nicht restlos geklärt. Eine geschiedene Frau wird viel schlechter behandelt als z. B. eine Witwe. Eine Bäuerin, die 20 Jahre mit dem Mann gewirtschaftet hat und sodann 13 oder 14 Jahre als geschiedene Frau den Betrieb führte, bekommt mit 60 Jahren nicht die Rente, weil ihr die Zeiten, die sie als geschiedene Frau gearbeitet hat, nicht angerechnet werden. Es ist höchste Zeit, daß auch die Invaliditätsrente, die Erwerbsunfähigkeitsrente kommt, weil es gerade hier krasse und drastische Beispiele von Not gibt. Leute, die 8 bis 9 Jahre gelähmt an das Bett gefesselt sind, können derzeit die Rente nicht bekommen, obwohl sie sie dringend brauchen würden. Ich darf dies als einen langjährigen Wunsch der Sozialisten erwähnen und ich hoffe nur, daß

wir in allernächster Zeit dieses Gesetz bekommen. Ob der Staat dazuzahlt, ist nicht das Problem, sondern das Problem ist, daß die großen Grundbesitzer auch bei der Bauernrente schon zweimal zum Verfassungsgerichtshof gegangen sind, um sich von der Zahlungspflicht zu befreien. Ich fürchte nur, daß sie diesen Weg bei anderen Schutzmaßnahmen unter Umständen ebenfalls beschreiten werden.

Ich hätte noch zwei andere Fragen zu erörtern, bevor meine Redezeit zu Ende ist. Die beiden Fragen sind bereits von Vorrednern berührt worden. Es handelt sich einmal um das heiße Eisen der Preisstützungen, über die es immer wieder Diskussionen gibt. Die Frage ist, ob diese Preisstützungen auf dem agrarischen Sektor Bauernstützungen oder Konsumentenstützungen sind. An sich ist der Streit müßig, weil auch die sozialistische Seite mehrmals erklärt hat, daß sie keineswegs beabsichtigt, den bäuerlichen Betrieben diese Stützungen wegzunehmen. Ich möchte nun nur noch einen Gedanken, der von Herrn Nationalrat Ernst Winkler, Wien, ganz richtig vorgebracht wurde, bringen. In einer Zeit, wo auf gewissen Gebieten eine Überproduktion herrscht, ist es normalerweise so, daß diese überproduzierte Ware, die übermäßig auf dem Markt befindliche Ware, einen Preissturz verursacht. Das ist beim Eisen auch so ähnlich. Hier ist es auch so, daß man bei der Überproduktion mit einem Preisverfall rechnen mußte, aber die Stützungen, die gegeben werden, vermögen den Preis, den der Bauer bekommt, zu halten.

Und nun noch ein Thema, das die Gemüter immer erhitzt; es ist die Frage, ob zuviel Milch produziert wird oder nicht. Wir sind der Meinung, daß in einer Zeit, wo man die Butter im Ausland nur mit Verlust absetzen kann, auf dem Milchsektor zuviel produziert wird; aber die landwirtschaftlichen Funktionäre behaupten, daß nicht zuviel produziert wird. Was wir meinen und was wir wollen, ist eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion. Wenn man die Butter nicht anbringen kann, würde es doch zweckmäßig sein, die Milch, die auf den Markt kommt, dadurch zu reduzieren, daß man — nicht für die Klein- und Mittelbetriebe, aber für die paar Großbetriebe — die Milchstützungen reduziert; mit dem ersparten Geld könnte man manches Gute tun. Man hat sehr interessante Berechnungen angestellt mit den 10 Groschen für Exportstützungen. Wenn man diese ersparen könnte, könnte man den kleinen und mittleren Bauern den Milchpreis um 7 bis 8 Groschen erhöhen. Wenn man dann auf der anderen Seite jener Gruppe, die nur 1,8% aller Milchlieferanten ausmacht, die Milch nicht mehr stützt, nämlich jenen Betrieben, die über 25.000 Liter im Jahr liefern — bei einer Lieferung bis zu 25.000 oder 30.000 Litern sind wir für volle Stützung —, so könnte man den anderen Betrieben, die nur bis zu 25.000 Liter oder 30.000 Liter liefern, die Milch besser als bisher bezahlen.

Präsident: Herr Abgeordneter, ich mache Sie aufmerksam, wir nähern uns der dreißigsten Minute.

Abg. Zinkanell (fortfahrend): Jedenfalls darf ich darauf hinweisen, daß es sich nur um 1,8% der Betriebe handelt, unter denen nicht sehr viele bäuer-

liche Betriebe sein können. Auf diese Weise, wenn man bei einer so kleinen Gruppe etwas bremst, dann werden sich die Großen umstellen auf die Produktion von Futtergetreide usw., und das ist sehr notwendig, weil wir heute noch 500.000 Tonnen Futtergetreide einführen müssen. Damit wäre den Kleinen geholfen und den Großen nicht geschadet.

Es wären noch einige Punkte zu behandeln, aber nachdem die Zeit schon so fortgeschritten ist, hoffe ich, später durch eine paar Zwischenrufe noch einiges anbringen zu können. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich will mich bemühen, die vorgeschriebene Redezeit einzuhalten. Bevor ich auf die legendären Hirschfütterungen zurückkomme, will ich bezüglich der Abschlußpreise darauf hinweisen, daß z. B. in den Staatsforsten der sozialistischen Volksdemokratie für den Abschluß eines Hirsches bis zu 5000 Dollar verlangt werden. Hinsichtlich der Hirschfütterung würde ich Sie doch bitten, mich auf dem Laufenden zu halten.

Leider ist es so, daß man heutzutage nicht nur wirtschaftliche, sondern auch biologische Probleme zu verpolitisieren sucht. Mir fiel bei diesen Ausführungen jene Zeit ein, da die Landwirtschaft um die Auffettung der Milch hart kämpfte. Dabei sind mir die Argumente eingefallen, auch von Ihren Spitzenfunktionären, die gegen diese Milchauffettung vorgebracht wurden, die Leute würden die fette Milch nicht kaufen, weil sie sie nicht vertragen könnten. Aus einem Bericht der Niederösterreichischen Molkereigenossenschaft habe ich festgestellt, daß die Steigerung des Fettgehaltes der Milch vom 1. Jänner 1961 an, allen Erwartungen zum Trotz, zu keinem Rückgang, im Gegenteil, zu einer Steigerung des Milchgeschäftes geführt hat. Der Verkauf der fettreichen Milch in ½-Liter-Flaschen ist um 10% in die Höhe gegangen, bei Kaffeeobers, dessen Fettgehalt von 10 auf 15% erhöht wurde, ist eine Verkaufssteigerung von 18% zu verzeichnen, der Fettgehalt von Schlagobers wurde von 30 auf 36% erhöht, die Absatzsteigerung beträgt hier 7,5%. Man soll sich davor hüten, in wirtschaftliche Probleme politische Korsettstangen einzubeziehen.

Vom Abg. Zinkanell haben wir heute wieder von einem alten Rezept zur Technisierung der Landwirtschaft, von den Maschinenhöfen, gehört. Herr Landeshauptmann Matzner, ich möchte Sie bitten, sich nach Gralla zu begeben. (Abg. Heidinger: „Ich lade Sie nach Neudau ein!“) Schauen Sie sich diesen Maschinenhof an, der sich Ihrer besonderen Unterstützung erfreut hat, lassen Sie sich die Bilanz zeigen, das Defizit beträgt 35.000 S im Vorjahr. Aber wie diese Maschinen aussehen! Sie verschmutzen und verrosten, kein Mensch kümmert sich um sie. Ihre Maschinenhöfe sind ein schon längst überholtes Rezept. Da ist mir das Rezept der Fr. Abg. Egger, wie man Spinat kocht, schon lieber. (Allgemeine Heiterkeit.)

Eines hat mich gefreut, und zwar, daß dem Abg. Zinkanell die Sorge um den kleinen Familienbetrieb nicht ein Lippenbekenntnis ist, sondern am Herzen liegt. Wir haben von einem Ihrer prominenten Abgeordneten, vom Staatssekretär Rösch, hier im Ho-

hen Hause aber andere Dinge gehört. Ich kann mich genau erinnern, daß Herr Abg. Rösch zu diesem Problem sagte: Wir werden uns abfinden müssen, daß wir die Kleinsten und Kleinen auf den Höfen nicht halten werden können auf die Dauer. Doch Sie haben sich bekehrt, Sie sind aus einem Saulus ein Paulus geworden, ich gratuliere. (Abg. Bamber: „Wir haben ja die Großen nicht halten können!“)

Nun, meine Damen und Herren, zum Schluß! Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf ein Problem hinlenken, das uns auch beim Kapitel Landwirtschaft auf der einen Seite wie auf der anderen der Kohlenplan und Energieplan in Zukunft auch für die Viehwirtschaft gewisse Verpflichtungen auferlegt. Wer die Strecke nach Süden fährt, wird sich erinnern, daß man bei jeder Tages- und Nachtzeit den jugoslawischen Kühlwagen begegnet, die Fleisch führen. Was glauben Sie, meine Damen und Herren, wie viele lebende Tiere in einem solchen Zug geschlachtet verfrachtet werden? 50 bis 60 Stück! Diese Verfrachtungsmethode fordert uns direkt dazu auf, die Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, daß in Zukunft der Lebendtransport von Vieh problematisch werden wird und daß wir in Zukunft auch Fleisch exportieren müssen, wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen.

Hier Vorsorge zu treffen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten, ist ein Gebot der Stunde. Es wird notwendig sein, in der Steiermark mit dem Bau von Exportschlachthöfen zu beginnen. Natürlich ist dies Gemeindeangelegenheit, aber sagen Sie mir eine Gemeinde, die die Mittel dazu hat. Das Land und der Bund werden einiges tun müssen.

Der Exportschlachthof ist eine Schlachtstätte, wo nach internationalen veterinärpolizeilichen Bestimmungen das Lebendvieh beschaut, geschlachtet und verarbeitet wird, wenn man es in den Export bringen will. Damit wird eine viel hygienischere und rasche Belieferung des Marktes erreicht. Wir haben in Österreich nur drei derartige Schlachthöfe, Wiener-Neustadt, Weiz und Spittal an der Drau. Das sind Schlachthöfe, die international anerkannt sind und von denen man Fleisch ins Ausland exportieren kann. Es ist meiner Meinung an der Zeit, daß sich hier die Verantwortlichen zusammensetzen und diesbezüglich einen Plan erstellen, der uns vor unangenehmen Überraschungen auf diesem Gebiete bewahrt.

Zum Schluß darf ich noch auf einen Bericht hinweisen, der erstmalig im Lande von der Fachabteilung 13 erstellt wurde. Der Veterinär-Jahresbericht des Jahres 1960, der von dieser Abteilung in einer einmaligen Form, die gesamten Belange der Veterinärpolizei und der Seuchenbekämpfung beleuchtet und für jeden Interessierten eine wahre Fundgrube von Darstellungen ist. Ich stehe nicht an, der Abteilung 13 für diesen erstmalig von ihr herausgegebenen und bereits jetzt schon über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus größte Aufmerksamkeit erregenden Jahresbericht meinen besten Dank zu sagen. Ich glaube, daß ich dabei Ihrer Zustimmung sicher bin. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit glaube ich, meine Redezeit eingehalten zu haben.

Abg. Bert Hofbauer: Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, daß ich einige Worte zum Fremdenverkehr spreche, und ich bitte Sie, mir nicht gleich vom Anfang an politische Absichten zu unterschieben. Ich werde mich bemühen, sachlich zu sprechen.

Angeregt durch die Ausführungen des Herrn Landesrates Wegart und des Abg. Pözl möchte ich doch, was ich ursprünglich nicht wollte, einige Sätze zu Bad Aussee sagen. Wir haben mit Freuden vernommen, daß im Budget 1962 endlich mehr Mittel für den Fremdenverkehr vorhanden sind als bisher. Ich weiß, wenn ich vor einigen Jahren von Bad Aussee gesprochen habe, ist mir gesagt worden, die Marktgemeinde Bad Aussee sei keine „Lohngemeinde“. Wir können aber nichts dafür, daß wir in einem der schönsten Gebiete der Steiermark liegen und eine Menge Schulden haben machen müssen. Die Subventionen, die Bad Aussee bekommen hat in den letzten 10 Jahren, haben gerade zum halben Bau des Kurmittelhauses von Bad Aussee ausgereicht. Die zweite Hälfte ist heute noch nicht ausgebaut. Wir schätzten uns sehr glücklich, als am 29. Juli sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Matzner und der Herr Landesrat Sebastian an Ort und Stelle überzeugen konnten, daß der untere Trakt zum Teil fertig ist, während der 1. Stock noch ausgebaut werden muß. Ich habe mir erlaubt, im Finanzausschuß den Herrn Landesrat Wegart zu ersuchen, er möge sich auch in Bad Aussee einfinden und uns wirklich helfen. Das ist das erste Problem. Ich bin froh, daß für uns heuer auch etwas abfällt.

Ich komme nun zum zweiten Problem und das sind unsere Seeufer und überhaupt unsere steirischen Seen. Es ist bekannt, daß wohl die steirischen Salzkammergutseen einen Seeschutz haben, aber ein anderer Teil noch ungeschützt ist. Wir lesen in den Zeitungen oft, daß dieser oder jener ein Seeufer kauft oder verbauen will. Wir haben es im Finanzausschuß erleben müssen, daß der Herr Landesrat Koren von einem solchen See, der verkauft werden sollte, gesprochen hat. Ich kann nichts dafür, daß dieser See auch in unserer Umgebung ist. Ich darf sagen, daß man in diesem See von Ende Mai bis September baden kann und daß es schwierig sein wird, diesen See zu schützen. Aber nicht nur die Bevölkerung unseres Kreises, auch die Fremden würden es nicht verstehen, daß ein See einem einzigen Menschen gehören soll. Sehr verehrte Damen und Herren, schon im vergangenen Jahr haben wir uns mit dem Leopoldsteinersee befassen müssen, der auch fast in fremde Hände übergegangen wäre. Das gleiche kann man vom Putterersee sagen. Es waren da große Schwierigkeiten, aber man hat es noch abwenden können. Ich glaube, daß der Steiermärkische Landtag und der verkehr- und volkswirtschaftliche Ausschuß sich damit befassen müssen. Es ist auch bekannt, daß allen Regierungsmitgliedern ein Schreiben der Arbeiterkammer zugegangen ist, in dem die Regierungsmitglieder ersucht werden, in Anbetracht des verkürzten Wochenendes dafür Sorge zu tragen, daß in einer Zeit, wo die Menschen erholungsbedürftiger sind als je, diesen Belangen nähergetreten wird. Das ist allen Regierungsmitgliedern zugegangen. Wenn man sich die Gesetzgebung in den Bundesländern Salzburg,

Tirol und Vorarlberg anschaut, so sieht man, daß zum Teil dort Uferschutz- oder Seeschutzgebiete schon längst durch Verordnungen oder Gesetze geregelt sind.

Meine Bitte geht nun dahin, daß man sich dort einer echten Mühe unterzieht, unsere schönen steirischen Seen der Bevölkerung auch zu erhalten. Ich glaube, wenn wir uns dieser Mühe unterziehen, dann werden uns nicht nur unsere Generation, sondern auch noch weitere Generationen unendlich dankbar sein, daß wir uns zur rechten Zeit damit befaßt haben. (Lebhafter Beifall.)

3. Präsident **Dr. Stephan:** Hoher Landtag! Wenn ich allen Vorrednern mit einer Ausnahme Glauben schenken darf, so sind wir alle an der Erhaltung eines freien Bauernstandes wirklich interessiert. Alle, die die Freiheit des Bauernstandes erhalten wissen wollen, wissen, daß ohne freien Bauernstand weder das Volk noch das Land auf die Dauer erhalten bleiben können. Jede Politik, ob die des Landes oder des Bundes, hat darauf abgestellt zu sein, bäuerliche Menschen auf freier Scholle zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu bieten, auf diesem Boden zu verbleiben. Die Abwanderung vom Land hat in den letzten Jahren Formen angenommen, daß der Bevölkerungsanteil auf nunmehr kaum 20% an bäuerlicher Bevölkerung zurückgegangen ist. Ich will gar nicht von den Prozentsätzen am Volkseinkommen sprechen, denn hier sieht es noch trauriger aus. Es beträgt nämlich kaum mehr als 12%.

Es ist früher schon einmal darauf hingewiesen worden, daß die Bauern bei den Preisen subventioniert würden. Dazu möchte ich zur Richtigstellung einiges sagen. Wir sind der Auffassung, daß eine Subventionierung der landwirtschaftlichen Preise gar nie stattgefunden hat und daß es von unserem Standpunkt aus Konsumentenstützungen sind. Bei einer natürlichen Preiserstellung würde der Preis wahrscheinlich noch weit höher sein. Es lassen sich bäuerliches Leben und bäuerliches Arbeiten nicht mit dem Maßstab der modernen Zeit errechnen. Es läßt sich der Preis der bäuerlichen Produkte nicht so kalkulieren, wie das bei einem Fabrikanten oder einem Kaufmann üblich ist, und es läßt sich auch der Arbeitslohn eines Bauern nicht so erstellen, wie das bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in der Gewerkschaft und bei den Arbeitgeberverbänden üblich ist. Es wird auch bei einer weit pfleglicheren Behandlung des Bauernstandes immer eine Lücke zwischen Arbeitsleistung und dem Lohn des Bauern bleiben. Kalkulationen hier anzustellen, würden ja wahrscheinlich zu einem argen Hände-über-den-Kopf-Zusammenschlagen bei sämtlichen Konsumenten führen. Ich glaube, wenn man da kaufmännische Gesichtspunkte anwenden würde, käme man zu dem, was schon einmal Nationalrat Wallner hier vorgeschlagen hat, nämlich, daß doch die Arbeiterkammer sich einmal einen mittleren Bauernhof kaufen soll, die Handelskammer soll dort die Geschäfte führen und die Gewerkschaft die Arbeitskräfte stellen und was die daraus errechnen, das sollte von der Bauernkammer akzeptiert werden.

Was aber in dem Zusammenhang noch zu bedenken ist außer der Preiserstellung, wäre folgendes:

Ich habe mir erlaubt, schon im vorigen Jahr immer wieder darauf hinzuweisen, daß man viel vom Wert des freien Bauern auf freier Scholle, vom biologischen Wert des Bauerntums gesprochen hat, letztlich aber der eigentlichen Lebenserhalterin, der Bäuerin, so wenig Sorgfalt angedeihen läßt. Wir müssen feststellen, daß in allen übrigen Bevölkerungsschichten der Schutz der Frau und insbesondere der Mutter und des Kindes erfreulich große Fortschritte gemacht hat. Mit der Abwanderung der Bevölkerung vom Land kommt gerade der Bauer in immer größere Schwierigkeiten und es wird allzuwenig getan, um hier zu helfen. Es sind hier Versuche gemacht und Taten gesetzt worden, die anerkennungswert sind. Die Caritas hat Helferinnen geschickt, die der Bäuerin beistehen. Das ist zu wenig. Ich suche in unserem Voranschlag eine Post, die ausgiebig dafür Sorge tragen würde, der Bäuerin in der Zeit, wo sie im Wochenbett liegt, vorher und nachher, die nötige Hilfe angedeihen läßt. Alle, die das Land und Bauerntum kennen, wissen, was eine Bäuerin zu leisten hat. Auch die produktive Leistung der Bauernschaft mag in Zeiten, wie man sie jetzt hat, wo man mit billiger Schiffsfracht Getreide aus überseeischen Ländern bringen kann, nicht so ausschlaggebend erscheinen. Wir haben zweimal in unserem Leben Zeiten mitgemacht, wo wir auf die eigene Scholle allein angewiesen waren. Wenn man heute die Bauern zwingen würde, ihre landwirtschaftlichen Flächen mit Holz zu bestocken, also aufzuforsten, dann würden wir schwer darunter zu leiden haben, daß die Ackerflächen fehlen. Man würde aber, wenn man nicht früher oder später bereit ist, produktive Vorschläge zu machen, die Leue dahin bringen.

Wir haben vor zwei und drei Jahren Vorschläge gemacht, wie man im einzelnen die Hilfe gestalten könnte. Ich will nicht alles, was wir vorgeschlagen haben, anführen und nur wiederholen, daß es möglich sein müßte, wie in anderen Ländern, die Grundnahrungsmittel von der Umsatzsteuer zu befreien. Es ist dies nicht Landessache, ich weiß es. Es muß aber angeregt und an die entsprechende Stelle weitergeleitet werden. Es müßte auch möglich sein, bei einer geschlossenen Übergabe des Hofes die Gebühren zu streichen. Es ist Sache des Finanzministers, ein steuerfreies Treibstoffkontingent für die Landwirtschaft sicherzustellen, damit dann das für den Ackerboden benötigte Dieselöl für Traktoren steuerfrei und damit billiger bezogen werden könnte. Das wären kleine Vorschläge, die ja nur eine Wiederholung unserer schon gemachten Vorschläge bedeuten und die ich hiemit noch einmal kurz vorgebracht haben möchte.

Im übrigen haben wir als Fraktion auch schon früher die Wünsche nach einer Novellierung des Bauernkammerwahlgesetzes geäußert. Sie alle wissen, daß unsere Fraktion bei den letzten Bauernkammerwahlen fast 10.000 Bauernstimmen erhalten hat und trotzdem wegen der Aufteilung in 7 Wahlkreise keinen einzigen Vertreter in der Landwirtschaftskammer erreicht hat. In den übrigen Bundesländern besteht je ein Wahlkreis. In Oberösterreich, Salzburg und Kärnten ist je ein Wahlkreis, nur wir haben ausgerechnet 7 und dieser Einteilung haben

wir es zu verdanken, daß dieser undemokratische Zustand dazu geführt hat, daß 9000 Bauern einer Fraktion ihre Stimme gegeben haben, die in der Landwirtschaftskammer nicht einmal vertreten ist. Es wäre wünschenswert, eine 5%-Klausel einzuführen, auf Grund der die Fraktionen, die über 5% der Stimmen erhalten haben, unter allen Umständen in der Landwirtschaftskammer vertreten zu sein haben.

Ich darf nun ganz kurz noch auf Dinge zu sprechen kommen, insbesondere, was die Schältschäden, die Jagd, den Wald und das Wild betrifft. Es ist nicht leicht, in unserer Zeit, bei der materialistischen Einstellung der Menschen von heute, über Dinge, wie Natur, Wild, Wald und Bauerntum, zu sprechen. Dies läßt sich nämlich nicht mit den gewöhnlichen Maßstäben messen, sondern es ist eine Angelegenheit der Seele, des Gefühls und der Empfindung. Abgeordneter Lafer hat als Bezirkskammerobmann die Erstellung des Abschlußplanes erläutert. Die Zahlen mußten nach oben korrigiert werden. Ich habe die Interessen der Bauern im Auge. Wir haben noch nie zuviel oder zuwenig Wild gehabt. Auch mir sind in der vorigen Woche in der Steiermark Klagen über Wildschäden zugekommen. Ich darf wiederholen, was heute schon gesagt wurde: Bei völliger Ausschöpfung der Möglichkeiten des Jagdgesetzes muß der Bauer zu den Entschädigungen für die Schältschäden kommen und wenn dort oder da die Bezirkskommission, die da zuständig ist, oder die Bezirksforstinspektion, die da zuständig ist, etwas befangen ist, so gibt es eine 2. Instanz, die dem Bauern zu seinem Recht verhelfen wird. Mir ist diese Hilfe zugesagt worden. Es ist nicht leicht, den richtigen Weg zu finden. Es sind nicht immer die Großwaldbesitzer allein. Ich kenne in ebensoviele Fällen Pächter, wie die Alpine, die Böhler-AG., die Gemeindejagden aufpachten und dort für ihre Geschäftsfreunde, Generaldirektoren, aber auch deren Stellvertreter ohne besondere Beziehung auf das politische Couleur, auf einen Hirsch einladen — ob mit Schokolade oder anders gefüttert —, der ein entsprechendes Geweih zu tragen verpflichtet ist, weil dort ein Generaldirektor steht.

Was die Geschichte mit der Schokoladefütterung anbelangt, möchte ich dazu folgendes sagen. Gehen Sie einmal nach Schönbrunn und schauen Sie, was Hunderte von Tieren, die dort gehalten und gefüttert werden, von einfachen Stadtbewohnern alles kriegen. Schauen Sie einmal, was ein Affe dort kriegt, wenn er bettelt oder wieviel Zucker ein Elefant hinunterzubringen in der Lage ist. Man müßte auch nicht gerade nach Schönbrunn gehen. Überlegen Sie einmal, wieviel tausende Hunde und Katzen — die nicht gerade zum Mäusefangen verwendet werden — es gibt und wieviele hunderte Kilo Fleisch und wieviel hunderte Liter Milch die fressen und saufen. (Abg. Dr. K a n n: „Sehr richtig, wie gut ginge es da einem Bären in Eggenberg!“) Es gibt auch in Graz arme Kinder, die keine Milch haben und trotzdem gibt es in Graz eine große Anzahl von Hunden und Katzen. So kann man das also nicht machen. Außerdem soll es sich hier um Abfälle aus einer Fabrik handeln, bei denen auch Schokolade dabei sein soll. Ob das

einem Hirsch gut tut, ist eine andere Frage. Ob Hirsche in der Volksdemokratie auch Schokolade kriegen, das weiß ich nicht, aber gut verkauft werden sie dort bestimmt auch.

Es wird Ihnen nicht gelingen, bei einer natürlichen Entwicklung und bei der heutigen allgemeinen Lage unsere Bauern und Jäger gegeneinander aufzubringen. Das hat also gar keinen Sinn. Jäger und Bauer vertragen sich in den meisten Gebieten sehr gut und sind häufig überhaupt identisch. Wer glaubt, hier irgendeinem Großwald- oder Großgrundbesitzer etwas auswischen zu sollen, muß nicht gerade von Schokolade reden, hier geht es um eine Menge sozialpolitischer Betrachtungen, die viel brennender sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gruber: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 10 Jahren verfolge ich aufmerksam hier im Hohen Haus die Budgetdebatte und stelle dabei immer wieder fest, daß sich wie ein roter Faden mehr oder weniger versteckte gehässige Angriffe gegen die verstaatlichte Industrie Österreichs durch diese Debatten ziehen. Mir als Funktionär ziemt es daher auch einmal, eine sachliche Darstellung der Verhältnisse zu geben. Ich schicke voraus, daß ich damit nicht beabsichtige, irgendeinen anderen Zweig unserer Wirtschaft hintanzusetzen und daß es mir ausschließlich darauf ankommt, die Leistungen der verstaatlichten Industrie Österreichs und insbesondere die der steririschen Betriebe herauszuheben.

Als im Jahre 1946 die Verstaatlichung im Nationalrat beschlossen wurde, sagte der Berichterstatter des Ausschusses im Nationalrat folgendes: „Die Übereignung der privaten Unternehmungen an den Staat findet ihre sachliche Begründung darin, daß diese Wirtschaftszweige vielfach einer sehr tiefgreifenden Reorganisation und umfassenden Planung unterzogen werden müssen, um ihre aus der Vergangenheit bekannte Krisenempfindlichkeit zu überwinden. Diese Aufgabe ist aber nur durch eine Reihe von Maßnahmen zu bewältigen, die im Rahmen der Privatwirtschaft undurchführbar sind. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist der erste bedeutende Schritt zur Schaffung einer gesunden und krisenfreien Wirtschaft, die allein auch die Vollbeschäftigung gewährleistet.“ Das war einer der maßgebenden Gründe und dazu kamen noch die Verhältnisse, wie sie 1945 lagen. Die Betriebe waren schwer bombenbeschädigt und zum Großteil auch von den Russen demontiert. Diese Unternehmungen hatten in den letzten 15 Jahren keinen leichten Weg zurückzulegen. Was 1945 noch vorhanden war, habe ich schon gesagt. Buchstäblich mit den Händen allein mußten die Arbeiter und Angestellten die Maschinen aus dem Schutt ausgraben oder das, was von ihnen noch übrig war, und mit diesen zusammengekratzten Einrichtungen langsam versuchen, eine Produktion in Gang zu bringen. Daß die Produktion einigermaßen in Fluß kam und wieder aufgebaut und investiert werden konnte, war nur möglich durch die Förderung mit ERP-Mitteln.

Inzwischen war das Jahr 1951 da. Hier galt es erstmalig, diese verstaatlichten Unternehmen gegen die Rollkommandos aus den USIA-Betrieben zu verteidigen, die sie zum Streik zwingen wollten und

Sabotageakte provozierten, um ein Erlahmen der Produktion herbeizuführen. Die Arbeiter und Angestellten haben sich dagegengestellt und dafür des öfteren Anerkennung in der Öffentlichkeit erfahren.

Im Jahre 1955 wurde diesen Betrieben eine weitere schwere Last auferlegt. In dieser Zeit, als der Staatsvertrag abgeschlossen wurde, kam jener Teil, der bisher unter der Verwaltung der USIA stand, wieder an die Republik Österreich zurück und wurde den ursprünglichen Konzernen und Unternehmensverbänden eingegliedert. Diese Betriebe hatten 10 Jahre hindurch keine Investitionsmittel bekommen und ihre Produktion war ausschließlich auf den Bedarf des Ostblockes ausgerichtet. Es war eine außerordentlich schwierige Aufgabe, mit den verhältnismäßig primitiven Einrichtungen die Produktion umzustellen, um eine westliche Käuferschicht zu gewinnen. Denn sie hatten in den 10 Jahren von 1945 bis 1955 den Anschluß an die westeuropäische Entwicklung nahezu vollkommen verloren. Dazu kam noch, daß immer wieder eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen anfiel, wie z. B. Wahlen, die immer wieder eine Umstellung mit sich brachten, die auch nicht immer gerade fördernd für die verstaatlichte Industrie waren. Zuerst unterstand sie dem Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, später war es das Ministerium unter Herrn Minister Waldbrunner, dann nach dem Jahre 1956 wurde die IBV gegründet und nach dem Jahre 1959 kam die Eingliederung in das Bundeskanzleramt unter der Führung der Sektion 4, in welcher die Zusammenfassung aller dieser Betriebe erfolgte.

Die Betriebe der Nationalindustrie in der Steiermark sind zum überwiegenden Teil in der Obersteiermark. Sie haben eine mannigfaltige Produktion und beschäftigen über 40.000 Arbeiter und Angestellte. Wenn man diese Ziffer ins Verhältnis setzt zu den Gesamtbeschäftigtenzahlen der steirischen Industrie, die bei 110.000 liegt, sieht man, daß ein starker Anteil der gesamten Arbeiterschaft in den verstaatlichten Betrieben beschäftigt ist. Neben Kohle und Stahl gibt es auch die weiterverarbeitende Industrie, „Simmering-Graz-Pauker“, die Waggon und Diesellokzüge herstellt, des weiteren einen sehr bedeutenden Zweig der Elektroindustrie mit der Elin in Weiz in unserem Land Steiermark. Die Betriebe sind oft der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Der Rechnungshof überprüft sie und gibt das Ergebnis der Öffentlichkeit, die ein Anrecht hat zu erfahren, was in diesen Betrieben geschieht. Diese Betriebe haben gerade in der Steiermark eine ganz gewaltige Leistung vollbracht.

Ich schreibe es dem gestrigen Krampustag zu, daß es dem Abgeordneten Krempel gelungen ist, in der Gruppe 3, Kultur, zum Terror in den verstaatlichten Betrieben hinüber zu wechseln. (Abg. Pölzl: „Wollen Sie sagen, daß Terror mit der Kultur nichts zu tun hat?“) Herr Abgeordneter Pölzl, das ist gestern noch in Anbetracht des Krampustages möglich gewesen, heute wollen wir sachlich bleiben. Von einem solchen Terror kann man nicht sprechen. Das ist eine ganz unsinnige und falsche Behauptung. Ich habe Verständnis, daß der ungünstige Ausgang der Betriebsratswahlen in den verstaatlichten Betrieben, in denen in überwiegender Zahl sozialisti-

sche Vertrauensmänner gewählt wurden, Ihnen nicht ganz recht ist. (Abg. Pölzl: „Die Leute haben gar nicht frei reden dürfen.“) Das ist eine Tatsache und darüber kommen wir einfach nicht hinweg. Bei den Böhlerwerken in Kapfenberg haben die Kollegen des ÖAAB 100 Unterschriften gesammelt, um eine Kandidatenliste einzubringen, bei der Wahl haben sie nur 98 Stimmen erreicht. (Abg. Kraus: „Da waren halt 2 nicht da!“) Es tritt eine Diskrepanz auf. (Abg. Dr. Pittermann: „Es haben so oft sozialistische Gemeinderäte bei geheimer Abstimmung mit uns gestimmt.“) Ein ähnliches Beispiel kann ich Ihnen sagen: Bei der Elin in Weiz, wo 30 Unterschriften gesammelt wurden, wurden nur 21 Stimmen abgegeben. Ich kann Ihnen Gründe dafür sagen: Die Unterschriften haben die Meister und Betriebsleiter gesammelt, die Stimmen haben die Arbeiter abgegeben.

Darüber hinaus wollte ich noch einiges sagen, und zwar ganz offen. Alle Funktionäre der ÖVP, die in der verstaatlichten Industrie tätig sind, befinden sich in einem Schonwildgatter, kein Mensch darf sie angreifen, alles wird sofort als Betriebsterror ausgelegt. Ich würde bitten, zu den Tatsachen zurückzukehren und nicht immer demagogische Ausführungen zu machen. Ich kann gerade Abgeordneten Krempel empfehlen, bei diesen Dingen etwas vorsichtiger zu sein. Sie haben in diesem Zusammenhang Herrn Direktor Brandstätter eine Stellungnahme gegeben. Ich brauche es Ihnen nicht sagen, daß diese Stellungnahme mit den Feststellungen, die im Ausschuß getroffen wurden, in keinem Zusammenhang steht. (Abg. DDr. Stepantschitsch: „Lesen Sie diese Stellungnahme vor!“)

Lassen Sie mich zu objektiven Zahlen kommen, die für die verstaatlichte Industrie ein beredtes Zeugnis sprechen. Für das Jahr 1960 ist von Vizekanzler Dr. Pittermann ein Bericht der verstaatlichten Industrie der Öffentlichkeit übergeben worden, den Mitgliedern der Bundesregierung, den Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesrat, aber auch den Landesregierungen und einem weiten Kreis von interessierten Personen. Wenn man aus diesem Bericht einige Ziffern herausgreift, erkennt man die gigantische Leistung, die vollbracht wurde. Wenn die Exportleistung in diesem Bericht für 1960 mit 28,2 Milliarden Schilling festgesetzt wurde, so sind das 28% der Gesamtausfuhr der österreichischen Industrieerzeugnisse. So erkennt man, welche Leistung hinter diesen Zahlen steckt. Weiters ist in diesem Bericht zu lesen, daß 23 Milliarden Schilling der Brutto-Produktionswert für 1960 beträgt und ist dies eine Steigerung gegenüber 1959 von 13,8%. Wir haben hier eine klare Feststellung durch diese Ziffern über die gewaltigen Aufbauleistungen. Ich habe mir die Mühe gemacht, für die Unternehmungen Alpine, Böhler, Vöst, Elin, Simmering-Graz-Pauker die Leistung der steirischen Betriebe herauszukristallisieren. Eine Übersicht zeigt folgendes: Die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1945 hat betragen in der Alpine, bei Böhler, Schöller-Bleckmann, Vöst, Elin, Simmering-Graz-Pauker 13.140, dieselben Unternehmungen beschäftigen heute 40.717 Arbeiter und Angestellte. Die

Lohn- und Gehaltssumme, die im Jahre 1960 in diesen steirischen Betrieben ausbezahlt wurde, beträgt 1.376.000.000 S. Diese Ziffer habe ich so ermittelt, indem ich die Lohnsumme, die konzernmäßig in den Geschäftsberichten ausgeworfen ist, durch die Gesamtbeschäftigtenzahl der Unternehmungen dividiert und die sich daraus ergebende Kopfquote mit der Anzahl der Beschäftigten der steirischen Betriebe multipliziert habe. Das Verfahren ist zwar mangelhaft, aber die Größenordnung, die sich daraus errechnen läßt, stimmt ziemlich. Diese Ziffern kann man auch interessehalber ins Verhältnis zu ordentlichen Ausgaben und Einnahmen im Landesvoranschlag 1960, 1.255.000.000 S, setzen. Die Investitionsmittel der Betriebe betragen von 1946 bis 1961 18 Milliarden Schilling, davon entfallen auf die steirischen Betriebe über 5,6 Milliarden. Es ist interessant, zu wissen, daß von diesen 18 Milliarden Schilling nur 3% Bundeszuschuß, 17% aus ERP-Mitteln, also 80% aus eigenen Mitteln aufgebracht wurden. Gerade diese Ziffern sind interessant, weil sie oft für die Sicherheit der Vollbeschäftigung im täglich schärfer werdenden Konkurrenzkampf eine unbedingte Notwendigkeit sind.

Aber auch im Wohnungsbau haben die verstaatlichten Betriebe, soweit ihnen die Mittel zur Verfügung standen, in der Steiermark einiges geleistet. Diese Betriebe haben von 1946 bis 1961 5540 Wohnungen errichtet.

In diesem Zusammenhang darf ich ein wenig zur Frage der Fremdarbeiter sprechen. Das ist auch ein Kapitel, das immer wieder auftaucht und eine zwingende Notwendigkeit ist. In der Zeitung „Die Industrie“, die bestimmt nicht als sozialistisches Organ bezeichnet werden kann, ist am 24. November 1961 eine interessante Abhandlung zu lesen über das Thema „Italien hat keine Arbeitsreserven mehr.“ Als der italienische Arbeitsminister in der Schweiz war, hat er verschiedene Bedingungen gestellt über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in der Schweiz. Darüber hinaus weiß ich auch aus eigener Erfahrung, die ich heuer im Herbst bei einer Studienreise durch die Schweiz sammeln konnte, daß das Problem Fremdarbeiter nicht so einfach gelöst werden kann. Es sind da vor allem Sprachschwierigkeiten, weiters das Problem der Unterbringung und noch viele andere Probleme, die damit zusammenhängen. In der Schweiz z. B. muß, wie man hört, für jeden Fremdarbeiter eine Wohnung zur Verfügung gestellt werden. Wenn man das bei uns bei unserem Wohnungsmangel auch durchführen wollte, dann ist es klar, daß das kaum möglich ist.

Ich habe versucht, die Steuerleistung der Böhlerbetriebe für 1960 durch Kopfquoten zu ermitteln. Diese Ziffer beläuft sich auf rund 200 Millionen Schilling und ist wirklich ein beachtlicher Betrag. Die Steuerleistung aller verstaatlichten Betriebe von Österreich hat bisher die Grenze von 13 Milliarden Schilling erreicht. Wir sehen also, daß auf diesem Gebiet in der verstaatlichten Industrie Ordnung herrscht und die Steuerleistungen ordnungsgemäß erbracht werden.

Eine oft diskutierte Frage ist die, wie ist es mit den Generaldirektionen? Könnten wir die nicht in der Steiermark haben? Der Herr Landeshauptmann

Krainer hat schon öfter darüber gesprochen, ob denn das sein muß, daß jeder Bleistift in Wien gekauft wird. Ich glaube daher, daß auch auf diesem Gebiet etwas gemacht werden könnte. Wenn man sich die Ziffern anschaut, daß von 32.000 Beschäftigten der Alpine allein 26.000 in der Steiermark arbeiten, so könnte ich mir vorstellen, daß z. B. die Alpine-Generaldirektion, die im nächsten Jahr ein großes Verwaltungsgebäude in Wien errichten will, dieses in Graz errichten könnte, weil ja ein großer Teil der Beschäftigten in der Steiermark ist und die Direktion in Wien sachlich gar nicht begründet ist, außer man sagt, es sei immer so gewesen und könne daher nicht geändert werden. Bei einem besseren Zusammenwirken aller Stellen in der Steiermark wäre das aber durchaus möglich. Die VOEST ist in Linz verblieben, da haben eben Herr Landeshauptmann Gleißner und andere verschiedene Vertreter der Parteien ihren Einfluß dahingehend geltend gemacht. (LHSt. Dipl. Ing. U. d. i. e. r.: „Weil die VOEST immer in Linz und die Alpine immer in Wien war. Sagen Sie das doch ganz ehrlich!“) (LR. P. r. i. s. c. h.: „Sie betreiben halt schon wieder Augenauswischerei!“) Wenn der Herr Landeshauptmann Krainer sagt, die Generaldirektion soll in Graz sein, dann klatschen Sie alle Beifall, aber wenn ein Sozialist das sagt, dann ist gleich ein Geschrei. Bevor ich die Frage der Leistungen weiter behandle, muß ich noch etwas sagen.

Im Bericht steht unter anderem, daß nach vorsichtigen Berechnungen verschiedener Betriebe der Privatindustrie und der Gewerbebetriebe die Subventionen, die durch den Verzicht auf höheren Gewinn in der Nationalindustrie entstanden sind, bei der Kohle 5,2 Milliarden, bei den Siemens-Walzwerken 1 Milliarde, bei den Stickstoff- und Düngewerken 130 Millionen Schilling betragen. Darüber hinaus hat die verstaatlichte Industrie noch einen bedeutenden Beitrag an den den Gemeinwesen auferlegten Verpflichtungen geleistet, als seitens der OMV ein großer Teil der Ablöselieferungen übernommen wurde. Das ist eine objektive Feststellung, die allen Diskussionen in der Öffentlichkeit standhalten kann.

Präsident: Die Zeit drängt, Herr Abgeordneter!

Abg. Gruber (fortfahrend): Ich nehme eine Zeitung in die Hand, in der der Alpine-Generaldirektor Oberegger am 18. Juli festgestellt hat, daß die Alpine kraft ihrer Leistung Subventionen an die Unternehmungen der weiterverarbeitenden Industrie leistet und sie dadurch fördert. Aber auch Herr Direktor Walch hat in einer Feststellung diese Situation unterstrichen. Nicht zuletzt möchte ich hinweisen auf die Rede des Herrn Bundeskanzlers, die er im Jahre 1958 vor dem Aufsichtsrat der Böhlerwerke gehalten hat. Er sagte damals unter anderem: „Die Schilling-Eröffnungsbilanz Ihres Unternehmens hat überall einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Sie weist Ihre Firma als eines der führenden Unternehmen Österreichs aus durch ihre solide finanzielle Fundierung und bietet ein ausgesprochenes Bild des Wiederaufbaues und namens des österreichischen Staates sowie in meinem eigenen Namen sei Ihrem Unternehmen dafür Dank und

Anerkennung ausgesprochen." Ich möchte das deshalb besonders herausstellen, weil hier immer wieder Gegenteiliges gesagt wird.

Nach 15 Jahren erfolgreichen Bestehens der verstaatlichten Industrie will ich aber im Steiermärkischen Landtag nachholen, was bisher nicht geschehen ist und allen Arbeitern und Angestellten und allen leitenden Funktionären dieser Unternehmungen Dank und Anerkennung für ihre großen Leistungsaussprechen. Sie wurden ohne die vielgerühmte Privatinitiative vollbracht und ihre Produkte werden im besten Sinne des Wortes in alle Teile der Welt exportiert und haben dadurch den Ruf österreichischer Facharbeit weit in die Welt hinausgetragen. (Anhaltender starker Beifall bei SPO.)

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Weil hier die Privatinitiative angegriffen worden ist, möchte ich nur ganz schlicht dazu sagen, daß wir alle zusammen ohne sie nicht leben könnten, auch die verstaatlichte Industrie nicht. (Abg. Gruber: „Ich habe sie nicht angegriffen.“)

Und nun zu den Problemen der steirischen Wirtschaft, die ja heute von vielen Rednern schon besprochen wurden, ein paar Bemerkungen. Unser Generalredner Dr. Stepantschitz hat gesagt, es sei notwendig, daß wir für die Steiermark eine gemeinsame Wirtschaftspolitik machen. Das soll nicht heißen, daß wir einem Kantönligeist folgend nichts anderes sehen als die Steiermark. Wir haben allen Grund und Anlaß, mehr als bisher uns um Dinge und vor allem um die Wirtschaft anzunehmen, wenn es auch nicht in unseren Kompetenzbereich fällt.

Wir glauben, dieser Anlaß ist vor allem auch durch die Tatsache gegeben, daß die Entwicklung in der Kohlenwirtschaft, im Bergbau uns gezeigt hat, daß man allzugerne dem Fortschrittsglauben nachlaufend nicht die notwendige Vorsicht und vor allem auch eine hier absolut notwendige Planung in den vergangenen Jahren nicht beachtet hat. Es ist kein Zweifel, daß man geglaubt hat, die Entwicklung ist nun einmal auf der Basis Öl oder anderen neuen Energieträgern unaufhaltsam, die Kohle gehört zum alten Eisen, sie muß untergehen. Nun haben wir die Krise, die noch lange nicht abgeschlossen ist. Aber wir haben sie nicht nur auf dem Kohlensektor, sondern das hat der Generalredner der SPO, Landesrat Sebastian angedeutet, wir haben auch eine Stahlflaute und meiner Überzeugung nach werden wir in den nächsten Jahren unserer Entwicklung in der Kohlen-, Stahl- und Eisenwirtschaft vor echten Problemen stehen. Ich werde in der allernächsten Zeit in der Steiermärkischen Landesregierung den Antrag stellen, Fachleute zu bestellen — die wir auch entlohnen müssen —, die sich mit diesem ganzen Fragenkomplex, ganz unabhängig, was die Bundesregierung oder die Sektion IV unternehmen, beschäftigen und daß wir von ihnen Gutachten erhalten, wie eine günstige Entwicklung und die Sicherung für Tausende von Arbeitsplätzen ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren und im heurigen Jahr im besonderen eine Hochkonjunktur erlebt, die uns irgendwie blind gemacht hat. Wir waren der Meinung, daß nicht nur

die gegenwärtige Situation selbstverständlich ist, sondern auch die weitere Entwicklung eine steigende sein muß. Dieser Glaube hat zu all den Überhitzungen geführt, vor allem auf dem Preissektor, und zu den Belastungen, mit denen wir zu kämpfen haben. Es wird schon gehen, es muß gehen, es wird weiter gehen, so war die Auffassung von unten bis nach oben. Wir spüren aber nun, daß es nicht selbstverständlich ist, daß auch nicht in der Wirtschaft eine gute Entwicklung selbstverständlich ist. Wir stehen Konkurrenzen in der Welt gegenüber.

Das gilt für den Westen und für den Osten. Wir stehen Konkurrenzen gegenüber, mit denen wir uns zu konfrontieren und auseinandersetzen und auf die wir Rücksicht zu nehmen haben. Es ist der Nachholbedarf weitgehend gedeckt und kluge Leute haben immer davor gewarnt, sich allzusehr, weil die Möglichkeit besteht, auszugeben und abzubauen. Das gilt für die Kohle, für den Erzberg und die Ausweitung der Stahlproduktion im besonderen. Man hat einfach Größenordnungen hier bei uns angenommen, die nicht für Österreich zugeschnitten waren, sondern nur in der Hoffnung, es wird und muß einen weiteren guten Export geben. Es war eine Zeitlang so, daß man praktisch jede Qualität, jeden Nagel und jedes Profil verkaufen konnte. So war es. Man ist jeder Möglichkeit des Exportes nachgelaufen und hat nicht für die Modernisierung investiert, sondern für die Ausweitung der Betriebe. Man hat ausgeweitet, obwohl die Rohstoffe dafür gar nicht vorhanden sind. Bekanntlich arbeitet die VOEST im wesentlichen mit ausländischen Erzen, wobei wir sagen müssen, daß die steirischen und österreichischen Stahlwerke ja Festlandeisenwerke sind. Wir haben keine Wasserkanäle und Wasserstraßen zum Meer wie die westdeutschen Stahlwerke.

Wenn wir bedenken, daß im Osten ebenso wie im Westen an den Wasserstraßen solche Stahlwerke liegen, dann weiß man, daß man mit Konkurrenzen zu rechnen hat im Export, wo man nicht mehr mitkann. Trotz des Wissens um diese Tatsachen hat man einen Hochofen nach dem anderen dazugebaut, bei der Kohlenwirtschaft die Produktionssteigerung angetrieben und die Fördermenge ausgebaut und den Ausbau gefördert. Nun haben wir die Kohlenkrise mit den Absatzschwierigkeiten. Durch die Verringerung des Bedarfs hat dieser Energieträger die ersten Stöße erfahren.

Es hat unsere Resolution und unsere Meinung, die wir hier im Steiermärkischen Landtag immer wieder geäußert haben, keine wirkliche Beachtung gefunden. Wir wurden, so wie man das gerne tut und immer wieder versucht, als etwas kritisch oder als übertrieben pessimistisch bezeichnet.

In den letzten Monaten hat man uns gesagt, ja was wollen Sie denn, wir haben da und dort keine Arbeiter, es wird nach ausländischen Arbeitern gerufen. Spielt ja keine Rolle, wenn wir die eine oder andere Grube zusperren. Es wird die Arbeiterschaft anderswo dringend gebraucht. Es haben maßgebende Herren des Alpine-Konzerns gesagt, wir haben bei unserem Konzern nicht genug Arbeiter, nehmen wir sie aus den defizitären Kohlengruben.

Die Vorsorge, die in der Vergangenheit notwendig gewesen wäre, die in der Gegenwart dringend

geworden ist, diese wird studiert. Es besteht kein Zweifel, daß zur Zeit Bemühungen sichtbar sind, dem Problem an den Leib zu rücken.

Ich habe aus der Debatte entnehmen müssen, daß man für die Koordinierung der Energiequellen eine sehr leichte Ausrede findet. Wir haben zu viele EVUs heißt es, daher funktioniert es nicht, wir haben keinen gemeinsamen Energieplan usw. Meine Damen und Herren, das hat damit überhaupt nichts zu tun. Das hat nur mit dem Regieren zu tun, daß jemand das einmal studiert und dementsprechend eingreift, damit hat das zu tun. Aber das geschieht leider nicht! Ich habe mehrmals vor anderen Landeshauptleuten und auch beim zuständigen Ministerium erklärt, daß wir für jede Koordination zugänglich sind, für die Ausarbeitung eines Energieplanes, was aber nicht heißen soll, daß niemand anderer mehr bauen darf außer der Verbund. Denn das ist eine Anmaßung, noch dazu, wo die Verbundgesellschaft ihr Geld irgendwo im Ausland oder auf dem inländischen Kreditwege beschaffen muß, während unsere Landesgesellschaft, die Steweag und auch die Kärntner das Geld zum Ausbau zur Verfügung haben, ohne den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen zu müssen. Es wird nun mit Hilfe des Bergbaues versucht, auf gesetzlichem Wege einfach alle EVUs unter einen Hut zu bringen bzw. den einzelnen Landesregierungen die Kompetenzen zu nehmen in der Frage des Wasserrechtes usw. und alles einer Zentrale unterzuordnen, denn, so sagt man, nur dann wäre man in der Lage, einen einheitlichen Energieplan aufzustellen. Aber das stimmt ja alles nicht. Wir sind jederzeit imstande, wenn man sich ernstlich mit uns zusammensetzt, und wenn noch so viele Stellen für die Energie zuständig und noch so viel Energieträger vorhanden sind, mit denen verhandelt werden muß, über eine gemeinsame Planung zu sprechen und zu verhandeln.

Ich muß ja sagen, daß die Ansichten über die Lösung der einen oder der anderen Krisenfragen sehr primitiv sind. Es ist nicht wahr, daß es in Österreich keinen Ausweg für diese Krisen gibt, natürlich kostet das Geld, aber wir haben schon oft viel Geld für Dinge in Österreich ausgegeben, die viel weniger wichtig waren, als z. B. die Lösung der Frage der Kohlenkrise. Die Jauntal-Bahn hat z. B. 700 Millionen Schilling gekostet. Sie wurde gebaut, weil man den Kärntner Landsleuten im Jahre 1920 versprochen hatte, es kommt eine Ersatzverbindung nach der Abtrennung von Südkärnten. Seither sind mehr als 40 Jahre vergangen, im Verkehr hat sich viel geändert, heute sind Straßen das Wesentliche. Wir wissen noch, daß der damalige Abgeordnete und Landesrat Gass seinerzeit, als die Gleichenberger Bahn gebaut wurde, gesagt hat, „bauen wir lieber eine Straße!“, weil man sich über die Trasse nicht einigen konnte. Und Sie sehen, er hat recht gehabt. Die Bahn ist heute überflüssig. Trotzdem baute man dort eine Bahn mit ungeheurem Aufwand an Kosten. Ich will nicht sagen, daß es ganz unvernünftig war, man hat damit Arbeit beschafft usw. Aber man kann nicht sagen, daß man für große Planungen nicht das nötige Geld hätte. Wenn man überzeugt ist, daß wir eine Kohlenreserve brauchen, dann müssen alle Mittel, die es gibt, angewendet werden, um den Kohlenbergbau zu erhalten. Und zwar nicht nur den

weststeirischen Kohlenbergbau. Auch die Fohnsdorfer Grube muß in die Planung miteinbezogen werden. Die Vermischung von Kohlengas mit Erdgas muß z. B. technisch gelöst werden und es gibt einen Weg, es gibt eine Lösung dafür. Es ist nur eine Frage des Experimentierens, um dieses Problem zu lösen. Es geht nur darum, daß man sich ernstlich damit befaßt, aber man tut es nicht, weil man immer glaubt, die Sache werde schon noch irgendwie anders überwunden und gelöst werden. Und die Sache ist durchführbar, dafür gibt es keinen Zweifel mehr. Aber man findet es nicht notwendig, an diese Arbeit heranzugehen, weil sie Geld kostet. (Abg. Wurm: „Man braucht doch vornehmlich Stückkohle!“) Das stimmt nicht. Man kann z. B. auch heute schon jeden Ofen so bauen, daß man Staubkohle verheizen kann und man könnte damit die Kohlenkrise beenden. Es gibt schon derartige Feuerungsanlagen. Ich verwende selbst eine solche. Sie ist billig und gut. Man kann also all diese Kohle verbrauchen. Aber es gibt da nur ein Mittel, man muß an diese Fragen ernstlich herangehen. (Abg. Stöffler: „Das ist eine Frage der Forschung und Entwicklung!“) Wenn man die natürliche Kohlenreserve bejaht, gibt es auch die Möglichkeit des Mischpreises für elektrischen Strom. Natürlich muß man dabei Opfer auf sich nehmen. Warum sollen z. B. die Wiener das billigste Gas und den billigsten Strom beziehen? Da muß eben ein Ausgleich geschaffen werden. Wobei man beim Erdgas ja gar nicht weiß, wie lange es anhalten wird. Man rechnet heute mit 15 Jahren, aber es können genauso gut 100 Jahre sein. Man kann heute hinunterbohren und feststellen, wie lange eine Kohlengrube noch auswertbar ist, aber man kann das beim Erdgas nicht tun. Man kann also einen Misch-Strompreis erstellen für Kohle-, Erdgas- und hydraulische Kraft. Natürlich geht das alles nicht von heute auf morgen.

Man sagt z. B., es dürfte die Steweag nicht weiter ihr Ölkraftwerk einsetzen. Hohes Haus, es war die ernste Absicht der Steweag, das Ölkraftwerk überhaupt heuer nicht in Betrieb zu setzen, aber der Bundeslastverteiler hat die Inbetriebnahme befohlen, weil im November in Österreich nicht genug Strom aufzutreiben war, weder kalorisch noch hydraulisch. Deshalb war das Ölkraftwerk oben in Pernegg eine nationale Kraftstromreserve auf Öl-basis. Man kann es aber allmählich dahin bringen, daß man mehr und mehr Strom aus Feinkohle erzeugt. Unsere kalorischen Kraftwerke sind ja allesamt nur mit 2500 Stunden ausgelastet. Und das ist der Grund, warum die Kohlenhalden immer mehr anwachsen. Der Vertrag mit der Alpine wurde aber auf 5000 Stunden abgeschlossen. Man hat vertragsmäßig mehr vereinbart, als man an Kohle dann wirklich brauchte.

In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die Frage der Kohle und die Frage von Eisen und Stahl den konzentrierten Einsatz bester Fachkräfte erfordert und hernach auch die Kraft und Stärke der Regierung, um über alle Interessen hinweg ein solches überlegtes fachmännisches Gutachten auch durchzuführen.

In der Arbeiterzeitung hat man mich freundlicherweise den „unmöglichen Krainer“ genannt. (Abg.

Scheer: „Das fördert die Popularität!“) Landesrat Sebastian hat sich mit mir beschäftigt.

Meine Damen und Herren, ich ärgere mich wirklich oft, aber nicht nur mit unseren Leuten, wirklich nicht allein. Ich kann Ihnen sagen, mir ist es zuwider, wenn ich in Wien sitzen muß und über so entscheidende Fragen, auch über die Kohlenfrage, oder über die Preisentwicklung verhandelt wird und ich nach einer solchen Sitzung ohne Ergebnis wieder nach Hause fahren muß. Sie können sich denken, daß ich mich ärgere, wenn ich umsonst nach Wien gefahren bin, oder mich über sonst etwas ärgere. Es geht uns eben zu gut, wir hätten Grund und Ursache, wenn wir ein Beispiel einer Koalitionsregierung geben wollen, jetzt wirklich, über allen Egoismus des einen oder anderen Ministeriums hinaus, Entscheidungen zu treffen. Entscheiden, nicht verwalten, regieren, nicht verwalten, das gilt für eine Reihe von Problemen. Es kann niemand bestreiten, daß aus der Meinung heraus, wenn nicht entschieden worden ist, Kritiken entstehen, die sich nicht vorteilhaft für die Parteien auswirken, gerade deshalb, weil nicht Entscheidungen getroffen werden, sondern weil immer wieder versucht wird, uns etwas vorzumachen.

Das gilt genauso für Fragen mit dem EWG-Raum. Natürlich ist das kein Honiglecken. Niemand darf sich einbilden, wenn wir mit dem EWG-Raum assoziiert sein werden, daß wir nur hinausliefern, die kommen zu uns herein und warten schon darauf.

Daß es einen harten Existenzkampf geben wird, ist ganz klar und unvermeidbar. Sicher ist eines, wenn wir von diesem Raum ausgeschlossen, vom Block des Ostens in unserem Export sozusagen am Gängelband gehalten werden, das Ergebnis eines solchen Zustandes Not und Elend ist.

Wann ist es günstiger, einen Schritt zu tun, in einer Krise oder zu Zeiten einer Konjunktur? Natürlich zu Zeiten einer Konjunktur, dann kann man das leichter verdauen, kann sich umstellen und außerdem müßte es selbstverständlich verlangsamende Elemente geben, damit sich andere Wirtschaftszweige einspielen können. Aber immer wieder versucht man die Dinge so darzustellen, als wolle jemand etwas Übles und das ist so schlimm für uns.

Ich wäre froh, wenn es so wäre, wie vor 20 und 30 Jahren, wo man stolz sagen konnte, es können uns alle gern haben links und rechts, wie das die Schweiz durch Jahrhunderte hindurch getan hat, die Schweiz, von der wir lernen können. Diese strengt sich an, Tag und Nacht an, um zu erforschen, was ist in dem Raum los und wie können wir uns assoziieren und wie können wir Sonderbestimmungen herausholen, die wir als neutraler Staat brauchen. Wir jedoch werden nicht fertig mit der Entscheidung darüber, welcher Mann nach Paris oder Brüssel fahren soll. Ich sage nicht mehr, aber ich könnte mehr sagen.

Ich komme darauf zurück, was uns Steirer besonders interessiert. Von der Kohle haben wir schon gesprochen, vom Stahl ist es notwendig, noch etwas zu sagen. Was haben wir, wenn wir den europäischen Kontinent betrachten, für Aussichten? In Grobware haben wir wohl kaum gute Aussicht, wohl aber haben wir in verfeinerter Ware im Stahl Aussichten und Möglichkeiten; Aber sind wir so reich,

daß wir uns den Luxus leisten können, daß Böhler forscht, Schöller-Bleckmann forscht und die Alpine forscht, die Gußstahlwerke forschen. Ich nehme an, daß alle forschen.

Sind wir so reich, daß jeder dieser Betriebe, 5 oder 6 sind es an der Zahl, einen eigenen Exportapparat, eigene Vertretungen im Ausland hat? Das gehört alles dem Staat. Kann man hier nicht eine sinnvolle Teilung der Aufgaben und Forschung durchführen und vorbereiten. Was steht dem im Wege? Einige Vorstandsmitglieder? Leben wir für sie, oder leben wir, daß diese Wirtschaft, diese Grundindustrie existieren und sicher auch in der Zukunft existieren kann (Starker Beifall der OVP, Rufe: „Sehr richtig!“)

Warum habe wir nicht den Mut, die Dinge anzugehen; sie sind für uns Steirer von entscheidender Bedeutung. Es hängt davon ab, ob wir in den nächsten Jahren noch die Prosperität haben werden, daß wir die Stahlflaute und die Kohlenkrise überwinden. Man kann auch heute Stahl, Roheisen im Ausland verkaufen, nur sind die Preise so schlecht, daß man lieber nicht verkauft, das ist die Wirklichkeit. (Abg. Dr. A s s m a n n: „Von 120 auf 80 Dollar ist der Preis gefallen.“) Ich gehe nicht auf diese Frage ein. Die österreichischen Preise sind sehr verschieden. Auch der Kohlenpreis. Aber dafür gibt es einige Erklärungen. Es sind ja auch die Löhne in Österreich nicht so, wie etwa in unseren Nachbarstaaten. Das muß man ja auch mit einkalkulieren. Da kann dann auch das Produkt billiger sein, wenn die Löhne niedriger sind. Das alles sind die Anliegen, um die wir uns eigens kümmern müssen. Auch dann, wenn wir dafür belächelt werden. Auch, wenn wir dafür als Pessimisten angeschaut werden. Wir sind es aber nicht, wir sind keine Pessimisten. Man muß ja auch unsere Stahl- und Eisenindustrie einbauen können in die kontinentale Wirtschaft, weil dann die Sicherung des Absatzes und damit auch des Arbeitsplatzes gegeben ist. Natürlich ist es interessanter, verschiedenste Stähle zu erzeugen und sie dann über den Konzern abzusetzen, auch im Export. Es muß z. B. auch gesagt werden, daß die einzelnen Firmen bestimmt nicht jede für sich Vertretungen im Ausland haben müßten, die sich gegenseitig konkurrenzieren, aber das ist geschehen und geschieht immer wieder.

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr einverstanden mit der Nationalisierung. Sie ist ja auch geschehen. Wer könnte das auch verhindern? Aber wenn der Staat Aktionär und Besitzer der Kohlengruben, der Stahl- und Eisenindustrie ist, dann darf er auch nicht zuwarten, daß es schon irgendwie gehen wird, sondern man muß wirklich mit allem Einsatz des Geistes der Fachleute und der finanziellen Mittel trachten, daß wir endlich ein Konzept kriegen. Das ist aber nicht Sache der Politiker. Ich glaube, daß wir überhaupt einen großen Fehler begangen haben, weil wir uns einbildeten, wir könnten alles, vor allem alles in der Wirtschaft ordnen. Wir haben ausgezeichnete Hoheitsbeamte, aber wir können von ihnen nicht verlangen, daß sie Wirtschaftsaufgaben erfüllen, weil sie das nicht gelernt haben. Zumindest nur sehr, sehr wenige. Es besteht nach meiner Überzeugung auch eine Überforderung der Direktoren der verstaatlichten Industrie, die nicht nur ihr Geschäft verstehen, sondern

nebenbei auch noch Politiker sein sollen. Irgendwie stimmt das nicht zusammen. Politik kann man oben machen, in der Regierung, im Parlament, meinetwegen auch im Koalitions-Ausschuß. Aber in den Betrieben, in der Wirtschaft soll man nicht Politik machen. (Abg. Gruber: „Das zeigt die schlechte Entwicklung der verstaatlichten Industrie!“) Ich mache niemand einen Vorwurf. Aber meine Herren, die Kohle ist ja auch verstaatlicht! Reden wir in einem Jahr über diese Dinge. Glauben Sie nicht auch, daß ich ohne Sorgen lieber lebe? Aber man kann nicht eine politische Plauscherei mit der Wirtschaft anfangen. Die hält sich nicht daran, d. h.: sie geht ihre eigenen Wege. Sie begegnet ja der Konkurrenz und wer glaubt, er könne sich im kleinen Österreich abschließen, der macht das nur, wenn er zugrundegehen will. Wir bleiben deswegen immer noch Österreicher, aber wenn wir leben wollen, müssen wir den Anschluß an die Welt finden. (Abg. Gruber: „Davon redet ja niemand, wenn 70 Prozent der Stahlindustrie exportiert wird.“) Daß wir exportieren müssen, ist eine klare Frage. Daher müssen wir uns auch darauf einstellen. Ich bin nicht der Meinung, daß man das nach einem eigenen Rezept abwickeln kann. Dafür gibt es keine Vorschrift und kein Rezept. Aber wir haben wirklich allen Grund, uns zusammenzuraffen und alles zu sehen und allem nachzulaufen. Man kann bestimmt im Bahnhof Bruck a. d. Mur Feinkohle verheizen. Das soll mir niemand erzählen. Man kann es. Es geht darum, daß man auch öffentliche Gebäude mit Kohle heizt und die Kohle nicht überall schlecht macht. Das soll und kann man vermeiden. Ich habe schon gesagt, wir müssen allem und jedem nachlaufen.

Wir bekommen diese Dinge, diese Brutalität nicht nur in der internationalen Wirtschaft zu verspüren, wir können sie täglich verspüren. Das gilt auch für den Zentralismus. Er ist kühl und nüchtern und sieht nur seine Interessen. Und er wird nichts auslassen, solange er das irgendwie verhindern kann. Wir haben allen Grund, uns auf die Kräfte zu verlassen, die wir selbst im Lande haben. Und wir sind jetzt noch in einer Zeit der Prosperität. Wir haben eine gute Baukonjunktur und sorgen wir daher jetzt, in der Zeit der Konjunktur, daß alles nur mögliche getan wird für unsere steirische Wirtschaft, von der wir ja leben. Und ich sage, daß das nicht gegen das österreichische Konzept ist. Selbstverständlich muß unsere Wirtschaft eingeordnet sein in die gesamtösterreichische Wirtschaft, sie muß aber auch auf die Umwelt abgestimmt sein, in der wir leben und existieren müssen. Wir müssen uns ehrlich anstrengen. Wir müssen überall, wo wir Gelegenheit haben, ohne Rücksicht auf den Egoismus eines anderen unsere berechtigten Forderungen durchsetzen und auch durchkämpfen, wenn es sein muß.

Ich sage noch einmal: Wir müssen die Probleme, die sichtbar sind, unverzüglich angehen, nur dann wird es möglich sein, die oft nicht freundlichen Zeichen, die da und dort aufscheinen, doch noch gut zu überstehen, damit wir in Zukunft auch die Überzeugung haben können, daß wir als Steirer unser Land und dessen Wirtschaft verstehen können. (Sehr starker Beifall.)

Landesrat Wegart: Hohes Haus! Die grundlegenden Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes zu den Sorgen und Problemen der österreichischen Wirtschaft ermutigen mich, über die volkswirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Fremdenverkehrs ein paar Aussagen zu machen. Der österreichische Fremdenverkehr hat z. B. im Jahre 1960 insgesamt an Devisen einen Betrag in der Höhe von 6,5 Milliarden S eingebracht. Er hat damit Eisen, Stahl, Holz und Papier hinsichtlich der Devisenergiebigkeit überflügelt. Ich darf die Reihenfolge dieser Devisenergiebigkeit im einzelnen aufzählen: Erlös aus dem Ausländer-Fremdenverkehr 6,5 Milliarden S, Erlös aus Stahl und Eisen 5 Milliarden S, Erlös aus Holz und Papier 3,5 Milliarden S. Es hat damit zum ersten Male im Jahre 1960 der Ausländer-Fremdenverkehr hinsichtlich der Deviseneinnahmen diese bedeutenden Devisenbringer Stahl, Eisen, Holz und Papier überflügelt. In den 10 Monaten des heurigen Jahres ist noch folgende Ziffer eine Sensation. Von Jänner bis Oktober haben wir aus dem Ausländer-Fremdenverkehr insgesamt 7,5 Milliarden S eingenommen. Ich glaube, mich mit allen in Übereinstimmung zu befinden, wenn ich sage, daß der Fremdenverkehr die große volkswirtschaftliche Chance unseres gesamten Staates ist. Ich möchte mich gar nicht so sehr mit dem Fremdenverkehr aus der gesamtstaatlichen Perspektive beschäftigen, sondern vor allem über den steirischen Fremdenverkehr berichten.

Wir haben in der Zeit vom 1. November 1960 bis 30. April 1961 in der Steiermark insgesamt 1.001.304 Übernachtungen zu verzeichnen gehabt, davon 130.275 Ausländerübernachtungen. Der Zuwachs gegenüber dem vergangenen Winterhalbjahr beträgt 10,51% bei den Inländerübernachtungen, ein Zuwachs um 14,9% bei den Ausländerübernachtungen. Trotz dieser erfreulichen Aufwärtsentwicklung ist der prozentuelle Zuwachs in der Steiermark unter dem österreichischen Durchschnitt, der bei den Gesamtübernachtungen 40% und bei den Ausländerübernachtungen 80% beträgt. Wie ist die Situation im Sommerhalbjahr? Vom 1. Mai bis 31. Oktober — ich bin zum ersten Male nach so kurzer Zeit in der Lage, Gesamtziffern bekanntzugeben — hatten wir 3.309.613 Gesamtübernachtungen zu verzeichnen, das ist ein Zuwachs von 8,56%; Ausländerübernachtungen 809.075. Das ist eine Frequenzsteigerung von 14,58%. Wie weit diese Ziffern über oder unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegen, ist nicht bekannt, da die abschließende Bundesstatistik des vergangenen Jahres noch nicht vorgelegt wurde. Der Anteil des Inländerfremdenverkehrs in der Steiermark ist 75,6%, der der Ausländer 24,4%. Wir sind damit in der Hauptsache ein Inländerfremdenverkehrsland. Ich werde mir noch erlauben, dazu gesondert Stellung zu nehmen. Zusammenfassend waren es im Winter- und Sommerhalbjahr 1960/61 4.310.917 Übernachtungen gegenüber 4.049.750 im Vorjahr. Eine erfreuliche Steigerung!

Die Steiermark verfügt zur Zeit über 375 Fremdenverkehrsorte mit 76.000 Fremdenbetten, davon 50.000 in 2000 Hotels und Gaststätten, während sich 20.000 in Privatquartieren befinden und 6000 auf

Jugendheime, Schutzhütten und Kuranstalten verteilen. Im Inländerfremdenverkehr stehen wir an 2. Stelle, im Ausländerfremdenverkehr von den 9 Bundesländern an 7. Stelle, dahinter sind nur noch Niederösterreich und das Burgenland. Unsere Ausländerübernachtungen konzentrieren sich auf die Gebiete des Steirischen Salzkammergutes und des Ennstales.

Es ist unser Bestreben, diesen Ausländerfremdenverkehr stärker in die übrigen Fremdenverkehrsregionen auszubreiten. Es schweben uns die Ost- und Weststeiermark vor. Dazu sind eine Reihe von Voraussetzungen notwendig. Eine der entscheidendsten, die ich berühren möchte, das ist die Preisgestaltung. Wir sind zum Unterschied von vielen anderen Ländern ein billiges Reiseland. Entscheidend sind nicht allein die Preise, sondern die Preistreue. Bei einer Informationsreise durch die Deutsche Bundesrepublik habe ich mehrfach auf der Strecke München—Köln erfahren, daß die Preise in einer bestimmten Höhenkategorie keine Rolle spielen, aber man wünscht, daß das, was angegeben wird, später bei der Verrechnung auch eingehalten wird. Nichts ist dem steirischen Fremdenverkehr schädlicher als wenn hier Angaben gemacht werden, die man später einzuhalten nicht in der Lage ist. Wir haben landschaftliche Schönheiten, Heilquellen und, worauf wir besonders stolz sind, wir können eine Vielfalt den Gästen bieten, wie sie in Europa auf einem so engen Raum ein zweites Mal nicht mehr vorgefunden werden kann. Unser Land ist ein begehrenswertes Land für den Fremdenverkehr. Ich bin überzeugt, wenn wir eine Reihe von Grundsätzen beachten, dann wird es möglich sein, diesem Land auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs neue volkswirtschaftliche Impulse zu verleihen.

Ich wage den Ausspruch, wir haben einen bestimmten Zenit in der Industrialisierung erreicht. Wir zerbrechen uns daher den Kopf, wie eine andere Sache zur Zufriedenheit gelöst werden kann. Wo wir echte Ansätze haben, wo es eine echte Chance gibt, das ist der Fremdenverkehr! Ich kann nur sagen, wenn wir den Anschluß an die westlichen Bundesländer finden wollen, dann ist es notwendig, daß der Gesamtstandard und Komfort des steirischen Fremdenverkehrs gehoben wird. Ich glaube, wir haben genügend Fremdenbetriebe, Hotels und Gaststätten. Woran es uns mangelt ist der Standard. Dieser muß gehoben werden! Vor 30 Jahren genügte das Zimmer mit einer Waschkübel mit Kaltwasser. Ein solches Zimmer ist heute nicht mehr anzubringen. Heute setzt der Gast voraus, daß Kalt- und Warmwasser vorhanden ist und er setzt, wenn er aus Übersee kommt, voraus, daß jedes Zimmer mit einer Dusche ausgestattet ist. Die Erfüllung dieser Erfordernisse erfordert und bedingt Maßnahmen auf dem Kreditsektor.

Es herrscht sehr oft die Auffassung, der ich auch immer wieder begegne, unsere Fremdenverkehrsbetriebe und Gaststätten seien Goldgruben. Dem ist leider nicht so. Ganz im Gegenteil, die Betriebe, die nur eine Saison ausnützen können, haben immer wieder mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen: Und die anderen Betriebe, die fortlaufend geführt werden und zwei Saisonen ausnützen können — ich möchte sie gar nicht einzeln aufzählen — ha-

ben wieder andere Probleme, insbesondere auf dem Personalsektor, zu lösen. In einem Düsseldorfer Speiserestaurant las ich folgendes Plakat: „Seien Sie zu meinem Personal freundlich! Gäste bekomme ich immer, aber Personal keines.“ Ich fürchte, daß wir unter Umständen da und dort auch schon so weit sind. Es wäre mehr als unangenehm, statt der individuellen Betreuung und des Charmes, den wir heute den Fremden noch bieten können, den Fremdenverkehr in unserem Land zu industrialisieren. Denn dann haben wir unsere Chance verwirkt. Dann wäre es schade um jeden Groschen. Wir müssen daher den Weg gehen, der uns im Lande sichtbar vorgezeichnet ist.

Wie sieht es nun mit den Krediten aus? Ich muß darüber bewegte Klagen führen, weil sich auf dem ERP-Sektor folgendes zugetragen hat. Nach der Schaffung des Marshallplanes sind in die Fremdenverkehrswirtschaft 727 Millionen Schilling an Darlehen hineingepumpt worden, davon erhielt die Steiermark lediglich 59 Millionen. Das ist eine Ziffer, die gering ist. Immer wieder hat man in Wien gehört, „ihr seid keine Devisenbringer und daher für uns nicht interessant“. Ein solcher Standpunkt hätte naturgemäß zur Folge, meine Damen und Herren, daß wir, auf lange Sicht gesehen, ein Rucksack-Touristenland werden. Wenn wir im Komfort nicht mitkommen, werden selbstverständlich jene Fremden ausbleiben, auf die wir größten Wert legen, nicht nur im Konkurrenzkampf mit den westlichen Bundesländern, sondern vor allem mit dem Ausland. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen selbst auch Beobachtungen machen können, wie ich sie gemacht habe. Es tritt Griechenland immer mehr in den Konkurrenzkampf ein, vom italienischen und französischen gar nicht zu reden. Ich möchte auch noch erwähnen die Konkurrenz, die neuerdings in Spanien aufgetreten ist. Spanien hat heuer 500 Millionen Dollar an Devisen aus dem Fremdenverkehr eingenommen, d. s. umgerechnet 13 Milliarden Schilling. Man möge bedenken, welche Konkurrenz das auch für den gesamten österreichischen Fremdenverkehr darstellt. Es ist daher notwendig, unsere Kreditmaßnahmen auf eine neue Basis zu stellen.

Nun, wie sieht es hier im Lande selbst aus? In der Zeit vom 1. Jänner 1956 bis 1. Juni 1961 sind 16 Millionen Schilling aus dem Fremdenverkehrs-Investitionsfonds vergeben worden. Das Land Niederösterreich hat im gleichen Zeitraum 200 Millionen Schilling vergeben. Wissen Sie, was hier geschehen könnte? Es könnte geschehen, daß die Steiermark als Inländer-Fremdenverkehrsland Gefahr läuft, daß der Wiener Gast, der schlechthin unser Inlandgast ist, von Niederösterreich aufgefangen wird, weil die Investitionstätigkeit dort eine gewaltige ist. Aus diesem Grund habe ich selbst die Verhandlungen aufgenommen, bin zum Finanzminister gefahren und habe durch das Verständnis des Finanzreferenten erreicht, daß einmal 10 Millionen Schilling als eine erste Tranche für 1962 in den Voranschlag aufgenommen wurden. Damit werden wir in die Lage versetzt werden, die Investitionstätigkeit vom Lande her intensiver zu betreiben. Ich muß aber auch feststellen, daß wir die 30.000-

Schilling-Grenze, die seit 1952 immer gleich ist, auch in die Höhe schrauben müssen. Wenn man von unseren Gastwirten verlangt, sie sollen die sanitären Anlagen, die Küchen, die Fremdenzimmer einrichten oder instandsetzen und ihnen dann 30.000 S gibt, dann werden sie sagen, damit kann man kaum die sanitären Anlagen bauen, geschweige denn Küche oder Gastzimmer einrichten. Wenn wir die Fremdenverkehrswirtschaft wirklich fördern wollen, dann müssen wir auch den Mut haben, mehr hineinzugeben. Wir müssen daher im nächsten Jahr auf mindestens 150.000 S als Höchstgrenze hinaufgehen. Man muß die Gastwirte stärker als bisher betreuen und auch der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds muß mehr leisten und billige Kredite hinausgeben, etwa auf 10 Jahre bei 4%iger Verzinsung. Ich habe weiters vor, im Jahre 1962, wenn wir die nötigen Erfahrungen gesammelt haben, ein 50-Millionen-Schilling-Programm durchzuziehen, damit wir all die Dinge aufholen, die etwa vergleichsweise in Niederösterreich oder Oberösterreich schon lange erreicht sind. Ich bin ebenso dafür, daß der steirische Fremdenverkehr organisch wächst und daß wir uns davor hüten, in Dinge zu geraten, von denen wir nicht wissen, wie sie morgen oder übermorgen aussehen. Aber eines ist sicher, daß wir uns im Jahre 1962 mehr als bisher werden rühren können.

Zum Fremdenverkehr gehört auch — das habe ich mit großem Interesse aus der Diskussion entnommen — die Lösung verschiedener Verkehrsprobleme. Für unser Land sind da drei Dinge erforderlich. Erstens müssen die Einfallstore aus dem Norden und Westen saniert werden. Gegenwärtig sieht es so aus: Es führen wohl ausgezeichnete Straßen schon durch das Ennstal und hinauf bis Bad Aussee. Aber an der Landesgrenze von Schladming über Mandling auf der Bundesstraße fährt der Ausländer nur zweimal, nämlich das erstemal und das letztmal. Denn ein zweitesmal läßt er sich nicht hereinlocken. In dieser Frage müßte es die Sorge des Bundesministeriums sein, daß gerade die Steiermark, die seit 1919 durch unselige Grenzziehung in einen verkehrstechnischen Blinddarm geraten ist, hier die entsprechenden Anschlüsse findet. Ich darf das auch begründen. Im heurigen Jahr sind 88% unserer ausländischen Gäste im eigenen Fahrzeug, 11,6% mit der Eisenbahn und nur 0,4% per Flugzeug in unser Land gekommen. Es ist keine Frage, daß diese Ziffern auch weiter anhalten werden. Ich bin überzeugt, daß der Fremdenverkehrsstrom im eigenen Fahrzeug sich noch verdichten wird. Daher ist die Frage ausgezeichneter Straßen für den Fremdenverkehr eine Lebensfrage. Auch die Erschließung der Nebentäler gehört dazu. Wir brauchen Höhenstraßen wie z. B. die am Stoderzinken. Wer die Hochwurzenstraße gefahren ist, der wird bestätigen, daß hier eine Leistung durch Privatinitiative erzielt wurde, die internationalen Standard hat. Es wurde auch heute bereits die Frage erhoben wegen der Autobahn Wien—Graz—Klagenfurt. Daß diese für den Fremdenverkehr von großem Interesse ist, sei hier angemeldet und vermerkt. Ich möchte mich hier keiner Täuschung hingeben, daß das schon im nächsten oder übernächsten Jahr der Fall sein wird. Diese Forderung müssen wir unablässig erheben.

Ein Wort noch über die Förderungsmaßnahmen. Ich begrüße, daß die Mittel für das Jahr 1962 wesentlich erhöht wurden. Wir werden daher in der Lage sein, eine Reihe von Maßnahmen besser als bisher durchzuführen. Aber eine grundsätzliche Forderung ist noch, daß wir in der Steiermark im Fremdenverkehr mit Subventionen auch jene Dinge fördern, die uns finanziell nichts bringen und nur reine Attraktionen darstellen, wie z. B. Schwimmbäder. Ein Schwimmbad, Hohes Haus, bringt keine Einnahmen. Der Bürgermeister einer Gemeinde, der da auf Einnahmen spekuliert und Geschäfte machen will, der tut mir leid. Aber ein solches Schwimmbad ist ein Magnet, der tausende Menschen, vor allem zum Wochenende, anzieht. (Abg. Wurm: „Zum Beispiel Frauenthal“) In Frauenthal waren zum Wochenende 300 bis 400 Gäste. Seit der Eröffnung des Bades sind es 3000 bis 4000. Die Gasthäuser sind nicht in der Lage, diesen gewaltigen Zustrom zu bewältigen. Ich verweise auf das Beispiel Burgau und Hartberg. Wir sind gegenwärtig dabei, in Radkersburg ein schönes Bad zu bauen. In der Obersteiermark ebenfalls. Überall hat man erkannt, daß der Bau von Freibädern ein Erfordernis für den Fremdenverkehr ist. In Deutschland klagt man, daß wir nicht in der glücklichen Lage seien, wie Kärnten so warme Seen zu haben, aber wenn die deutschen Damen nur die Gewißheit haben, ihre Badeutensilien zeigen zu können, dann genügt das schon. Es ist im Prinzip auch hier eine echte Chance, die wir zu fördern haben. Unsere Schutzhütten, die Skilifte und was es an der Vielfalt der Förderungsfälle noch gibt, die durch diese Mittel mehr als bisher gefördert werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf etwas verweisen, was nicht entsprechend gewürdigt wird, das ist die Tätigkeit unserer Fremdenverkehrsvereine. Diese Arbeit hat sich schon bisher als segensreich erwiesen. Dabei konnte eines festgestellt werden, daß hier ein unablässiger Strom an moralischen Kräften wirksam ist. Die Fremdenverkehrsvereine kümmern sich um das Bild des Ortes und die Ausgestaltung und um all das, was dem Gast die Annehmlichkeiten noch vergrößert. Wir sind dabei, weitere Vereine zu gründen und diese in größeren Verbänden zu organisieren. Eines der bedeutendsten Mittel der Werbung sind die Großveranstaltungen, wie die Skiflugwoche am Kulm. Natürlich kostet diese Veranstaltung sehr viel Geld und muß aus Mitteln des Fremdenverkehrs subventioniert werden. Aber diese Veranstaltung, die mehrere Tage dauert, wird etwas zuwege bringen, und zwar, daß die Steiermark in allen europäischen und in überseeischen Zeitungen genannt wird. Wenn ich diese Zeilen als Inserat zahlen müßte, dann würden Millionen nicht ausreichen, um das liquidieren zu können. Es ist eine der großen Aufgaben, solche Großveranstaltungen aufzuziehen.

Zusammenfassend darf ich die Hauptaufgaben, die auf eine Lösung drängen im steirischen Fremdenverkehr, aufzeigen:

1. Beschleunigter Ausbau der Verkehrsverbindungen, Straßen, Skilifte, Erschließung der Bergwelt, Seilbahnen und Bergstraßen, unter besonderer Berücksichtigung des Winterfremdenverkehrs.

2. Radikale Verbesserungen der Kreditbedingungen für die Fremdenverkehrswirtschaft mit dem Ziele einer Veredelung der Betriebsgrundlagen, um in der Steiermark zu einem entsprechenden Niveau zu gelangen.

3. Weiterer Ausbau prominenter Fremdenverkehrszentren wie z. B. Bad Aussee als Einfallstor.

4. Das Nachziehen von bisher vernachlässigten Fremdenverkehrsgebieten, wobei eine gesunde Streuung des Privatzimmerwesens erforderlich ist.

5. Intensivierte Werbung mit modernen Mitteln, vor allem eine gezielte Werbung. Wir werben mit Plakaten, mit Flugblättern, mit Filmen usw., die beste Werbung aber ist die gute Nachrede.

Hohes Haus, wenn man von Werbungen spricht, dann darf ich mich als halben Fachmann bezeichnen. Eine Schachtel kann noch so schön verpackt sein, wenn nichts darin ist, wird sie nicht verkauft. In der Werbung muß man sorgen, daß man nicht nur schön verpackt, sondern daß auch etwas Schönes drinnen ist, das ist keine Frage. Es wäre allerdings notwendig, wenn in viele Gemeinden eine entsprechende Fremdenverkehrsgesinnung einziehen würde. Ich werde den Fall Ubelbach überprüfen lassen. Das ist nicht der einzige. Wir hören oft unangenehme Dinge. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Leute sagen, man kann dort nicht hinfahren, sie reden die anderen ab und sagen ihnen, überall kannst du hinfahren, nur in die Steiermark nicht. Die Menschen müssen mit dem Gefühl weggehen, daß sie freundlich behandelt wurden und alle Aufmerksamkeit erwiesen erhalten haben, die notwendig ist.

Am Schluß möchte ich herzlich danken den tausenden Helfern in den Fremdenverkehrsvereinen, dem Landesfremdenverkehrsamt und seinen Mitarbeitern. Es ist klein, aber schlagkräftig, und hat gute Arbeit geleistet. Ich bin überzeugt, daß unser Fremdenverkehr ansteigen und zur Erhöhung des Lebensstandards beitragen wird. Ich richte noch den Appell an die gesamte steirische Fremdenverkehrswirtschaft, Mut bei Investitionen zu beweisen und eigene Initiative zu entfalten, denn die Fremdenverkehrswirtschaft bringt nicht nur Vorteile für den einzelnen, sie stärkt die gesamte Wirtschaft unserer engeren Heimat, der Grünen Mark. (Allgemein sehr lebhaft Zustimmung.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Lassen Sie mich aus der Gruppe 7 vielleicht im Zusammenhang etwas auf die Gruppe 8 hinübergreifen, einige der Hauptgebiete meines Referates erwähnen und darüber berichten. Es kränkt mich, daß kein Wort unter den vielen im Hohen Haus noch gefallen ist über das Feuerwehrwesen, das an der Spitze der Gruppe 7 steht. Ich will darüber berichten.

Wir haben 695 Freiw. Orts- und 58 Betriebsfeuerwehren. Erstere setzen sich überwiegend aus freiwilligen Feuerwehrmännern zusammen. Die Anzahl der aktiven Feuerwehrmitglieder beträgt 27.300 Mann. Die Feuerwehren sind eine Körperschaft öffentlichen Rechtes, deren Grundlage das Landesfeuerwehrgesetz 1950 und seine Durchführungsverordnung sind. Dieses Gesetz, das den Zusammenhang zwischen den einzelnen Feuerwehren und Gemeinden regelt, hat sich bestens bewährt. Allerdings

wird sich in nicht allzu ferner Zeit die Notwendigkeit zu einigen Abänderungen und zu einer Novellierung ergeben.

Erfreulich ist, daß immer wieder junge Männer beitreten und ältere Kameraden ablösen. Für deren Ausbildung und Schulung ist im Land durch die Landesfeuerwehrschule Vorsorge getroffen. In sachlicher Hinsicht sind weitere Fortschritte beim Ausbau von Löschwasserbehältern und bei der Sicherung der Zufahrtswege zu verzeichnen, obgleich auf diesem Gebiete noch immer viel zu tun übrig bleibt und schon die geographische Gliederung unseres Landes und die verstreut liegenden kleinen Ortschaften weitere Vorhaben der Bereitstellung von Löschwasser verlangen. Bei den Geräten ist eine Ablösung alter Fahrzeuge durch moderne erforderlich. Aber auch auf diesem Gebiet ist es noch nicht so, wie wir es wünschen würden, es ist noch nicht der notwendige Stand der Ausrüstung erreicht. Ich sage das deshalb, weil von verschiedenen Seiten die Meinung an mich herangetragen wird, es müßte soweit kommen, daß die Ausrüstung einmal abgeschlossen ist. Interessant ist, daß die Feuerwehren in zunehmendem Maße nicht nur für Löscharbeiten herangezogen, sondern immer mehr zu anderen Einsätzen gerufen werden. Im Laufe des Jahres 1961 hat die Anzahl der Brände 937 und die Anzahl der sonstigen Einsätze 3620 betragen. Die Zunahme des Verkehrs schafft Situationen, in denen die Hilfe der Feuerwehren immer mehr dringendst erbeten wird, obwohl sie nur in jenen Fällen helfen kann, bei denen keine Zeit und Möglichkeit für die Inanspruchnahme eines anderen Hilfsdienstes gegeben ist. Hinsichtlich der Brandeinsätze muß leider auf die unerfreuliche Tatsache hingewiesen werden, daß eine verhältnismäßig große Anzahl von Bränden durch Kinder verursacht werden, die mit Zündhölzern spielen. Große physische Anforderungen an die Feuerwehren stellen die zahlreichen Waldbrände des Frühjahrs und Sommers, bei denen mit den vorhandenen Werkzeugen und Löschgeräten oft nicht das Auslangen gefunden werden konnte und die Inbetriebnahme von Aggregaten auf längere Wegstrecken erforderlich war. Wenn das Jahr 1961 auch keine Hochwasserkatastrophen aufwies, wie wir sie im vergangenen Jahr zu verzeichnen hatten, so sind doch Hochwasser in den obersteirischen Bezirken nicht ganz ausgeblieben.

Außer der weiteren Dotierung der Feuerwehren mit entsprechenden Geräten hat auch die unumgängliche Ausrüstung mit Sprechfunkgeräten Fortschritte gemacht, sie ist aber noch nicht abgeschlossen. Die rasche Alarmierung und rasche Weitergabe telephonischer Befehle und Anordnungen verlangt gebieterisch einen weiteren Ausbau der noch nicht hinreichend mit solchen Geräten versorgten Bezirke des Zivilschutzes. Ich möchte für den Katastropheneinsatz beim Bundesministerium für Inneres Verständnis für die Notwendigkeit zu gewinnen versuchen, Maßnahmen zu treffen, damit einzelne Feuerwehren mit Geräten beliefert werden können. Die Feuerwehren sind auf die Hilfe der Gemeinden oder des Landes Steiermark angewiesen, weil ohne deren Beiträge kaum die Erhaltung, schon gar nicht aber eine Erhöhung oder Steigerung der Einsatzbereitschaft denkbar sind. Wir haben die größte

Hoffnung, gemeinsam mit dem Bundesheer, mit dem Roten Kreuz, mit dem Bergrettungsdienst in eine bessere Zusammenarbeit zu kommen, die den teilnehmenden Organisationen die Möglichkeit einer weiteren Ausbauplanung schafft. Die kommende Zeit wird im Zusammenhang mit dem Ausbau des Zivilschutzes weitere Anforderungen an die Feuerwehrmänner und deren Ausrüstung stellen. Es werden zusätzliche Anschaffungen erfolgen müssen, wobei auch dem Flugdienst bei Waldbränden oder bei schwierigen örtlichen Verhältnissen durch die Einsatz von Hubschraubern und Flugzeugen als weitere Hilfe eine große Bedeutung zukommen wird.

Meine Damen und Herren! Mit den im Voranschlag 1961 vorgesehenen Förderungsmitteln wurden unterstützt die Anschaffung von 17 Rüsthäusern, 81 Löschwasserbehältern, 250 Blitzschutzanlagen, 86 Kraftfahrzeuge, 42 Tragkraftspritzen und verschiedener Kleinigkeiten von Ausrüstungsgeräten und außerdem von rund 10.000 m Schläuchen. Ich darf sagen, daß die steirischen Feuerwehren auch unter ihrem neuen Kommandanten Edelsbrunner immer bemüht sind, ihre Einsatzbereitschaft und Schlagkraft zu erhöhen und daß wir sicherlich auch vom Lande her diesem Heer des Friedens und der Nächstenliebe unseren Dank sagen können. (Beifall.)

Nun, meine Damen und Herren, zum großen Kapitel der Landwirtschaft! Verschiedene Redner des Hohen Hauses haben in erfreulicher Ausführlichkeit wichtige Kapitel der Landwirtschaftsförderung und der agrarischen Probleme überhaupt behandelt. Lassen Sie mich auszugsweise — vielleicht liegt darin auch schon die Beantwortung mancher Anfrage — kurz folgendes berichten: Wir haben nach wie vor im Zuge der Förderung vor allem der Sicherung von landwirtschaftlichen Pächtern und kleinen Landwirten unser besonderes Augenmerk zugewendet. Es konnten im Berichtsjahr fast 1100 Antragsteller Beihilfen aus der Klein-Landwirtehilfe erhalten. Der Betrag, der hiefür aufgewendet wurde, liegt bei 4½ Millionen Schilling. Wenn ich berichte, daß derzeit weit über tausend Ansuchen vorliegen, so liegt da drinnen schon wieder eine sehr große Erwartung für das nächste Jahr. Es kommen natürlich noch immer neue Ansuchen dazu und ich glaube, daß sich die Landesregierung entschließen wird müssen, um nicht Gesuchsteller in Schwierigkeiten zu bringen, allen Neuansuchenden mitzuteilen, daß bei den gegebenen Verhältnissen im Jahre 1962 mit der Zuerkennung einer Beihilfe kaum zu rechnen ist. Das ist eine sehr ungute Situation, aber ich darf berichten, daß wir auch im verfloßenen Jahr gezwungen waren, solche Maßnahmen zu treffen. Es ist immerhin besser, es weiß der Gesuchsteller, wie er dran ist, als er glaubt und hofft oder er setzt sich in Schulden, weil er eine Investition beginnt und bekommt dann lange nichts. Wer könnte es ihm verübeln, wenn er dann schwer enttäuscht ist.

Eine große Rolle hat in den Ausführungen des Herrn Abg. Zinkanell die mechanische Ausrüstung der Landwirtschaft gespielt. Es ist dem Hohen Landtag bekannt, daß der Landtag bereits vor einigen Jahren ein sogenanntes Maschinenkreditak-

tionsgesetz beschlossen hat. Wir haben uns in den letzten Jahren und Monaten vor allem bemüht, diese 2%igen Kreditmittel dazu zu verwenden, um Maschinengemeinschaften zu fördern.

Ich bin der festen Überzeugung, daß heute in der Steiermark diese Maschinengemeinschaften vor allem im Hinblick auf die Mähdruschgemeinschaften die bestehenden kommunalen Maschinenhöfe in ihrer Wirkung bereits übertreffen. Wir sind auch bemüht, überhaupt der gemeinschaftlichen Maschinenanschaffung und Verwendung auf freiwilliger Basis das Wort zu reden. Daß das Problem der gemeinschaftlichen Maschinenverwendung nicht nur ein technisches, sondern weitgehend ein menschliches Problem ist, glaube ich, das wird von niemandem bestritten. Über die Wirkungsweise der Maschinengemeinschaften habe ich mich in den letzten 8 bis 10 Jahren informieren können. Es ist mit Recht eingewendet worden, daß meine engere Heimat, Fürstenfeld, einen solchen Gemeindemaschinenhof betreibt, mit dem Erfolg, daß die Stadtgemeinde Fürstenfeld jedes Jahr kommt und sagt, wenn du uns nicht hilfst, können wir nicht weiter und ähnliches. (Abg. Heidinger: „Na ja, weil sie kein Geld haben.“) Ich muß sagen, man tut sich schwer, wenn man selbst gesagt hat, macht das versuchsweise. Ich fühle mich mitschuldig daran. Ich glaube, wenn die Sache der kommunalen Maschinenhöfe wirklich so praktisch, nutzbringend und erfolgreich wäre, wie wir es alle wünschen würden, dann müßte sich diese Idee schon ausgedehnt haben. Vor allem im Lande der Maschinenhöfe, in Kärnten, dürfte keine Gemeinde ohne Maschinenhof sein.

Wir werden der Mechanisierung im Rahmen dieser Kreditaktion unser weiteres Augenmerk zuwenden müssen. Leider sind die Mittel fast erschöpft. Sie wissen ja, daß hier ein Rahmen von 25 Millionen Schilling mit der Hofankaufsaktion zur Verfügung steht. Die Rückflüsse sind leider nicht so, wie wir sie wünschen würden. Ich darf aber, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sagen, daß weder aus der Darlehensaktion für Hofankäufe, noch aus der Maschinenaktion dem Lande Verluste erwachsen sind und auch nicht erwachsen werden, obwohl wir hier für beide Kreditaktionen auch die Haftungen übernommen haben.

Sie sehen im Voranschlag auch die Post „Beihilfen des Landes für Schäden höherer Gewalt in und außerhalb der Landwirtschaft“. Hier muß ich sagen, daß das Jahr 1961 ein günstiges Jahr war und daß es möglich sein wird, das nicht verwendete Geld auf Grund unserer Bestimmungen auf das nächste Jahr zu übertragen.

Der Förderungsbeitrag an die Österreichische Hagelversicherungsanstalt ist ein Förderungsbeitrag an jene Besitzer, die sich gegen Hagelschäden versichern lassen. Diese Aktion, die gemeinsam mit dem Bund durchgeführt wird, besagt, daß jede landwirtschaftliche Hagelversicherungsprämie mit 25% von der öffentlichen Hand ermäßigt wird, und zwar 12,5% aus Bundesmitteln und 12,5% aus Landesmitteln. Wir haben damit erreicht, und das kommt in steigenden Ansätzen zum Ausdruck, daß die Hagelversicherung immer mehr und mehr von der Landwirtschaft in Anspruch genommen wird. Wir

haben uns in diesem Zusammenhang, das möchte ich auch hier betonen, entschlossen, daß die Landesregierung für Hagelschäden keine Mittel aus dem Notstandsfonds mehr bereitstellt, weil hier doch eine erhebliche Leistung für den Hagelschutz vom Land getragen wird.

Jagd und Fischerei! Es ist sehr viel über die Jagd, sehr Richtiges zum Teil, gesprochen worden. Ich möchte noch einmal sagen, daß auch ich als Nichtjäger, Herr Landeshauptmann, sehr verwundert bin, daß verhältnismäßig so wenige Beschwerden an die 1. und schon gar nicht an die 2. Instanz herangetragen werden. Ich möchte hier nicht die Gründe aufzählen, von denen ich annehme, daß es die Gründe sein könnten. Jedenfalls ermöglicht es das Jagdgesetz, daß der Bezirkshauptmann bei auftretenden Wildschäden sofort Ordnung schafft.

Ich darf darauf hinweisen, daß bei der Debatte über die Wildschäden eines vergessen worden ist, es sind keine fleischfressenden Tiere mehr vorhanden. Die naturgegebene Opposition fehlt. Die Wölfe sind ausgestorben und Füchse haben sich auf Hühner spezialisiert. Es ist hier aus dem natürlichen Gefüge ein sehr wichtiger Eckstein herausgebrochen worden. Ich glaube, wir wollen nicht, so wie eine Fasanenzucht aufgezogen wird, eine Zucht von Wölfen in der Steiermark aufziehen, um das alte Gefüge herzustellen.

Von seiten der Landesregierung ist es unser Bestreben, diese Dinge ins richtige Lot zu bringen und allen, die uns dabei helfen, sind wir dankbar, ob diese Hilfe nun von der Bauernseite, der Forstseite oder von der Jagdseite kommt. Ich darf nicht verhehlen, daß dieses Problem eine endgültige Lösung kaum finden wird. Es wird immer ein Problem bleiben.

Ich betone noch einmal, wir haben vor allem die Forste zu schützen, und es würde sehr schlecht sein, wenn uns die kommende Generation einmal sagen müßte, daß wir hier nicht nach dem Rechten gesehen haben.

Darum bitte ich Sie, meine Damen und Herren, in Ort und Bezirk sich hier zu verwenden, lokal nach dem Rechten zu sehen, also örtlich die Auseinandersetzung zu wagen. So glaube ich, daß wir uns manche Diskussion auf der Landesebene ersparen können zum Wohle aller.

Meine Damen und Herren! Es sind in dieser Gruppe auch die Förderungsmittel für die beiden Kammern veranschlagt. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um beiden Kammern, sowohl der Landwirtschaftskammer als auch der Landarbeiterkammer für die gute Arbeit, die sie in diesem Berichtszeitraum geleistet haben, zu danken. Es geschieht hier mehr, als wir vielleicht oft zur Kenntnis bekommen. Ich möchte nicht verhehlen, daß natürlich alles Tun Menschenwerk ist und daß sicher manche gute Absicht nicht zu jener Wirkung kommt, die wir uns wünschen. Besonders betonen möchte ich, daß auch vor allem die Landarbeiterkammer ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht wird, und ich freue mich, daß im nächsten Jahr es möglich sein wird, einzelne Förderungsposten deckungsfähiger zu machen. (Abg. Hans Brandl: „Richtlinien!“) Auch die Richtlinien kommen, sie sind

schon in der Regierung. Herr Abg. Brandl, hier bin ich ein Demokrat, die Kammern sind Einrichtungen des öffentlichen Rechts, die Kammervertretungen bestehen aus frei gewählten Männern, und bei aller Wahrung des Aufsichtsrechtes bin ich der Meinung, daß man nicht allzu arg und tief eingreifen soll, bei allem schuldigen Respekt vor der Kontrollabteilung. (Abg. Hans Brandl: „Die Kontrollabteilung war anderer Auffassung!“) Ich habe oft gehört, daß Ihre Partei mit dem Rechnungshof nicht ganz zufrieden ist (Heiterkeit) und vor dem habe ich noch mehr Respekt.

Ich kann berichten, daß die Arbeit im Landesagrarsenat eine sehr gute ist. Dies gilt auch hinsichtlich der Grundverkehrskommission. Gerade dort bemühen sich alle Mitglieder, den wirtschaftlichen und sonstigen Notwendigkeiten nach bester Möglichkeit gerecht zu werden.

Auch einige Worte über unsere landwirtschaftlichen Schulen. Der Herr Kollege Dr. Koren wird mir nicht böse sein, wenn ich dabei etwas in sein Revier hinübergrase. Wir haben unsere Landwirtschaftsschulen in den letzten 14 Jahren sehr stark vergrößert. Wir haben die Unterbringungsmöglichkeiten nicht nur verbessert, sondern auch vermehrt. Es ist im Berichtszeitraum wieder möglich gewesen, die Internatsgebäude in Hafendorf und in Hatzenhof fertigzustellen. Und wir werden im kommenden Jahr die Landes-Landwirtschaftsschule für Mädchen in Haidegg ausbauen. Herr Kollege Dr. Koren wird in Lankowitz den Ausbau vornehmen. Im alten Grottenhof wird für die vom Herrn Präsidenten Brandl mit so viel Nachdruck geforderte Vergrößerung des Maschinenlehrhofes Platz geschaffen.

Unsere landwirtschaftlichen Fachschulen wurden im Schuljahr 1960/61 von 430 Burschen und 176 Mädchen besucht. Dazu kommen noch die Besucher des Maschinenlehrhofes, das waren 280 Männer und 94 Frauen. Weiters kommen noch hinzu die Anstalten, die Herr Landesrat Dr. Koren unterstehen und ausschließlich Mädchenanstalten sind. Dort werden im Winter Kurse für bäuerliche Mädchen abgehalten — Besucherzahl 187 Mädchen — und im Sommer werden diese Anstalten dazu verwendet, um sogenannte nichtbäuerliche Mädchen in 4- oder 5monatigen Kursen zu schulen. Diese nichtbäuerlichen Kurse wurden von 136 Mädchen besucht, so daß sich für diese landwirtschaftlichen Bildungsanstalten mit Internat eine Gesamtbesucherzahl von 1175 Burschen und Mädchen ergibt. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen für Burschen und Mädchen wurden von rund 3750 Jugendlichen besucht. Leider konnte ich in diesem Voranschlag 1962 einige Wünsche, vor allem hinsichtlich unserer Schulwirtschaften, nicht in dem Ausmaß verankern, als es notwendig gewesen wäre. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre auch diesen Notwendigkeiten im Landesbudget Rechnung getragen werden kann. Wir sind augenblicklich vor allem damit beschäftigt, die Stallungen in Ordnung zu bringen. Am Grabnerhof wird ein Stall für rund 70 Stück Vieh errichtet, weiters ein Wirtschaftsgebäude in Hatzenhof und außerdem sind noch einige Schweineställe in Fertigstellung.

Der Ausbau der Wirtschaftsgebäude drängt. Nicht nur die gebäudemäßige Ausgestaltung der Wirt-

schaffen macht uns Sorgen, es kommt noch das Mechanisierungsproblem dazu. Wir haben nicht wenig Schwierigkeiten, um gerade hinsichtlich der maschinellen Ausgestaltung unserer Betriebe und Schulen auf dem notwendigen Stand zu bleiben. Zum Beispiel in Silberberg, in diesem ziemlich großen Betrieb, ist der Traktor nach dem 14. Gebrauchsjahr unbrauchbar. Ich hoffe nur, daß es uns gelingt, doch noch irgendwie das Geld aufzubringen, damit wir ihn noch vor seinem 15. oder 16. Lebensjahr weggeben können. Die Reparaturen kommen schon teurer als es noch wirtschaftlich zu vertreten ist.

Wir haben in den letzten Jahren unsere Weingüter und Winzereien mit einer Weinbaufläche von 21½ ha in Schwung bringen können. Von diesen sind 18 ha im Ertrag, 70% auf Drahtkultur und 30% in Hochkultur gezogen. Die Weinernte 1961 ist qualitativ nicht nur auf den Landesgütern, sondern in der ganzen Steiermark außerordentlich gut gewesen. Das Land selbst wird eine quantitative Ernte von 132.000 l Weinmost erreichen, der Hektarertrag liegt bei 73 hl. Der steirische Landesdurchschnitt liegt bei 33 hl. Ich muß sagen, daß wir wirklich von einer guten Ernte sprechen können.

Meine Damen und Herren, große Sorgen macht uns die Melioration von nassen Böden. Durch den Grünen Plan wird die Möglichkeit gegeben, daß auch dem Land etwas mehr Mittel zugute kommen. Die entwässerte Fläche bis Mitte November 1961 beträgt 460 ha, wovon 200 ha auf gemeinschaftliche Anlagen und 260 ha auf Einzel- oder Kleindrainagen entfallen. Die Gesamtlänge der Vorfluter, der großen Gräben, die heuer geschaffen wurden, beträgt 10 km. Die Mittel, die dazu aufgewendet wurden, sind rund 13 Millionen Schilling, davon 1.680.000 S Bund, 6 Millionen Schilling Land, rund 5.300.000 S die Interessenten und 67.000 S PAF-Mittel. Ich hoffe, daß es gelingt, diese Meliorationen auch in den kommenden Jahren verstärkt fortzusetzen.

Leider könnte die Anschaffung der Baumaschinen im Budget nicht durchgesetzt werden, obwohl diese Baumaschinen amortisiert werden.

Ich darf sagen, beim Landesfinanzreferat hat es eine Überamortisation in den Jahren 1949 bis 1961 von 214.000 S gegeben. Ich glaube, daß sich die dringend notwendige Anschaffung eines Baggers bei diesen Gegebenheiten auf dem Darlehensweg mit dem Finanzreferat wird machen lassen. (Landesrat DDr. Schachner: „Wir werden das prüfen!“)

Ich bin Abg. Dr. Pittermann sehr dankbar, daß er die Veterinärangelegenheiten so eingehend behandelt hat. Die Seuchenbekämpfung, die Überwachung der Gesundheit des Fleisches ist wichtig. Vor welcher großen Aufgaben die Veterinärabteilung und die steirischen Tierärzte gestellt wurden, beleuchten einige Zahlen.

Wir haben bei der Seuchenbekämpfung von April 1958 bis Oktober 1961 bei rund 200.000 Rindern 550.000 Blutproben und rund 4000 Milchproben entnommen; die Bauernschaft hat in diesen 3 Jahren rund 4500 Reagenten der Schlachtung zugeführt. Ich muß sagen, daß der Landwirtschaft, vor allem den kleinen Besitzern, sehr harte Lasten auferlegt wurden. Im Hinblick auf den Export und im Hinblick

darauf, daß wir bestrebt sein müssen, auch dem inländischen Verbraucher möglichst gute Ware zu geben, ist diese Belastung der Landwirtschaft unumgänglich notwendig; Die Kosten der bisherigen Seuchenbekämpfung liegen bei 11 Millionen Schilling. Ich darf erwähnen, daß bei der Rinderseuchenbekämpfung Vorgriffe von fast 6 Millionen Schilling gemacht worden sind, die im Jahre 1962 abgedeckt werden müssen.

Wenn die Abgeordneten den Veterinärbericht, den Dr. Pittermann so lobend erwähnt hat, zur Hand nehmen, so werden Sie zur Überzeugung kommen, welche große Bedeutung der Veterinärabteilung und dem Tiergesundheitsdienst zukommt. Es ist erfreulich, daß sich w. Hofrat Dr. Ganslmayer als Abteilungsvorstand und Veterinärdirektor dieser großen Aufgabe unterzogen hat.

Lassen Sie mich noch einige Worte über den Forstaufsichtsdienst sagen. Ich müßte Ihnen alles vorlesen. (Zwischenruf: „Bitte, nicht!“) Sie sagen, bitte schön nicht! Meine Damen und Herren, es ist schade, daß man diese Berichte nicht zu Gehör bringen kann. Es geschieht viel in den forstlichen Belangen, und die Forstinspektion und -aufsicht bemühen sich gemeinsam mit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, durch Aufforstung, durch Beratung und verschiedene Aufklärungsmaßnahmen dem Wald, der Forstwirtschaft und der Zukunft möglichst weitgehend gerecht zu werden, obwohl die Landesmittel, die eingesetzt wurden, äußerst bescheiden sind.

Vielleicht sündigen wir hier allzuviel im Hinblick darauf, daß wir alle sagen, der Holzpreis geht ja so halbwegs an und deshalb, vorsichtig ausgedrückt, braucht man sich um die forstlichen Belange nicht diese großen Sorgen zu machen, wie bei anderen Dingen. Ich darf betonen, daß vor allem die Landjugend und auch die studentische Jugend im Wege der Sommerlager mithilft, um alte Blößen wieder aufzuforsten. Lassen Sie mich damit auch wunschgemäß die Frage abschließen.

Und nun zu einigen anderen Problemen, die in der Debatte gebracht wurden! Herr Kollege Pabst hat sich umfassend mit den agrarischen Problemen befaßt, ich bin weitgehend seiner Meinung und danke ihm dafür. Der Herr Abg. Brandl hat auf die Notwendigkeit der Ausbildung der Jugend hingewiesen. Dazu muß ich sagen, daß die Zusammenarbeit zwischen der Bauernkammer und der Landarbeiterkammer vor allem im Hinblick auf die landwirtschaftliche Ausbildung der Jugend eine außerordentlich gute und segensreiche ist. Es begeben sich immer mehr junge Menschen in die Landwirtschaftslehre. Ich möchte allen jenen Bauern und Bäuerinnen danken, die sich entschließen, solche Lehrlinge aufzunehmen. Es muß auch gesagt werden, daß ein nicht geringer Teil dieser Landwirtschaftslehrlinge aus städtischen Kreisen und aus Familien kommt. Das ist ein gutes Zeichen, daß es einen Teil der Jugend wieder zum Boden und zur Land- und Forstwirtschaft zurückzieht.

Meine Damen und Herren! Man kann sagen was man will, leider bestätigen es die Tatsachen, daß eine große Disparität in unserer Volkswirtschaft im Hinblick auf die Landwirtschaft besteht. Es ist der

Index der Betriebsausgaben, der 1959 auf 954 stand, bis zum Juli 1961 auf 1036 gestiegen. 1959 betrug er bei den Einnahmen 824 und stand im Juli 1961 auf 811. Bei den Einnahmen war er also um 13 Punkte niedriger als 2 Jahre vorher. Die Differenz zwischen Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen, die sogenannte Preisschere, betrug im Jahre 1959 18'8% und stieg 1961 auf 27'7%. Meine Damen und Herren, mit der Handelsspanne allein kann man diese Diskrepanz nicht erklären. Wir haben die Tatsache, daß der österreichische Bauer, ob er nun „groß“ oder „klein“ ist, für seine Produkte verhältnismäßig viel weniger bekommt als der übrige Bauer im freien Europa. Ich möchte ein paar Vergleiche bringen. Ich möchte nicht mißverstanden werden und will nicht sagen, es müßten für den Konsumenten diese oder jene agrarischen Produkte teurer werden. Ich möchte nur feststellen, daß heute der Verbraucher für Konsummilch in Westdeutschland S 3'17 bezahlt, in Schweden S 3'94, in England S 3'49, in der Schweiz S 3'48 und in Österreich S 2'30. Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß in diesen Ländern die Konsumentenpreise bedeutend höher sind als in Österreich. Es ist heute schon ganz richtig gesagt worden, daß die Landwirtschaft durch den Grünen Plan doch eine gewisse Verbesserung im Bundesbudget erreicht hat. Aber das kann noch nicht das Ende sein, mit diesen 450 Millionen Schilling ist es noch nicht getan.

Eine zweite große Forderung, die angeklungen ist, ist die Frage des Treibstoffes für die Landwirtschaft. Vielleicht ist es so, daß einem nicht Eingeweihten diese Forderung irgendwie sonderbar erscheint. Aber wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß der österreichische Landwirt für 100 Liter Dieselöl den Erlös von 92 kg Weizen erlegen muß. Der Berufskollege in Deutschland benötigt dafür nur 66 kg, in Frankreich 63 kg, in Holland 54 kg, in Dänemark 58 kg und in der Schweiz gar nur 43 kg. Meine Damen und Herren, niemand kann vom österreichischen Bauern oder von der österreichischen Landwirtschaft verlangen, diese Gegebenheiten, diese Relationen zu halten oder in einem assoziierten Raum auf die Dauer zu ertragen. Auch die Landwirtschaft kann, so gern sie es tun würde, nicht Wunder wirken. Es wird darauf ankommen, ob man diesen Tatsachen politisch und wirtschaftlich Rechnung tragen kann. Wenn man das nicht tut, dann fürchte ich, daß sich das nicht nur für die Landwirtschaft schlecht auswirkt, sondern daß man das auch einmal volkswirtschaftlich und staatspolitisch bitter bereuen wird. Ich hoffe, daß es gelingt, hier durch das Zusammenwirken aller entsprechenden Stellen eine Änderung zu schaffen.

Beim Abg. Zinkanell, den ich geradezu als einen weißen Raben im Linkskreis bezeichnen möchte, hat sich offenbar eine innere Wandlung vollzogen, ich weiß nur nicht, ob bei ihm allein, oder bei seiner ganzen Fraktion. Ich freue mich ja über seine positive Haltung, aber dazu muß ich sagen „bitte, keine Lippenbekenntnisse“. (Abg. B a m m e r : „Wir sind immer eine demokratische Partei!“) Ich bitte Sie vor allem, nicht den Versuch zu unternehmen, alles mit einer Nivellierung machen zu wollen. Dort und da etwas wegzunehmen ist eine Sache, mit der

man sehr schwer durchkommt. Fragen Sie einmal den Herrn Dr. Schachner-Blazizek, wie große landwirtschaftliche Betriebe bilanzieren, denen Sie die Stützungen entziehen wollen. Er ist in der Lage, Ihnen zu sagen, wie notwendig gerade diese Betriebe bessere Agrarpreise brauchen, vor allem, wenn wir sie mit sozialen Umlagen gleich belasten. Und das haben wir gemeinsam getan. Man kann ihnen nicht auf einer Seite Lasten auferlegen und auf der anderen Seite die Einnahmen wegnehmen. Sie haben gesagt, sie sollen sich umstellen. Dagegen ist nichts zu sagen. Ich erinnere mich daran, daß in diesem Hohen Hause mit allem Nachdruck gefordert wurde, beim Holz abzuschöpfen und bei der Milch dazuzuschöpfen. Das ist sehr schwer, wenn ich die Exportpreise vor Augen habe. Das Abschöpfen wird sich so auswirken, daß nicht beim Export, sondern beim Stamm im Walde abgeschöpft wird. Man kann der Land- und Forstwirtschaft nicht helfen, wenn man es mit Virements versucht, hier müssen ernstere, hier müssen wirkliche Maßnahmen ergriffen werden.

Meine Damen und Herren! Das Wild macht Schäden, aber noch größere Schäden, auch am steirischen Wald, werden dann entstehen, wenn man die Landwirtschaft weiterhin das Stiefkind nicht nur der österreichischen Konjunktur, sondern der österreichischen Wirtschaft sein läßt. Dann wird das zwangsläufig auf den Forst, auf dieses große Gut gehen.

Es ist sehr interessant gewesen, daß der Abgeordnete Zinkanell auf die Produktionsumstellung verwiesen hat. Das geschieht ja auf der breitesten Ebene. Es war ebenso interessant, daß er die Meinung vertreten hat, daß man den bäuerlichen Betrieb, auch den Kleinbetrieb, erhalten müßte. Das ist neu. Es hat einer Ihrer maßgebendsten Leute im Nationalrat, ein sogenannter Agrarvertreter, bei der Debatte in Wien gesagt, daß die österreichische Volkspartei oder der Bauernbund oder die Kammer den Mut haben müßten, den kleinen Besitzern zu sagen, du mußt dich um etwas anderes umschauen. Es gibt verschiedene Auffassungen. Die Struktur allein, die Größe allein machen es nicht, sondern die Durchsetzung der ländlichen Gebiete, vor allem der Gebiete mit kleinbäuerlicher Struktur, mit gewerblichen Mittelbetrieben. Es ist selbstverständlich, daß die gemischte berufliche Struktur nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft zugute kommt. Wir haben Beispiele auch in der Steiermark. Die landwirtschaftliche Aufstokkung wird vor sich gehen. Ich bin überzeugt, daß in den nächsten 5 Jahren sich große Veränderungen vollziehen werden, daß dem einen Besitzer die Last zu schwer wird, daß er weggeht oder den Besitz wesentlich verkleinert und daß ein anderer, der Lust und Liebe und den Mut hat, die freigewordenen Grundstücke erwirbt. Auf Grund der AIK-Kredite aus dem Grünen Plan wird es möglich sein, diese Aktion zu unterstützen.

Das Landwirtschaftsreferat, die Landesregierung und der Landtag haben sich bemüht, in den letzten 15 Jahren zuerst durch Schulung, durch Beratung, durch gezielte Förderung der Kammer, des Landes und durch verschiedene Organisationen, die Erzeu-

gung zu steigern, die Produktion zu heben. Das ist weitestgehend gelungen. Als zweite Maßnahme ist man besorgt gewesen, die Qualität zu verbessern. Die Seuchenbekämpfung und verschiedene andere Maßnahmen dienen der Qualitätsverbesserung. Sichtbar kommt diese bei den steirischen Weinbaumaßnahmen zum Ausdruck. Wohl auf keinem Gebiet ist diese Sache so sichtbar geworden. Es ist erfreulich, daß der Landeshauptmann aus den Grenzlandmitteln des Bundes eine neue Weinaktion, Neuanpflanzung und Umwandlung in die Wege geleitet hat. Es muß unser Bestreben sein, in weiterer Folge durch marktpolitische Maßnahmen das Produzierte auch an den Mann zu bringen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Beteiligung und Mitwirkung des Landes an der Obstverwertung in Gleisdorf. Wenn nicht die Kammer und das Land und die Handelskammer eingegriffen hätten, wäre dieser Betrieb zugrunde und der steirischen Wirtschaft verlorengegangen.

Ich bin fest überzeugt, daß sich das Land in der kommenden Zeit auch bei der Frage, die Abg. Dr. Pittermann angeschnitten hat, entscheidend beteiligen muß. Wir müssen bei der Fleischverarbeitung und Ausfuhr neue Maßnahmen treffen. Ich möchte der Stadtgemeinde Graz dringend raten, den Schlachthof in Ordnung bringen zu lassen, damit er auch anerkannt wird als Schlachthof für Fleischexporte ins Ausland. Das ist nicht nur für den Schlachthof der Stadt Graz interessant, sondern für die ganze Steiermark. Kärnten ist voraus. Es besteht schon die Gefahr, daß in absehbarer Zeit außerhalb von Graz diese Einrichtungen geschaffen werden und daß Graz diesen Umschlag verliert.

Ich habe versucht, möglichst kurz ein Bild über unsere Arbeit zu geben. Ich muß noch einmal sagen, die Lage der Landwirtschaft ist ernster als wir glauben. Die Lage ist auch in der Steiermark so, daß man doch hier Abhilfe schaffen muß. Ich glaube, daß wir alles daransetzen müssen, um von hier aus, von der Steiermark aus, auch in Wien unsere Ansicht durchzusetzen.

Meine Damen und Herren! Dazu lade ich alle Fraktionen ein, hier mitzuwirken und zu hoffen, daß es gelingt, der Landwirtschaft das zu geben, was sie mit Recht beanspruchen kann und was sie auf Grund ihrer vergangenen und ihrer heutigen Leistungen auch reichlich verdient. Wir brauchen nur eines: Gerechtigkeit! Geben Sie der Landwirtschaft Gerechtigkeit und sie wird wachsen und gedeihen. Sie wird nicht nur selber leben, sondern sie wird dafür sorgen, daß die Menschen dieses Landes das zum Leben Notwendige haben. Sie wird Sorge dafür tragen, daß dieses Land frei bleibt. (Allgemein sehr lebhafter, anhaltender Beifall.)

Präsident: Hoher Landtag, die Rednerliste ist erschöpft und ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Karl Lackner:** Hoher Landtag! 22 Abgeordnete haben zum Kapitel 7 Stellung genommen, und zwar 13 von der ÖVP, 6 von der SPÖ, 2 von der FPÖ und der Vertreter der KPO. Es freut mich, daß zur Gruppe 7 und den Problemen der steirischen Land- und Forstwirtschaft so aus-

giebig diskutiert wurde. Ich hoffe, daß die Land- und Forstwirtschaft in den kommenden Jahren noch höher dotiert und in diesem Haus immer stärker vertreten werde. Ich bitte nun nochmals die Abgeordneten des Hohen Hauses, der Gruppe 7 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen“.

Berichterstatter ist Abg. Prenner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Prenner:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen des Landes“ gliedert sich in folgende Abschnitte: Abschnitt 83: Landesbahnen. Das Land besitzt eigene Bahnen. Abschnitt 85: Unternehmen der Verkehrsförderung. Dazu gehört das Landesreisebüro, Abschnitt 86: land- und forstwirtschaftliche Unternehmen. Dazu gehören auch die Landesforstbetriebe bei Admont und St. Gallen. Außerdem ist jeder Landwirtschaft ein Versuchsbetrieb angeschlossen. Abschnitt 87: Industrielle und gewerbliche Unternehmen. Hieher gehören z. B. die Heilmittelwerke auf der Ries.

Es sind in der Gruppe 8 Gesamteinnahmen von 14,922.100 S veranschlagt, d. s. gegenüber dem Vorjahr um 819.500 S mehr. Die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1962 betragen 43,309.500 S, d. s. gegenüber dem Vorjahr um 513.900 S mehr. Der Finanzausschuß hat mich nach reiflicher Debatte beauftragt, das Hohe Haus um die Zustimmung zu dieser Gruppe zu ersuchen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir können über die Gruppe 8 abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“.

Berichterstatter ist Abg. Vinzenz Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 9 beinhaltet für das Jahr 1962 an Einnahmen 988,340.400 S, d. i. gegenüber dem Jahr 1961 ein Plus von 148,104.600 S, an Ausgaben 166,484.800 S, d. i. gegenüber dem Jahr 1961 ein Plus von 38,547.000 S. Auch diese Gruppe wurde wie alle übrigen Gruppen im Finanzausschuß ausführlich behandelt, und ich darf namens des Finanzausschusses hier im Hohen Haus den Antrag stellen, der Gruppe 9 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Schachner-Blazizek. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat **Dr. Schachner-Blazizek:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es gilt als Herkommen, daß dann, wenn die Debatte über das Budget ihrem Ende entgegengeht, der Finanzreferent noch einmal abschließend dazu Stellung nimmt. Aber nicht dieses Herkommen allein hat mich veranlaßt, noch einmal das Wort zu ergreifen, sondern vor allem die Tatsache, daß ich einige in der Debatte zum Ausdruck gebrachte Irrtümer aufklären will.

Dazu gehört, daß von einem Abgeordneten angenommen wurde, ich hätte die Einnahmen der Krankenanstalten zum Zweck einer Reservenbildung unterpräliminiert. Dazu muß ich sagen, daß die Verhandlungen über die Pflegegebühren vor 8 Tagen und über die Personalgebühren erst vor 4 Tagen beendet worden sind, während die Ansätze des Budgets bereits im September bestimmt werden mußten. Außerdem ist Herr Abgeordneter Leitner offenbar einem Irrtum verfallen, wenn er meint, daß die ab 1. Jänner 1962 in Kraft tretende Gebührenregelung sich schon für das ganze Jahr auswirken würde. Das ist nicht der Fall. Die Abrechnung erfolgt ja im nachhinein, so daß nur etwa drei Viertel der für das Jahr 1962 in Ansatz gebrachten Erhöhungen sich auch tatsächlich im Jahr 1962 als Einnahmenerhöhungen auswirken werden. Der sich ergebende Betrag ist ungefähr richtig im Voranschlag aufgenommen worden, obwohl es sonst nicht üblich ist, Einnahmenerhöhungen, die zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht beschlossen sind, bei der Präliminierung schon zu berücksichtigen.

Zweitens hat man gesagt, daß die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben etwas niedriger präliminiert sind, als sich nach dem Bundesvoranschlag ableiten ließe. Hinsichtlich der Umsatzsteuer ist das richtig. Hinsichtlich der Ertragsanteile an den anderen gemeinschaftlichen Bundesabgaben ist das aber unrichtig. Bei der Umsatzsteuer bin ich mit 12 Millionen Schilling unter den Bundesansätzen geblieben, das ist, bezogen auf die Gesamteinnahmen aus den Ertragsanteilen, ein Minderansatz von 1½%. Die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer hat dagegen empfohlen, bei der Umsatzsteuer um 10% und bei den anderen Steuern um 5% zurückzubleiben. Damit glaube ich bewiesen zu haben, daß ich sogar unter der Norm einer zweckmäßigen Reservenbildung, von der jeder Voranschlag getragen werden muß, geblieben bin.

Vielleicht werden Sie mich jetzt fragen, warum ich mich dazu entschlossen habe, die Einnahmen so anzusetzen. Diese Frage habe ich eigentlich schon bei der Budgeteinbegleitung beantwortet: erstens nämlich, weil der Herr Finanzminister und andere Finanzfachleute wiederholt und immer wieder erklärt haben, daß die Einnahmen für das Budget 1962 im Bundeshaushalt ohne jeden übertriebenen Optimismus angesetzt wurden und zweitens, das ist der reellere Grund, deswegen, weil die Entwicklung der Ertragsanteile im heurigen Jahr beträchtlich über unsere Ansätze hinaus gewachsen ist. Es ist aber völlig irrig, anzunehmen, wie das in der Debatte

vom Herrn Abg. Leitner zum Ausdruck gebracht wurde, daß darin eine außerordentliche Reservenbildung im Jahre 1961 zu suchen sei. Ich möchte darauf verweisen, Hohes Haus — und das ist vielleicht allgemein interessant —, daß wir heuer eine lange Reihe von Mehrausgaben gegenüber 1961 getätigt haben. Die Mehrausgaben beim Personal betragen brutto 12 Millionen Schilling und netto mindestens 8 Millionen Schilling. Wir haben dem außerordentlichen Voranschlag während des Jahres um 14½ Millionen Schilling mehr zugeführt, als im Voranschlag vorgesehen war.

Es ist auch nicht richtig, Herr Abgeordneter Leitner, daß für den Wohnbau von diesen Mehreinnahmen nichts gewidmet wurde. Für die Wohnbauförderung 1954 wurden an Bundes- und Landesbeiträgen 8,5 Millionen Schilling nachgeschossen. Es dürfte ferner Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß die Darlehensrückzahlungen aus der Landes-Wohnbauförderung samt Erträgen der angelegten Mittel, zusammen mindestens 14,5 Millionen Schilling, wieder ausgegeben wurden. Zu all dem kommen noch überplanmäßige Mehrausgaben in der ordentlichen Gebarung von 5,5 Millionen Schilling, die aus diesen Mehreinnahmen während des Jahres bedeckt werden müßten.

Meine Damen und Herren, das sind lauter Mehrausgaben, die dem Hohen Hause aus den im Laufe des Jahres eingebrachten einzelnen Vorlagen bekannt sind und die Genehmigung des Hohen Hauses gefunden haben oder zur Genehmigung vorliegen.

Von diesen Richtigstellungen abgesehen, möchte ich meine Dankbarkeit ausdrücken für die sachliche Beurteilung des Budgets im Hohen Hause und für die sachliche Behandlung des Budgetentwurfes im Finanzausschuß. Alle die Hinweise, die gegeben wurden, wollen und werden wir für den nächsten Voranschlag vormerken und, soweit sie vertretbar und erfüllbar sind, berücksichtigen.

Noch einmal, meine Damen und Herren, möchte ich meinen Appell nach Zurückhaltung und Sparsamkeit nachdrücklichst wiederholen. Ich möchte noch einmal sagen, daß immer wieder Mehrausgaben kommen werden, daß solche sich heute schon unmittelbar ankündigen, und noch einmal möchte ich Sie erinnern, daß wir im Sinne einer ordentlichen Finanzwirtschaft in der Lage sein müssen, zwingende Ausgaben auch dann zu bedecken, wenn sie nicht im Voranschlag vorgesehen sind.

Wir gehen in ein neues Jahr. Wir wissen, daß es Schwierigkeiten geben kann und daß es da und dort auch Schwierigkeiten geben wird, Schwierigkeiten aus der Integration, Schwierigkeiten, die aus einem Mangel an Planung kommen, Schwierigkeiten, die daraus kommen können, daß man da und dort überhaupt nichts geplant hat oder daß man nicht planen wollte, Schwierigkeiten daraus, daß es manchmal anders kommt als man denkt. Schwierigkeiten vielleicht aus einem mangelnden Werkszentralismus bei der Forschung oder beim Verkauf, wie der Herr Landeshauptmann meint, oder auch z. B. Schwierigkeiten, weil die Bildung einer Holding der verstaatlichten Industrie auch jetzt noch verhindert wird. Schwierigkeiten, die daraus ent-

stehen, daß man nicht gehört hat oder hören wollte, was andere im einzelnen schon lange vor dem heutigen Tage gesagt und worauf der Landeshauptmann heute wiederholend und unterstreichend hingewiesen hat. Schwierigkeiten, die davon kommen, daß die, die nichts von der notwendigen Planung hören wollten, den Besorgten Zweckpessimismus vorgeworfen haben. Schwierigkeiten vielleicht da und dort und anderswo. Aber, meine Damen und Herren, lauter Schwierigkeiten und Sorgen, die wir überwinden müssen und die wir in gemeinsamer Arbeit auch überwinden werden, wenn es uns nicht um den Schwarzen Peter und um die Taktik und schon gar nicht um die demagogische Verführung, und, wenn es uns nicht darum geht, etwa aus unvollständigen Ziffern oder aus Zufällen der Referatseinteilung auf angebliche Wohltaten für das Volk zu pochen, sondern wenn es uns darum geht, das zu tun, was dem Land nützt und was der Bevölkerung hilft.

In dieser Stunde, meine Damen und Herren, möchte ich allen danken, die für ein solches Bemühen Verständnis haben und allen danken, die uns dabei helfen. Danken unseren Bediensteten nicht allein, nicht nur den Bürgermeistern unseres Landes, den Gemeindevorständen und den in all unseren vielen Gemeinden wirkenden Gemeinderäten, danken nicht nur allen denen, die in der Verwaltung arbeiten, sondern allen danken, die in unserem Land arbeiten und Steuern zahlen, die in unserem Land als demokratische Bürger und friedliebende Menschen leben.

Mit dem Willen, immer der Aufgabe zu dienen, gehen wir in das neue Budgetjahr, in das Jahr 1962, von dem wir wünschen, daß es unserer Republik, daß es unserem steirischen Land und unserem Volk den äußeren, aber auch den inneren Frieden, die Vollbeschäftigung und eine glückliche Wirtschaftsentwicklung sichern und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen bringen möge. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Keine weitere Wortmeldung.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen der Gruppe 9 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen nun zum

Außerordentlichen Landesvoranschlag.

Berichterstatter ist Abg. Fritz Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Fritz Wurm: Meine Damen und Herren! Im außerordentlichen Voranschlag sind vorgesehen 175,726.700 S, wovon bedeckt sind 92,126.700 S. Der Abgang beträgt 83,600.000 S. Die Einnahmen, die dem außerordentlichen Voranschlag zugeführt werden, bestehen aus Zuführungen des ordentlichen Haushaltes in der Höhe von 64,164.700 S, aus Darlehensaufnahmen von 21,512.000 S, aus einem Bundesbeitrag von

6,400.000 S sowie aus Erlösen von Vermögensveräußerungen im Betrage von 50.000 S, also insgesamt 92,126.700 S.

Es sind vorgesehen:

In der Gruppe 0 sind Ausgaben von 21,900.000 S, davon bedeckt 8,300.000 S.

In der Gruppe 2 Ausgaben von 19,139.700 S, davon bedeckt 6,859.700 S.

In der Gruppe 3 Ausgaben von 12,840.000 S, davon bedeckt 11,000.000 S.

In der Gruppe 4 Ausgaben von 10,410.000 S, davon bedeckt 3,680.000 S.

In der Gruppe 5 Ausgaben von 55,820.000 S, davon bedeckt 29,620.000 S.

In der Gruppe 6 Ausgaben von 14,500.000 S, davon bedeckt 12,000.000 S.

In der Gruppe 7 Ausgaben von 20,105.000 S, davon bedeckt 15,105.000 S.

In der Gruppe 8 Ausgaben von 3,990.000 S, davon bedeckt 990.000 S.

In der Gruppe 9 Ausgaben von 16,922.000 S, davon bedeckt 4,572.000 S.

Der Finanzausschuß hat sich mit dem a.-o. Voranschlag beschäftigt und in seinem Namen ersuche ich das Hohe Haus um seine Annahme.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf die Abgeordneten des Hohen Hauses bitten, eine Hand zu erheben, wenn Sie mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind. (Geschieht.)

Der a.-o. Voranschlag ist angenommen.

Wir kommen nun zu den

Sondervoranschlägen.

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Wurm: Der 1. Sondervoranschlag ist der Wohnbauförderungsfonds mit Ausgaben und Einnahmen von 34,925.000 S. Das Land leistet hier einen Zuschuß von 18 Millionen Schilling. 2. Der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds mit Ausgaben und Einnahmen von 13,499.400 S, wobei das Land einen Zuschuß von 984.400 S leistet. 3. Fonds für gewerbliche Darlehen: Ausgaben und Einnahmen 4,415.000 S, Zuschuß des Landes 1 Million Schilling. 4. Pensionsfonds der Gemeinden: Ausgaben und Einnahmen: 6,921.000 S, Zuschuß des Landes 10.000 S. 5. Schulbaufonds: Ausgaben und Einnahmen 6,010.000 S, Zuschuß des Landes 3,600.000 S. 6. Tierseuchenkasse für das Land Steiermark: Ausgaben und Einnahmen 1,230.000 S.

Der Finanzausschuß hat sich mit den Sondervoranschlägen beschäftigt und in seinem Namen bitte ich um deren Annahme.

Präsident: Da keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Sondervoranschläge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge.

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichtersatter Abg. **Wurm**: Der Systemisierungsplan gibt Ihnen einen Überblick über die Kraftfahrzeuge, über die das Land verfügt. Es sind darinnen keine wesentlichen Änderungen. Der Finanzausschuß hat sich damit beschäftigt und in seinem Namen ersuche ich das Hohe Haus um die Annahme des Systemisierungsplanes.

Präsident: Es liegt kein Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Systemisierungsplan ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Systemisierungsplan ist angenommen.

Wir behandeln nun den

Dienstpostenplan 1962.

Berichterstatter ist Frau Abg. Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Berichterstatterin Abg. **Edda Egger**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zum Landesvoranschlag gehört auch der Dienstpostenplan mit den Dienstposten für die gesamten Landesbediensteten und die Bediensteten der mittelbaren Bundesverwaltung. Er sieht 10.883 Dienstposten vor, und zwar: 4307 Beamte, 2621 Vertragsbedienstete und 3955 Lohnbedienstete. Das sind insgesamt um 78 Dienstposten mehr als im Jahr 1961. Diese Vermehrung wurde hauptsächlich durch die Arbeitszeitverkürzung notwendig, die sich vor allem auf die Landes-Kranken-Heil- und Pflegeanstalten ausgewirkt hat. Für diese Dienstposten ist insgesamt ein Betrag von 496,774.600 S ausgegeben worden gegenüber 441,305.000 S für das Jahr 1961. Das wären für 1961 34'84% der gesamten Budgetsumme, für das Jahr 1962 nur 34'1% der gesamten Budgetsumme des Landes. Es ist also trotz der Erhöhung der Gehälter und Löhne um ungefähr 1% weniger, als es im Vorjahr war. In dieser Summe sind auch die Bezüge der Pensionisten mitbegriffen. Der Finanzausschuß hat sich mit dem Dienstpostenplan eingehend befaßt und ihm seine Zustimmung gegeben. Ich ersuche nun im Namen dieses Ausschusses das Hohe Haus um seine Zustimmung.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Krainer.

Landeshauptmann **Krainer**: Meine Frauen und Männer, Hohes Haus! Mit dem Abschluß der Budgetdebatte ist sichtbar im Hohen Haus ausgezeichnete Arbeit geleistet worden. Ich darf daher als Amtsträger der Landesregierung für diese gute Arbeit auch meinen Dank zum Ausdruck bringen.

Es wird Sache der Landesregierung sein, die uns nun vorgeschriebenen Budgetposten so zu verteilen und zu vergeben, daß sie sinnvoll und wirkungsvoll angewendet werden, daß unsere Beamten zufrieden sind und all die verschiedenen Posten der

Wirtschaftsförderung sinnvoll und nachhaltig eingesetzt werden. Es ist kein Zweifel, daß das Landesbudget auch auf unsere wirtschaftliche Entwicklung seinen Einfluß nehmen wird. Wir haben in einer Reihe von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen höhere Beträge zur Verfügung als in den vergangenen Jahren. Dies wird sich sicherlich gut auswirken, vor allem am Fremdenverkehrssektor. Dort ist der Nachholbedarf sehr, sehr groß, und ich bin überzeugt, daß mit den höheren Mitteln auch größere Erfolge erzielt werden können. Wir haben auch auf die Jugend nicht vergessen. Die Kranken und Siechen, alle, alle sind miteingeschlossen in unsere Maßnahmen, bei denen wir immerhin 1½ Milliarden Schilling zu verwalten und auszugeben haben.

Wir wissen sehr wohl, daß das nur möglich ist, wenn wir uns dabei auf die damit beschäftigten Beamten verlassen können. Gerade in der Wirtschaftsförderung ist es weitgehend Aufgabe der Beamten und nicht nur der Vorstände und der Abteilungsleiter, die Vorbereitungen so zu treffen, daß man einem Akt ohne Abänderung die Zustimmung geben kann. Wir brauchen die Mitwirkung aller. Das sinnvolle Einfühlen vor allem in die Förderungsaufgaben, das ist nicht immer leicht. Wir werden vor allem durch die erhöhten Bedarfszuweisungsmittel den Gemeinden größere Beträge zukommen lassen und dadurch den großen und wichtigen Aufgaben der Gemeinden, sei es für den Schul- oder Wegbau, erhöhte Mittel zur Verfügung stellen können. Alles in allem haben wir mit Recht die Hoffnung, daß, soweit wir auf die Entwicklung mit unseren Mitteln Einfluß nehmen können, sie gut, vernünftig und sinnvoll eingesetzt werden.

Ich glaube, daß das beschlossene Budget die Grundlage für eine gute Landespolitik des kommenden Jahres sein wird. Das wird sehr weitgehend von der Auffassung, was gemeinsame Arbeit bedeutet, abhängen. Wir brauchen uns diesbezüglich im allgemeinen vor allem bei den großen Fragen nicht zu beklagen. Wir haben immer wieder in schwierigen und heiklen Fragen einen Weg gefunden, der der Sache und der Allgemeinheit dient. Ich bin überzeugt, daß das im kommenden Jahr auch der Fall sein wird. Wir werden uns allerdings über unsere Aufgabe hinaus auch den großen wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Veränderungen mehr als bisher zuwenden müssen. Es darf uns nicht passieren, daß etwa in der Obersteiermark in St. Lambrecht durch den Verkauf der Nobel-Dynamit eine Verlagerung des Betriebes in einen anderen Teil Österreichs erfolgt. Hier und in ähnlichen Dingen haben wir unsere ganze Obsorge aufzuwenden.

In allem brauchen wir die Mitwirkung unserer Beamtenschaft, der Bezirkshauptmannschaften und deren Beamtenschaft. Wir brauchen die Treue und Verlässlichkeit des Straßenwärters und der Krankenschwester ebenso wie die des Tirarztes oder unserer Ingenieure, die eine große Verantwortung für die Gestaltung dieses Landes in architektonischer Hinsicht, aber auch in bezug auf den Naturschutz haben. Dieser muß bei Eingriffen, die durch den Straßenbau gemacht werden, berücksichtigt werden, das gilt nicht nur für den Straßenbau des Bundes und Landes, sondern auch für die Güter- und Gemeindewege. Es ist also ein umfassender Kreis,

der die Verantwortung für dieses Land trägt, den wir brauchen und der uns zur Seite stehen muß, wenn wir gute Arbeit leisten wollen.

Die Verantwortung ruht nicht auf der Landesregierung allein, sondern sie muß von weitesten Kreisen getragen werden, von den Amtsträgern und Amtswaltern nicht nur der Gemeinden, sondern auch der Vereine, die alle bestrebt sind, dieses unser Heimatland schöner und reicher zu machen. Auf sie alle sind wir angewiesen, und wir rufen sie alle zur weiteren Mitarbeit für das kommende Jahr auf. Niemand soll ausgeschlossen sein. Es geht bei uns nicht um eine Reichshälfte, die rot oder schwarz ist, sondern bei uns soll ein gemeinsames, ständiges Bemühen vorhanden sein, einfach in allem und jedem zu dienen.

Ich möchte zum Abschluß den Dank aussprechen besonders dem scheidenden Landesamtspräsidenten Dr. Angerer. Er wird mit Ende dieses Jahres aus dem Amte scheiden. Er zählt zu jenem Stock alter Beamter, der in der Nachkriegszeit der 1. Republik gute und beste Dienste geleistet hat, sozusagen den jungen Stock der Beamten mitaufgebaut und mitgewirkt hat an seiner Entwicklung. Er zählt zu jenen Beamten, die nach 1945 die Last auf sich genommen haben, die Verwaltung wieder neu aufzubauen. Er war ein Demokrat im wahrsten Sinne des Wortes und ein Beamter, wie sie im Geiste der alten Beamtentradition wirklich gelebt haben. Er verfügte über ein umfassendes Wissen sowohl hinsichtlich des Personals als auch aller Sparten der Verwaltung wie selten ein Beamter. Er war ein treuer Diener der steirischen Heimat. Wenn er nun ausscheidet und mit ihm eine Reihe treuer Beamter auf allen Gebieten, so wollen wir ihnen heute danken. Sie alle haben mitgeholfen, diese Entwicklung, die eine stürmische und oft auch schreckliche Zeit mit sich brachte, zu meistern. Mögen die, die von uns gehen, nachdem sie uns lange Jahre treue Dienste geleistet haben, ein Vorbild sein für jene, die die Arbeit wieder fortzuführen und zu übernehmen haben. Mögen wir erreichen, daß die fast 11.000 Bediensteten unseres Landes treue Diener der steirischen Heimat bleiben. Möge es gelingen, sie zufriedenzustellen und eine gute Arbeitsgesinnung zu schaffen, weil wir ihre Mitarbeit brauchen, um die Aufgaben für die steirische Heimat bewältigen zu können. (Anhaltender, sehr starker Beifall.)

Präsident: Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, können wir abstimmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung der

„Beschlüßanträge des Finanzausschusses“,

wie sie in der Beilage Nr. 21 enthalten sind. Ich frage den Herrn Hauptberichterstatter, ob er zu den schlußanträgen etwas vorzubringen hat.

Hauptberichterstatter Abg. **Bammer:** Es wurden 7 gemeinsame und 10 Initiativanträge eingebracht. Alle 17 wurden vom Finanzausschuß einstimmig

beschlossen. Ich schlage daher vor, über sie en bloc abzustimmen und ihnen die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich schlage vor, über alle Beschlußanträge, da sie unbestritten sind, zusammen abzustimmen, wenn kein Einwand erhoben wird. (Pause.) Da kein Einwand erhoben wird, ersuche ich die Abgeordneten, die den Beschlußanträgen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Beschlußanträge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

Gesetzestext.

Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatter das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. **Bammer:** Hohes Haus! Das Gesetz und sein Text wurden im Finanzausschuß eingehend beraten und in seinem Namen ersuche ich das Hohe Haus, dem Gesetzestext über die Landesumlage 1962 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Gesetzestext ist angenommen.

Damit haben wir den Landesvoranschlag für das Jahr 1962 verabschiedet.

Wir gehen nun zu den übrigen Tagesordnungspunkten über.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 110, über die gnadenweise Zurechnung von Jahren für die Bemessung der Witwenpension der Grete Hassmann, Witwe nach Regierungsobersanitätsrat Dr. Walter Hassmann.

Berichterstatter Abg. **Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Die Witwe des am 26. April 1961 verstorbenen Regierungsobersanitätsrates Dr. Walter Hassmann, Grete Hassmann, bittet um gnadenweise Anrechnung der zur Bemessung des vollen Ruhegenusses fehlenden Jahre. Ihr Gatte war Amtsarzt in Leibnitz, ihm fehlten zur Errichtung des vollen Ruhegenusses noch 6 Jahre. Da nach den Bestimmungen keine Handhabe zur Zurechnung dieser Jahre vorhanden ist, hat die Steiermärkische Landesregierung in ihrer Sitzung vom 28. Oktober den Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Der Witwe nach dem am 26. April 1961 verstorbenen Regierungsobersanitätsrates Dr. Walter Hassmann, Grete Hassmann, werden mit Wirksamkeit ab 1. November 1961 gnadenweise 6 Jahre für die Bemessung der Witwenpension zugerechnet.“

Im Namen des Finanzausschusses, der sich eingehend damit beschäftigt hat, bitte ich um die Annahme dieses Antrages.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 114, über die Bedeckung außerplanmäßiger Ausgaben im Gesamtbetrag von 551.000 S für die Gewährung von 12 Darlehen (241.000 S) und 23 Beihilfen (310.000 S) an 23 in der Gemeinde Ratten, politischer Bezirk Weiz, wohnhafte Personen zur Schaffung neuer Fremdenzimmer bzw. 155 zusätzlichen Fremdenbetten.

Berichterstatter Abg. **Heribert Pözl**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 13. November 1961 einstimmig beschlossen, 23 in der Gemeinde Ratten wohnhaften Personen pro Bett eine Beihilfe von 2000 S, im Gesamtbetrag von 310.000 S und an 12 von ihnen auch Darlehen im Gesamtbetrag von 241.000 S zur Schaffung neuer Fremdenzimmer bzw. 155 zusätzlicher Fremdenbetten zu bewilligen.

Ich stelle namens des Finanzausschusses, der sich in seiner letzten Sitzung damit befaßt hat, folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag für das Jahr 1961 in der Höhe von 551.000 S für die Gewährung von Darlehen (12 Darlehen im Gesamtbetrag von 241.000 S) und Beihilfen (23 Beihilfen im Gesamtbetrag von 310.000 S) an 23 in der Gemeinde Ratten wohnhafte Personen zur Schaffung neuer Fremdenzimmer bzw. 155 zusätzlicher Fremdenbetten sowie die Bedeckung dieser Ausgaben wird im Sinne des § 32 Abs. 2 Landesverfassungsgesetz 1960 genehmigend zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 115, betreffend die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in der Höhe von 20.000 S für den Ausbau einer Kunstrodelbahn in St. Sebastian bei Mariazell.

Berichterstatter Abg. **Hans Brandl**: Hoher Landtag! Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 13. November 1961 einstimmig beschlossen, dem ASKO-Sportverein St. Sebastian bei Mariazell zum Ausbau einer Kunstrodelbahn eine Summe von 20.000 S zu gewähren. Im Namen des Finanzausschusses darf ich den Antrag stellen, diesem Beschluß die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 9, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung neuerlich abgeändert und ergänzt wird (Steiermärkische Landarbeitsordnungs-Novelle 1961).

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl**: Hohes Haus! Im Bundesgesetzblatt vom 28. November 1960 und 15. März 1961 wurde die Bestimmung über den Karenzurlaub von Dienstnehmerinnen in der Land- und Forstwirtschaft abgeändert. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes werden für einen Karenzurlaub bis zur Höchstdauer eines Jahres aus der Arbeitslosenversicherung ein Karenzurlaubsgeld gewährt. Nach der Bundesverfassung ist der Bund zur Erlassung von Grundsatzgesetzen zuständig, soweit es sich um Angestellte und Arbeiter handelt, während die Erlassung der Durchführungsbestimmungen Sache der Länder ist. Der dem Hohen Haus nun vorliegende Entwurf einer Landarbeitsordnungs-Novelle soll die Bestimmungen der Bundesgrundsatzgesetzgebung erfassen und den Dienstnehmerinnen die Erweiterung des Karenzurlaubes auf 1 Jahr und außerdem das Karenzurlaubsgeld bringen.

Im Namen des Landeskulturausschusses stelle ich den Antrag, das Hohe Haus wolle dem Gesetzesentwurf in Abänderung der Steiermärkischen Landarbeitsordnung § 75 a und somit der vom Landeskulturausschuß beschlossenen Abänderung des Art. 2 die Zustimmung erteilen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 17, Gesetz, mit dem Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadtgemeinde Leoben sowie des selbständigen Vollziehungsbereiches des Landes dem Bundespolizeikommissariat Leoben übertragen werden.

Berichterstatter Abg. **Johann Fellingner**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Errichtung des Bundespolizeikommissariates in Leoben wurde durch eine Verordnung der Bundesregierung vom 20. Juli 1948, BGBl. Nr. 188, und durch ein Landesgesetz vom 9. Juli 1948, LGBl. Nr. 35, vom Steiermärkischen Landtag beschlossen. Mit Rücksicht darauf, daß die vor dem Jahr 1938 erlassene Verordnung über die Errichtung von Polizeikommissariaten im Bunde neu erlassen werden mußte, war es zweckmäßig, die seinerzeitige Errichtungsverordnung des Steiermärkischen Landtages vom Jahre 1948 und das entsprechende Landesgesetz aus dem gleichen Jahr neu zu fassen. Der Bund hat bereits in seinem Gesetz Nr. 270 vom 13. September 1960 diesem Umstand Rechnung getragen. Der vorliegende Entwurf sieht vor, der Bundespolizeibehörde Leoben im eigenen Wirkungsbereich der Stadtgemeinde Leoben sich ergebende Angelegenheiten, wie die örtliche Sicherheitspolizei, die Sittenpolizei, die Flurpolizei, auf dem Gebiete des Thater- und Kinowesens sowie der öffentlichen Schaulstellungen, Dar-

biteungen und Belustigungen, die Überwachung dieser Veranstaltungen zu übertragen, soweit sie sich nicht auf betriebstechnische, bau- und feuerpolizeiliche Rücksichten erstreckt. Weiters die Mitwirkung in 1. Instanz bei Verleihung von Berechtigungen, die in den einschlägigen Landesgesetzen vorgesehen sind.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit diesem Gesetzentwurf eingehend beschäftigt und seine Annahme einstimmig beschlossen. Ich stelle nunmehr den Antrag, diese Gesetzesvorlage anzunehmen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz, mit dem Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereich der Stadtgemeinde Graz sowie des selbständigen Vollziehungsbereiches des Landes der Bundespolizeidirektion Graz übertragen werden.

Berichterstatter Abg. **Johann Fellingner:** Hohes Haus! Mit der vorliegenden Gesetzesvorlage werden folgende Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Stadtgemeinde Graz sowie des selbständigen Vollziehungsbereiches des Landes der Bundespolizeidirektion Graz übertragen:

„§ 1.

Folgende in den selbständigen Wirkungsbereich der Stadtgemeinde Graz sowie in den selbständigen Vollziehungsbereich des Landes fallende Angelegenheiten werden der Bundespolizeidirektion Graz übertragen:

1. Die örtliche Sittenpolizei;
2. die Sittenpolizei;
3. die Flurpolizei;
4. auf dem Gebiete des Theater- und Kinowesens sowie der öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Belustigungen:
 - a) die Überwachung der Veranstaltungen, soweit sie sich nicht auf betriebstechnische, bau- und feuerpolizeiliche Rücksichten erstreckt;
 - b) die Mitwirkung in erster Instanz bei Verleihung von Berechtigungen, die in den einschlägigen Landesgesetzen vorgesehen sind.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz vom 25. April 1919, LGuVBl. Nr. 79, mit welchem bestimmte Geschäfte der Ortspolizei in der Landeshauptstadt Graz behufs Zuweisung an die staatliche Polizeibehörde aus dem Wirkungskreis der Stadtgemeinde ausgeschieden werden, außer Kraft."

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und sie einstimmig beschlossen. Ich darf dem Hohen Hause den Antrag stellen, die Gesetzesvorlage anzunehmen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, Einl.-Zahl 118, über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Franz Scheer wegen Übertretung der Straßenverkehrsordnung, und zwar wegen angeblicher Überfahung einer Kreuzung bei rotem Licht.

Berichterstatter **Dr. Alfred Rainer:** Hohes Haus! Die Bundespolizeidirektion Graz hat mit Schreiben vom 13. November 1961 um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Franz Scheer wegen Übertretung der Straßenverkehrsordnung 1960 ersucht. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in der gestrigen Sitzung mit dem Ersuchen beschäftigt, und ich stelle namens des Ausschusses folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Franz Scheer wegen Übertretung der Straßenverkehrsordnung, und zwar wegen angeblicher Überfahung einer Kreuzung bei rotem Licht, wird über dessen Wunsch stattgegeben.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 125, betreffend die Übernahme der Ausfallsbürgschaft für ein von der Spanholzwerk Wies Gesellschaft m. b. H. in Weis aufzunehmendes Darlehen bis zum Höchstbetrage von 800.000 S und eines Betriebsmittelkredites, ebenfalls bis zum Höchstbetrage von 800.000 S.

Berichterstatter Abg. **Ing. Hans Koch:** Hoher Landtag! Die gegenständliche Vorlage beinhaltet den Regierungsantrag, betreffend die Übernahme der Ausfallsbürgschaft für das Spanholzwerk Ges. m. b. H. in Wies, und zwar für ein aufzunehmendes Darlehen in der Höhe von 800.000 S und eines Betriebsmittelkredites, ebenfalls in der Höhe bis zu 800.000 S.

Der im Grenzland- und Kohlenbergbaunotstandsgebiet gelegene Betrieb der Spanholzwerk Wies Gesellschaft m. b. H. in Wies beschäftigt 40 bis 50 Arbeitskräfte. Von seinem Fortbestand hängt die Existenz von rund 200 Menschen ab. Um die Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Grenzland zu verhindern, ist es dringend erforderlich, den dauernden Betrieb dieses Unternehmens zu gewährleisten.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und die Zustimmung erteilt. Ich bitte das Hohe Haus, dem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 121, betreffend die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in der Höhe von 30.000 S für die Durchführung kultureller Austauschveranstaltungen durch die Österreichisch-Jugoslawische Gesellschaft.

Berichterstatter Abg. **Fritz Wurm:** Hohes Haus!

Die Vorlage beschäftigt sich mit der Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in der Höhe von 30.000 S für die Durchführung kultureller Austauschveranstaltungen durch die Österreichisch-Jugoslawische Gesellschaft. Die Kosten dieser Veranstaltungen betragen mehr als 100.000 S. Im Hinblick auf den kulturellen Zweck dieser Veranstaltungen wurde ein Landesbeitrag von 30.000 S gewidmet. Namens des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, dieser Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 122, über die Bewilligung von außerordentlichen Versorgungsgeldern an ehemalige Bedienstete des Landes Steiermark.

Berichterstatter Abg. **DDr. Gerhard Stepantschitz:** Hohes Haus! 4 ehemalige Bedienstete des Landes Steiermark sind aus verschiedenen Gründen vom Schicksal verfolgt und haben keine ordentlichen Ruhegehälter erreicht. Die Steiermärkische Landesregierung hat beschlossen, beim Steiermärkischen Landtag die Gewährung von a.-o. Versorgungsgeldern an diese Bediensteten zu beantragen. Der Finanzausschuß hat die Regierungsvorlage behan-

delt, und ich darf in seinem Namen den Antrag auf Annahme im Sinne der Vorlage stellen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, ein Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft.

Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Landesvoranschlag für das Jahr 1962 hat der Steiermärkische Landtag die Grundlagen für eine ordnungsgemäße Gebarung des Landes für das kommende Jahr geschaffen und damit eine seiner vornehmsten Aufgaben erfüllt.

Es ist mir ein Bedürfnis, dem Herrn Finanzreferenten, Landesrat Dr. Schachner-Blazizek, und den Beamten des Finanzreferates für die mit der Erstellung des Landesvoranschlages verbundenen und mit größter Umsicht durchgeführten Arbeiten zu danken. (Lebhafter Beifall.) Besonders hervorheben möchte ich, daß seit dem Jahre 1945 kein Landesvoranschlag so früh im Landtag eingebracht wurde wie der, den wir soeben verabschiedet haben.

Mein Dank gilt aber auch den Mitgliedern des Hohen Hauses, besonders den Mitgliedern des Finanzausschusses für die Gewissenhaftigkeit und Sachlichkeit, mit der die Beratungen und Verhandlungen durchgeführt wurden.

Ich danke auch den Damen und Herren des Stenographendienstes für ihre besondere Ausdauer. (Beifall.)

Da aller Voraussicht nach in diesem Jahr keine Sitzung des Steiermärkischen Landtages mehr stattfinden wird, erlaube ich mir, den Mitgliedern der Landesregierung und des Hohen Hauses sowie unseren Mitarbeitern ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches Jahr 1962 zu wünschen. (Allgemeines Händeklatschen.)

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 6. Dezember 1961, 22.05 Uhr.)